

autonomes
Blättchen



#28
März - Mai 2017

Leser_in!

Zunächst ein paar Worte zu allgemeinen politischen Lage. Die ist bekanntlich beschissen. Die nationalistisch-autoritäre Offensive, die derzeit im globalen Norden um sich greift, gewinnt an Fahrt. Wir denken, es gilt gleichermaßen sich auf das Schlimmste vorzubereiten und zu versuchen, den Widerstand gegen die Entwicklung zu intensivieren. Kann das gelingen? Wir sollten zum Beispiel aus den bitteren Erfahrungen des Widerstandes in der Türkei, den USA, Russland und in Ungarn lernen; aus den Erfahrungen gegen Faschismus, Diktatur und Autoritäten weltweit.

Natürlich gibt es keine einfachen Antworten. Aber wer der sich anbahnenden Ära des festungsbegeisterten Kapitalismus geschichtsvergessen entgegen torkelt, wird in Knast und Lager enden – oder traumatisiert und eingeschüchtert die Klappe halten – oder zum/r korrupten Mitläufer_in werden. Kein Drumrumreden! Keine Inszenierung von Widerstand! In diesem Sinne rufen wir dazu auf, sich an den Aktionen gegen das G20-Treffen in Hamburg zu beteiligen und selbst zu Handeln. Angesichts der Hölle, die die anwesenden Regierenden dort repräsentieren, sollten wir diesen mit größtmöglicher Konfrontation begegnen und zudem das Funktionieren der Gastgeberstadt beeinträchtigen, damit klar wird: Alle sind durch ihr Verhalten verantwortlich für den Zustand der Welt.

Impressum:

Nr. 28 März - Mai 2017

Kontakt für Kritik und eigene Artikel:

E-Mail:

autonomes-blaettchen@nadir.org

PGP-Key auf Anfrage und auf der Homepage

Fingerprint:

2188 A430 857F 1DCE E089

B218 D4C7 A0F3 17BA D725

Post:

Erna Stark

Klaus-Müller-Kilian-Weg 1

30167 Hannover

Homepage:

autonomesblaettchen.noblogs.org

Alle Ausgaben gibts auch online. Außerdem könnt ihr uns Texte etc., anonym und ohne Angabe einer e-Mail-Adresse, über die Kommentarfunktion unserer Homepage schicken. Wie das funktioniert wird dort erklärt.

Einsendeschluss:

normalerweise alle drei Monate:

1. Juni, 1. September, 1. Dezember, 1. März

ViSdP:

Uwe Binias, Waterloostr. 9, Hannover

Wem das zu pathetisch ist, die/den möchten wir durch die Dokumentation der vielen Aktionen ermutigen, die in den letzten Monaten Bezug zum G20 genommen haben. Wir hoffen, dass diese Praxen sich verstetigen und über das Event hinaus zur praktischen Suche nach revolutionären Interventionen werden.

Um die aktuellen Diskussionen innerhalb der Linksradi-kalen in den USA einzufangen, haben wir uns entschieden, fünf Texte zu einem Gast-Schwerpunkt dieses Heftes zu machen – auch wenn wir nicht unbedingt mit allem übereinstimmen. Da uns die Zeit für eine Übersetzung gefehlt hat, müsst ihr euch die Beiträge (bis auf einen) auf englisch geben. Übrigens gab es kurz vor Trumps Vereidigungsfeierlichkeiten, bei denen es beträchtlich gekracht hat, einen Trojaner-Angriff auf die Videoüberwachung in Washington.

Bis zur nächsten Ausgabe, im Juni, wird einiges Grauen auf uns zukommen: Vielen ehemaligen Autonomen wird die Option auf eine rotrotgrüne Bundesregierung den Kopf verdrehen und sie werden die Seiten wechseln, damit ein Pöstchen abspringt oder eine Illusion gerettet wird.

Die Fußfessel für „Gefährder“ und alle die länger als zwei Jahre im Knast waren könnte Gesetz werden. Ebenso die drei Monate Knast als Mindeststrafe für jeden Angriff oder Angriffsversuch auf Staatsbüttel. Na, und in Bayern hat das Kabinett schon beschlossen, dass die Präventivhaft künftig bis zu einem Jahr möglich sein soll. Es muss nur noch Gesetz werden. Wir sehen zu schwarz? Unbegrenzte Präventivhaft bedeutet, dass jede Person, die von Bullen als gefährlich oder Gefährder_in eingestuft wird theoretisch bis ans Ende ihres Leben ohne Prozess in Knast oder Lager weggesperrt werden kann. So viel zum Märchen der Gewaltenteilung.

In der Türkei entscheidet sich im April, ob die AKP-Diktatur in einem Führerstaat endet. Wir zweifeln kaum daran, dass die Regierung für das gewünschte Ergebnis sorgen wird und wünschen den türkischen und kurdischen Genoss_innen viel Kraft und Mut.

In Frankreich ist die rechte Politik der Regierung Hollande zwar nicht so leicht zu toppen, wir sind uns aber sicher, dass der Front National sein Bestes versuchen würde, wenn er die Wahl gewönne. Das dauerhafte Regieren mit Ausnahmezustand ist ja schon Normalität. Was für eine Scheiße!

Was sagst du dazu? Schreibe! Was sagen andere dazu? Spende ans Autonome Blättchen!

Zum Schluss möchten wir euch noch folgende Lektüre empfehlen „Text zur Auswertung der Akten im 129a Verfahren - „militante Kampagne gegen G8“ (https://autox.nadir.org/buch/auswertung_11_07.pdf). Desweiteren gibt es eine neue anarchistische Zeitung „antipolitika“ (<https://antipolitika.noblogs.org>) vom Balkan. Die erste Ausgabe hat den Schwerpunkt Antimilitarismus.

In diesem Blättchen...

- 04 Brandstiftung im Arbeitsamt
- 04 Angriff auf den Schanzenhof
- 05 G20-Chronik
- 06 In Bremen sagt man auch Tschüss
- 06 Lasst Rauchzeichen sprechen
- 07 Lieber heute als morgen desertieren
- 10 Das Ruder rumreißen
- 11 Angriff auf Front National (Nantes)
- 13 Hambacher Forst - Erklärung zu Angriffen
- 14 Waldbesetzung, Proteste und Angriffe (Bure)
- 15 Orientierungsprobleme an der Moralfront
- 18 Widerstand an sozialen Fragen organisieren
- 19 Stoppt die Hetze gegen Geflüchtete
- 20 Geflüchtete auf Chios - festgesetzt und gejagt

22 Themenschwerpunkt: Situation in den USA

- 22 --- *Round Two:
Coming to Blows with the Trump Regime*

- 24 --- *Long Term Resistance:
Fighting Trump and Liberal Co-option*

- 33 --- *First, They Shot the Anarchists:
Trump and 'The New Normal'*

- 38 --- *What Counts as Violence?:
Why the Right Can Shoot Us Now*

- 40 --- *In die Offensive gehen:
Vom Protest zum Widerstand*

- 43 Software-Hersteller PSI AG angegriffen

- 44 Make Amazon pay!

- 47 Störung bei Amazons Web-Service

- 48 Verkehrsüberwachung auf Bundesstraßen

- 50 Riseup wechselt zu verschlüsselten E-Mails

- 51 Captain Future

- 52 Wie der «Gefährder» sich ins Recht schleicht

- 53 Einige Gedanken zu Deals

- 55 U-haft, Deals und Soligruppen (Antwort auf 53)

- 57 Call for Solidarity [Aachen]

- 58 Feuer für Sodexo und Vodafone

Eigentumsvorbehalt:

Diese Zeitung bleibt solange Eigentum der Absender_in, bis sie der_dem Gefangenen persönlich ausgehändigt wurde. „Zur Habe Nahme“ ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird ein Teil der Zeitung der_dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist dieser und nur dieser unter Angabe der Gründe für die Nichtaushändigung der_dem Absender_in zurückzusenden. Der Rest ist der_dem Gefangenen persönlich auszuhändigen.

**autonomes
Blättchen**



Spenden:

Spenden für das autonome Blättchen schickt ihr bitte gut verpackt an die Postadresse.

Info zu unserer Sprachpolitik:

In diesem Heft finden sich verschiedene Beiträge mit verschiedenen Sprachpraxen. Einige nutzen Sterne oder Unterstriche als Darstellungsraum für jene, die sich beispielsweise jenseits von Leser und Leserin definieren oder sich in beidem wiederfinden. Wir finden das richtig und verwenden diese Schreibweise dementsprechend in unseren Beiträgen. Wir würden uns wünschen, dass diese Praxis beibehalten wird. Das gilt auch für Übersetzungen, auch wenn wir wissen, dass das nicht immer ganz einfach ist. Drucken wir jedoch externe Beiträge ab, ändern wir die Schreibweise nicht eigenhändig. Einerseits kennen wir die Beweggründe der Autor_innen nicht und andererseits denken wir, dass die Sprachpraxis auch immer etwas über die Schreibenden und ihre Politik aussagt. Die Bewertung dieses Umstands liegt dann bei euch.

Brandstiftung im Arbeitsamt

Leipzig 1.1.17

Es sind erst wenige Minuten des neuen Jahres vergangen, als Unbekannte an insgesamt elf Stellen offensichtlich gezielt Scheiben einschlagen und Brandbeschleuniger ins Gebäude werfen. Um 0.22 Uhr am Neujahrmorgen sprang der Brandalarm im Jobcenter an der Georg-Schumann-Straße an. Die herbeigerufenen Rettungskräfte hatten einige Mühe, konnten die Flammen aber schließlich unter Kontrolle bringen. Durch den Brandanschlag auf das Arbeitsamt in Leipzig-Möckern sind deutlich schwerere Schäden entstanden als bislang angenommen. Insgesamt 86 Büros des Jobcenters seien nach dem Feuer in der Silvesternacht vorerst nicht mehr nutzbar. 5 Büros und ein Sozialraum wurden vollständig zerstört, rund 2800 Akten von Hartz IV Beziehern verbrannten. Wie eine Rekonstruktion der Daten stattfinden kann, ist bislang noch unbekannt. (der Presse entnommen)

Dokumentation:

Das Jobcenter ist ein Angriff auf das soziale Sicherungssystem der Menschen in der Stadt Leipzig. In Leipzig scheint das Jobcenter besonders Sanktionswütig zu sein. Laut einer aktuellen Untersuchung des Bremer Instituts für Arbeitsmarktforschung und Jugendberufshilfe stieg die Sanktionsquote im Jahr 2015 im Vergleich zum Vorjahr um satte 23 Prozent und das obwohl die Arbeitslosigkeit statistisch gesunken ist. Damit ist die Behörde in Sachsen auf dem Weg zum „Sanktionsmeister Deutschlands“. Obwohl zahlreiche Studien, auch von BA-Seite, festgestellt haben, dass das Sanktionsregime nicht mehr Menschen längerfristig in Lohn und Brot bringt. Es drangsaliert und schürt Angst; und das alles verstößt gegen die Menschenwürde. Die Reduzierung der Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts sollte beendet werden.

Der Staat und seine Represionsorgane nehmen sich das „Recht“ darüber zu bestimmen was Richtig und Falsch ist. Welche Handlung bestraft wird, wie lange und wie scharf. Dieses Recht wird mit Gewalt durchgesetzt. Wir finden es gut wenn Menschen so handeln wie sie es für richtig halten ohne dabei die Freiheit anderer Menschen zu überschreiten. Auch wenn dabei das Recht des Bürgerlichen Staates gebrochen wird.

Wir begrüßen es wenn Menschen die von staatlicher Repression betroffen sind, diese nicht mehr nur ertragen, sondern zurück schlagen.

Fast täglich hören und lesen wir von Menschen, welche sich gegen Hartz IV wehren. Immer neue soziale Gruppen und Kampagnen gegen Sanktionen sprießen aus dem Boden. Der Widerstand wird aber auch zunehmend militanter. Autonome attackieren regelmäßig die Fassaden und Fensterscheiben der Jobcenter und Arbeitsagenturen mit Farbe, Steinen und Feuer. Andere hingegen greifen ihre Sachbearbeiter_innen an oder laufen aus Verzweiflung gleich Amok. Wir verstehen den Protest gegen das unmenschliche System und solidarisieren uns mit den Betroffenen und Rebell_innen.

Gegen Hartz IV!

Wir wollen kein anderes, besseres Leben nach den gegenwärtigen Spielregeln. wir wollen ein anderes besseres Leben!

Wer Menschen drangsaliert, muss damit rechnen, dass es knallt.

Das wird auch für den G20 Gipfel in Hamburg 2017 gelten!

anonym

Angriff auf den Schanzenhof

Hamburg, 22.2.2017

Dokumentation:

Wir übernehmen die Verantwortung für den Angriff auf die Pizzeria „Jills“ und auf die Rezeption des Pyjama Hotels im Schanzenhof am 22.2.2017.

Wir gehen nicht blind durch unsere Viertel. Wir sehen genau hin. Wir nehmen wahr. Wir analysieren das Geschehen. Wir beobachten und ziehen unsere Schlüsse. Und wir wissen genau wer unsere Feinde sind. Der Prozess der Vertreibung, ist der Prozess der Aufwertung, ist der Prozess der Gentrifizierung, ist der Prozess des Kapitalismus. Der Prozess der Ohnmacht, ist der Prozess der Wut, ist der Prozess der Organisation, ist der Prozess des Angriffs.

2013 werden die Häuser des Schanzenhofs verkauft. Die Drecksau das diese erwirbt heißt Maximilian Schommertz. Der Immobilieninvestor und SPD-Politiker erhöht die Mieten so drastisch das ein Bleiben der ursprünglichen Mieterinnen unmöglich wird. Ein Biorestaurant, ein alternatives Hotel, ein Boxstudio und eine Drogenberatungsstelle werden vertrieben. Das alles sind Sachen die ein lebendiges Viertel braucht. Stattdessen finden eine Pizzeria für die Besserverdienenden und ein Hotel für besoffene Touris, die den Charme der Schanze erleben wollen, Platz in den Räumen des Schanzenhofs.

Am vergangenen Mittwoch erlebten sie den Charme einer Schanze, die sie so nur aus der Presse kannten. Um 21:45 zur Betriebszeit, als die Metalljalousien, die sie gegen nächtliche Angriffe schützen sollten noch oben waren, und alle an ihren Tischen saßen und an nichts Böses

dachten, wurden wir aktiv. Wir kamen nicht des nachts, wenn alles schläft. Und wir handelten nicht im Schatten. Wir kamen aus der Dunkelheit und erhellten die Straße mit rotem Feuer. Wir vernebelten den Autos die Sicht mit Rauch. Wir strichen ihre graue Fassade mit Farbfeuerlöscher und Gläsern. Wir schlugen alle Scheiben der Pizzeria ein und fast alle Scheiben der Rezeption von Schommartz' Hotel. Dann verschwanden wir hinter einer dicken Wand aus schwarzem Rauch.

Wir sahen, wie sie von ihren Plätzen aufsprangen und sich in den hinteren Teil des Raums flüchteten. Sie kamen damit nicht klar, dass der Konflikt, mit dem sie ja „nie“ etwas zu tun hatten, auf einmal direkt und hautnah bei ihnen war. In der Presse wurde erzählt, dass jemand sogar aus dem Küchenfenster geflohen sei. Wir lachen über diese Momente. Denn sie zeigen uns, dass ihre Scheinwelt und ihre Arroganz so zerbrechlich sind wie Fensterscheiben. Mit dieser Aktion zeigen wir uns solidarisch mit allen, die durch das kapitalistische Konzept der Stadt der Reichen



vertrieben wurden, oder im Kampf gegen diese hinter Gittern gelandet sind. Wir gedenken auch denen, die in diesem Kampf ihr Leben ließen. Denn sie sind die Stillsten und die am Stärksten Betroffenen in diesem Konflikt. Und sie werden immer mehr.

Die Betreiberin der Pizzeria sagte später in einem Fernsehinterview, dass solche Attacken ja nicht persönlich gegen Leute wie sie gerichtet wären. Jill sei dir gewiss. Wir nehmen die Kommerzialisierung unserer Stadtteile egal ob Friedrichsheim, Kreuzberg, Viertel in Barcelona, Paris oder Rom oder eben St. Pauli und die Schanze sehr ernst. Und dieser Angriff war sehr persönlich gemeint!

Diese Aktion soll das Thema Gentrifizierung im Kampf gegen den G--20 in Hamburg behandeln. Mit aufständischen Mitteln.

Die Welt der G20 angreifen.

Militante Gruppen

G20-Chronik

Auflistung von Aktivitäten mit explizitem G20-Bezug:

06.3.17 Bremen, Angriff auf Rüstungskonzern OHB System AG

05.3.17 Berlin, Allianz, Pimco entglast

03.3.17 Hamburg, Feurige Sabotage an der Mautbrücke A261

02.3.17 Berlin, Zwei Autos der Firma Gegenbauer abgepackelt

01.3.17 Berlin, Restaurant „Vertikal“ entglast

28.2.17 Berlin, Fahrzeuge der Firma Securitas abgepackelt

24.2.17 Berlin, JVA eingefärbt

22.2.17 Hamburg, Angriff auf Schanzendorf

19.2.17 Hamburg, Buttersäure für die Reederei MACS

18.2.17 Berlin, Brandanschlag auf Gebäude der Kriminalpolizei

08.2.17 Bremen, Fahrzeug der Bundeswehr abgepackelt

06.2.17 Berlin, Französisches Diplomatenfahrzeug angezündet

02.2.17 Münster, Glasbruch bei Volksbank

28.1.17 Hamburg, Scheiben der Werbeagentur „Jung von Matt“ eingeschlagen

27.1.17 Berlin, Software Hersteller PSI AG mit Hämmern und Farbe angegriffen

18.1.17 Frankfurt, Feuerangriff auf Security Auto

06.1.17 Berlin, Feuer für Sodexo und Vodafone

01.1.17 Leipzig, Brandanschlag auf Arbeitsamt

31.12.16 Berlin, Farbangriffe auf Luxusbauten

29.12.16 Berlin, Brandanschlag auf PKW von Polizeibeamten

27.12.16 Lund, Schweden Bank angegriffen

25.12.16 Berlin, Brandanschlag auf Ordnungsamt

16.12.16 Leipzig, Bullenkarre angezündet

09.12.16 Bremen, Farbe und Steine gegen Deutsche Bank

06.12.16 Leipzig, Brandanschlag auf Ordnungsamt Autos

06.12.16 Berlin, Brandanschlag auf Polizeigebäude

05.12.16 Hamburg, Wohnung des SPD-Politikers Niels Annen mit Farbbeuteln beworfen

30.11.16 Athen, Angriff auf Büros der Securityfirma S.C.S

26.11.16 Hamburg, Brandanschlag auf Messehallen

23.11.16 Berlin, Angriff auf Baukonzern Hochtief

18.11.16 Berlin, Bohr-Bagger auf der Cuvry-Brache brennt

11.11.16 Berlin, Auto von Rüstungskonzern Thales abgepackelt

07.11.16 Berlin, Farbe gegen Ordnungsamt

06.11.16 Berlin, Brandanschlag auf Telekom-Fuhrpark

03.11.16 Dresden, Thyssenkrupp-Auto angezündet

21.10.16 Frankfurt, Philisophicum mit Farbe und Steinen angegriffen

16.10.16 Hamburg, Angriff auf Villa von Bankenpräsident Peters

23.9.16 Hamburg, Brandanschlag auf PKWs von Polizeidirektor Treumann

08.9.16 Berlin, Funkmast der Bullen sabotiert

07.9.16 Hamburg, Steine und Farbe gegen Reederei COSCO

15.8.16 Berlin, Steine gegen Knastprofiteur und SPD-Büro

G20: In Hamburg sagt man Tschüss...

...in Bremen auch!

Bremen, 8.2.2017

Dokumentation:

*Überall – Soldaten sind Mörder
auf der Welt – Uniformen sind Mörder
Deutsche Waffen – Soldaten sind Mörder
Deutsches Geld – Uniformen sind Mörder
Deutsche Technik – Soldaten sind Mörder...*

(Tod und Mordschlag)

Mit diesem Lied im Ohr und einer Portion Wut im Bauch schlichen wir uns nachts mit einem Brandsatz unterm Arm durch die Hecken, um zum Beratungsbüro für eine Karriere bei der Bundeswehr zu gelangen. Vor dem Gebäude ist ein Parkplatz. Wir überwand den Zaun zum Parkplatz, auf dem wir ein Fahrzeug der Bundeswehr vorfanden. Schnell zündeten wir den Brandsatz an und legten

ihn unters Auto. Danach schlugen wir pfeifend mit einem Lächeln auf den Lippen den Rückweg ein und verschwanden in die Nacht....

Auch wir stellen uns hinter den Text „Anarchistischen Aufruf gegen das G-20 Treffen in Hamburg“ und erweitern die Zielauswahl.

„...Zerstören wollen wir bis zum Juli 2017 (und wenn es auch nur symbolisch sein kann...) die Herrschaft des Patriarchats über die Frauen, die Herrschaft der Staaten über ihre Grenzen und urbanen Zentren, die Herrschaft der Arbeit über unsere Zeit, die Herrschaft des Geldes über unser Sozialverhalten, die Herrschaft der Waren über unser Leben, die Herrschaft der Bullen über die Angst vor Repression in unseren Köpfen“[..]

*Aktionsgruppe
Bundeswehr-Fahrzeuge interessieren uns brennend*

Lasst Rauchzeichen sprechen ... französisches Diplomatenfahrzeug angezündet

Berlin, 6.2.2017

Dokumentation:

Bewaffnet mit einem Brandsatz zogen wir in einer frostigen Nacht durch die Straßen Berlins, auf der Suche nach einem Objekt, mit dem sich mitteilen lässt, dass wir die Kämpfe unserer unbekannten Gefährt_innen gegen das Atommüllklo CIGÉO im Wald von Bure, in der ZAD und gegen den französischen Ausnahmezustands-Staat insgesamt, registrieren und uns damit solidarisieren. Wie wir auch andere anarchistische Interventionen auf dem europäischen Kontinent für unterstützenswert halten, zum Beispiel den Revolutionären Kampf in Griechenland.

Damien Camélio und die kürzlich in Athen verhafteten Pola Roupa und Konstantina Athanasopoulou grüßen wollen, für deren Freiheit alle Staaten bekämpft werden müssen, woran wir weiter fleißig arbeiten werden.

Dies ist auch ein Aufruf, den G20 in Hamburg zur Koordination unserer Theorie und Praxis zu benutzen, um über das Treffen im Juli hinaus, zu einer anhaltenden anarchistischen Offensive in allen Bereichen zu kommen.

Das französische Stück Scheiße, der sein Regime beim G20 in Hamburg repräsentieren will, ist selbstverständlich genauso wenig dort willkommen wie alle anderen Mächtigen. Den Diplomaten Berlins raten wir, sich in Gated Communities zu verstecken.

Also zündeten wir am Willmannsdamm in Schöneberg in der vergangenen Nacht ein Diplomatenfahrzeug der französischen Botschaft an, womit wir den Gefangenen

FAI – „Zelle Rémi Fraisse“



Lieber heute als morgen desertieren

– raus aus Normierung, Rassismus & Kapitalismus – für ein anderes Leben

NO G20

Ohne jeden Zweifel sind wir mit der Wahl Trumps abermals auf einer neuen Qualität der Gesellschaft des Spektakels angelangt. Nichts scheint dabei den Siegeszug des Konsums, der Warenförmigkeit und zwischenmenschlichen Tragödie besser zu verdeutlichen, als die Wahl dieses Clowns durch 60 Millionen Menschen. Ein Clown, der als Karikatur seiner Selbst, nichts so sehr zum Ausdruck bringt, als dass hinter den Bildern der Macht, sich nichts verbirgt als eine Wüste - die sie geschaffen haben. Auch wenn bei der gegenwärtigen Misere der Zynismus nahe liegt, wollen wir eine Position der zielgerichteten Destruktion stärken – denn wir haben nur eines im Sinn: Mit möglichst vielen Menschen diese Welt einzureißen!

16 Jahre nach Genua wird das erste Mal wieder ein großer Gipfel in einer westeuropäischen Metropole abgehalten werden – der G20 Gipfel mit all den neuen und alten Clowns, der ritualisierten Linken, den Lobbyist*innen, Expert*innen und dem Sicherheitsapparat. Dieser Text soll ein Aufruf und Diskussions-Grundlage sein, für die Tendenz der größten Ablehnung, für all jene die ihre Gedanken, Kraft und Handeln alltäglich nur einem widmen, der Zerstörung dieser Welt und dem schaffen neuer Welten. Wir wollen mit euch in Kontakt treten und die schon aufgekommene Idee einer militanten Auseinandersetzung verbreitern und zueinander in Bezug setzen. Um schlussendlich mit euch in Hamburg ganz konkret zusammen zu kommen, aber nicht als Endpunkt sondern als eine Etappe auf unserem Weg, den wir bereits begonnen haben.

Gleichzeitig wollen wir mit diesem Text den Spagat wagen – versuchen – auch all jene anzusprechen, die von den Gesellschaften ausgestoßen werden, verdrängt, kontrolliert, normiert und unterdrückt werden, also all die scheinbar Subjektlosen die bei all den Eruptionen zutage treten. Uns ist sehr wohl die Ambivalenz eines solchen Text-Versuchs, eines solchen Aufrufs bewusst. Bei unseren Diskussionen um den Aufruf und dem darlegen einer bestimmten Tendenz, haben wir folgende Punkte herausgestellt:

- Vom Siegeszug einer Ökonomisierung zum Siegeszug eines Sicherheitsparadigma
- Nicht Sharing-Industrie, nicht Facebookfreundschaft
- Kieze, Orte, Widerstand – Gegen einen Endpunkt

- Ritualisierte Linke & Bewegungsmanager*innen versus Leben
- Achse des Pöbels reloaded - ein vorsichtiger Blick über den Tellerrand

Vom Siegeszug einer Ökonomisierung zum Siegeszug eines Sicherheitsparadigma

Niemand, aber auch gar niemand, schaut der Zukunft noch entgegen. Es scheint so, als warten nur noch alle darauf, dass die nächsten Runden Hartz IV, loi travail, pia casa in Europa durchgeboxt werden - wie zuletzt in Frankreich. Warten auf noch mehr Depressionen, noch mehr Wohnungsnot und noch mehr Geflüchtete an den Grenzen. Warten auf noch mehr organisierte Traurigkeit. Die Krise zeigt sich dabei immer unverhohlener, als das was sie ist, systematische Erneuerung des Elends. Nach

fast zehn Jahren Krise wird dabei niemand mehr leugnen können, dass die Krise aber letztlich nur eine Regierungstechnik ist, die der Vollendung des Siegeszuges der Ökonomie dient. Von Griechenland bis Portugal, von Argentinien bis Italien, sind all die Programme durchgesetzt worden, die getrost als Angriff auf das letzte bisschen Soziale gelesen werden können.

30 Jahren nach dem Ende des Fordismus, scheint die Ökonomie alternativloser als jemals zuvor, das ausgerufene Ende der Geschichte wird dabei zusehends zum Ende des Politischen in der alten politischen Arena. Aber es zeigt sich nicht nur die Abstinenz des Politischen - in Zeiten von Alternativlosigkeit - sondern auch, wie sehr die souveräne Macht nicht mehr in den Kulissen mit ihren Parlamenten und Palästen zu Hause ist. Von Syriza bis zum

letzten Technokraten, eine jede Regierung jedweder Couleur, zeigt lediglich, dass die souveräne Macht längst zwischen Infrastruktur und Biopolitik liegt. Infrastruktur. Im Sinne von kleinen Verträgen, die tagtäglich abgeschlossen werden, der Zirkulation von Datenvolumen innerhalb der vernetzten Welt, der Sicherung von Rohstoffen. Biopolitik im Sinne der Vermessung des menschlichen Lebens durch Excel Tabellen und der Normierung des angestrebten Selbstmanagments und der permanenten Optimierung der eigenen Kompetenzen.

Mit dem Siegeszug der Ökonomisierung tritt aber auch vermehrt zu Tage, dass es überall Existenzen gibt, die nicht regiert werden können oder regiert werden wollen. Diese scheinbar Subjekt-losen ausgestoßenen Ränder der westlichen Gesellschaften treten nicht erst seit der Novemberrevolte 2005 in den Banlieus eruptionsartig auf, vielmehr sind sie eben jener Pöbel der schon Ende der 70er in Italien zum bisher schönsten Angriff auf das



Bestehende antrat. Konnte der klassische fordistische Arbeits-Kampf noch mit Ökonomisierung und den einhergehenden Veränderungen der Produktionsweisen, Deregulierungen, Zersplitterungen und dem allgemeinen technischen Fortschritt besiegt werden, so wird gegen eben jenen Pöbel das Sicherheitsparadigma und die dazu gehörige, produzierte Angst ins Feld geführt.

Sicherheit ist damit das zweite Paradigma, neben dem Ökonomischen, welches das Feld des Politischen weiter aushölt. Denn nichts soll die Kapitalakkumulation, den Fetisch der Arbeit und den Fortschritt in seinem Lauf hindern, erst recht nicht einige Unregierbare. Wir brauchen uns nichts vor zumachen nicht erst seit dem elften September ist das Sicherheitsparadigma neben dem ökonomischen das Bestimmende. Der Ausnahmezustand ist schon seit jeher Teil der westlichen Demokratie, mehr noch, er ist gerade bezeichnender Teil der Demokratie. Die Negation von Rechten bestimmter Menschen, lassen den Ausnahmezustand zum höchsten Gut des Sicherheitsparadigma werden, in dem mit Hilfe von Architektur, sozialer-Arbeit, Überwachung, New-Government Konzepte mit einer Selbstregierung der Nachbarschaft, bis hin zu all den MAT und BFE Einheiten dieser Welt, alle jene, die nicht am Empire partizipieren, können, wollen oder dürfen – kontrolliert werden!

Nicht Sharing-Industrie, nicht Facebookfreundschaft

Wir haben weder die Antwort auf die gegenwärtige Misere, noch denken wir, dass eine Antwort reicht, noch, dass wir sie jetzt auf diesem Weg schon haben könnten. Doch einiges ist schon jetzt klar, weder „ein weiter so“, noch ein Warten auf die Revolution kann es jetzt noch geben. Wir wollen lieber heute als morgen aus dem Elend desertieren, um nicht mehr an dieser perversen Welt teil zunehmen. Einige Attribute haben wir schon heute, die wir mitnehmen können auf dem schmalen Grad zu einem anderen Leben.

Es gehört mit zu den größten Obszönitäten des letzten Jahrzehnts, dass eigentlich emanzipatorische Begriffe, wie Teilen und Freundschaft, heute für seelische Ödnis und Konsum stehen. Denn wenn wir nämlich den Kapitalismus und diese Welt ernsthaft zerstören wollen, müssen wir zum einen das Teilen wieder lernen, von Material, Gütern, Orten, Wissen, Häusern, Gedanken und Liebe – anstatt Home-Office und Sharing-Industrie. Und das wir zum anderen der seelischen Ödnis dieser Welt, die sich tagtäglich bei aber tausenden Depressiven bahnbricht, die Solidarität als menschliche Beziehung entgegen halten – anstatt Facebook-Freundschaft und Smilies.

Solidarisches Teilen steht dabei der kapitalistischen Logik, der Ökonomie, konträr gegenüber, denn wo Dinge, Wissen und Aufgaben geteilt werden greifen wir auch immer ein Stück die Lohnarbeit und die Warenförmigkeit dieser Welt an und bauen eine Beziehung der gegenseitigen Achtsamkeit auf.

All diese Dinge wollen wir mit euch schon heute leben, an unseren Orten und Kiezen. Unsere Orte und Kieze müssen noch mehr zueinander in Bezug gesetzt werden und ein Austausch von Praktiken, Taktiken, Techniken und Wissen stattfinden um so zu einer Verständigung zukommen.

Aber um diese Welt zu zerstören und ein anderes Leben zu leben braucht es mehr als diese Koordinaten, es braucht nicht zuletzt Kieze, Orte, Widerstand.

Der Moment, in dem wir uns als Kompliz_Innen sehen, das heißt über den Erdball hinweg als Assoziierte verstehen, die in Solidarität mit Anderen handeln ohne sich persönlich zu kennen, ist der Moment, in dem wir die Isoliertheit abstreifen um uns Ganze zu kämpfen. Diese Positionierung hängt davon ab, wo wir selbst unsere Aktionen verordnen und welche Bedeutung wir den Bezügen zu anderen Gruppen, Kampagne und Kampfansage zu sprechen. Das heißt nicht, dass unsere Aktionen darauf ausgerichtet sind, auf Sympathie außerhalb unseres direkten Zusammenhangs zu hoffen, sondern stets auf die antagonistische Spannung und Polarisierung ab zu zielen. Noch dazu ist es uns wichtig, über Themen und Emotionalität zu militantem aber auch autonomen Handeln zu mobilisieren, Interesse daran zu wecken, denn nur das Agieren ohne Herrschaft und gegen diese Form der Gewalt, das Gefühl vermittelt wird, frei zu sein und die Logik des gesellschaftliche Konsens brechen zu können.



Auch wenn die gegenwärtige Situation auf allen Ebenen wahrlich keine rosige ist, so geben uns doch jeden Tag aufs neue tausende von Gesten neue Kraft.

Kieze, Orte, Widerstand – gegen einen Endpunkt

Auf eine militante Vorfeldkampagne freuen wir uns jetzt schon, aber eine militante Auseinandersetzung hört nicht in Hamburg auf, sie ist Teil eines permanenten Kampfes. Ob und wie intensiv die Auseinandersetzung auf der Straße während des Gipfels wird, ist für uns nicht das Entscheidende, sondern darum uns wiederum zu begegnen und auf transnationaler Ebene zusammen zukommen Kontakte zu vertiefen und vielleicht auch einen gemeinsamen Rythmus zu finden, denn genauso wenig wie Ausbeutung, Sexismus oder Rassismus an einer Landesgrenze aufhört, sollte unser Widerstand nicht an eben diesen enden. Aus dem gemeinsam Erlebten, folgern teilweise gemeinsame Ansichten und Ideen, es entstehen Freundschaften und solidarische Beziehungen. Hamburg im Juli wird ein weiteren Moment darstellen diese Beziehungen zu vertiefen und neue zu knüpfen.

Ritualisierte Linke & Bewegungsmanager*innen versus Leben

Aktivismus als Nebenjob sehen wir kritisch, die Politik, die wir fahren ist eine grundsätzliche Einstellung, nicht etwas womit wir unsere Freizeit nach der Uni oder der Arbeit füllen. Die Logik von Gruppen, wie der Interventionistischen Linke (IL), die Masse da „abzuholen“ wo sie gerade in ihrem „geordneten“ Leben stehen, um diese an einen zivilen Ungehorsam heran führen, kann in ihren Augen nur funktionieren, wenn ein vermeintlicher Aktionskonsens gespannt wird. Dieser Aktionskonsens wird vorher von einer Vorbereitungsgruppe festgelegt und appelliert dann an alle, diesen nicht zu durchbrechen, wenn sie sich an dieser Aktion beteiligen wollen. Wir finden diese Einstellung problematisch. Das Ziel einer Aktion oder Kampagne kann nicht sein, möglichst viele Menschen auf einer symbolischen Plattform zusammen zu bekommen, ein paar Fotos zu schießen und dann wieder nach Hause



zu fahren. Das Ziel sollte in unseren Augen sein, die Gesellschaft als Ganzes in Frage zu stellen und die Unterdrückungsmechanismen anzugreifen. Das funktioniert aber nicht, wenn Proteste einfach nur einen weiteren Eintrag im Terminkalender dar stellen. Viel mehr sollten Kampagnen und Aktionen den Raum für möglichst viele Formen des Protestes bieten. Da spielt die Frage nach einem Aktionskonsens keine Rolle mehr, sondern die Solidarität untereinander und miteinander. Das heißt, sich nicht zu distanzieren von

Aktionsformen, diese Distanzierungen und damit auch Denunziationen machen uns schwach und angreifbar.

Schon oft wurden hoffnungsvolle Ansätze des Widerstands in der BRD von den Herrschenden durch Bewegungsmanager*innen abgefangen.

Als gutes Beispiel kann der sogenannte „Nacktensamstag“ am 7. November 1981 an der Startbahn-West in Frankfurt gesehen werden. Zu jener Zeit bestand eine zuvor und danach kaum dagewesene Nähe zwischen der lokalen Bevölkerung und den militanten Gruppen, zu denen auch die Revolutionären Zellen gehörten. Bei gewaltsamen Demonstrationen am Startbahngelände und bei nächtlichen Anschlägen näherten sich Autonome und Nachbarschaften an. Zu Gesetzesbrüchen bestand bei vielen Leuten mehr als klammheimliche Freude. Die Führung der Bürgerinitiative gegen die Startbahn West war über die Sympathie ihrer Mitglieder und auch der unorganisierten Bürger gegenüber den Chaot*innen und RZ – Anschlägen nicht erfreut, schließlich setzte sie auf eine Konsenslösung mit der hessischen Regierung, die ihnen entsprechenden Einfluss sichern würde. Um auf dem

Höhepunkt der Eskalation die Oberhand zu behalten, wird ein dem Spektakel würdiges Schauspiel inszeniert.

Am 7. November 1981 nähert sich eine Demonstration von 40.000 Menschen im Wald der Startbahn Baustelle. Eine Schlacht mit den dort wartenden Bullen erscheint unausweichlich. Doch plötzlich überwinden 50 „Nackte“ an der Spitze eines Keils, den die Massen bilden sollten ungehindert auf Teppichen den Natodraht. Hinter ihnen schließen sich sofort die Ketten der Bullen und BI-Ordner. Über einen Bullenlautsprecher erklären sich die „Nackten“, bei denen es sich um Kader der Bürgerinitiative handelt, zu Geiseln der Bullen, deren Leben in Gefahr wäre, wenn die Menge unfriedlich werden sollte. Wer trotzdem militant agieren würde, wäre ein Provokateur. Der fassungslosen Demonstration bleibt nichts anderes übrig, als sich aufzulösen. Die demoralisierende Wirkung dieser Inszenierung führte zu einem Abflauen der Massenmobilisierung, auch wenn es noch Jahre lang Krawalle und Anschläge gab. Aber das Ziel hatten die BI-Führer in Zusammenarbeit mit der SPD erreicht, der aufbrechenden Revolte wurde der Schwung genommen.

Im Juni 2007 wurden viele Aktivist*innen überrascht, als ein Sprecher der IL und der ALB vor die Presse trat, um sich von der Straßenschlacht in Rostock zu distanzieren und auch von dem ganzen Spektrum, das seine Organisation selbst dorthin mit mobilisiert hatte. „Zum Ende ist die Situation in einem Maße eskaliert, wie wir dies nicht wollten und ausdrücklich verurteilen“ (Junge Welt, 5.6.) oder auch „Die Randalierer waren nur eine kleine Minderheit, wir wollen keine Gewalt“ (Mopo, 4.6.) und „Eine Eskalation wie in Rostock darf es nicht wieder geben“ (Vanity Fair, dpa, 6.6.) erklärte Tim Laumeyer, eine Person, der man zumindest vorher das nicht zugetraut hätte. Für diese Szenarien sollten wir uns vorbereiten.

Überall in Europa sehen sich die unversöhnlichen Elemente von Bewegungen mit Bewegungsmanager*innen konfrontiert, die zwar radikales Vokabular einsetzen, deren Handlungen und Analysen aber nur in eine Richtung zeigen Kompromiss und Herrschaftssicherung von links, jüngstes Beispiel, die von vielen hoch gejubelte Syriza Partei in Griechenland.

Die Proteste und Großevents, die aber immer gut vereinbar mit dem restlichen Leben sein sollen, während dessen sich von gewalttätigen Aktionen distanziert wird und die eigentlich möglichst von der großen Masse akzeptiert werden sollen, können dementsprechend gar nicht zum Ziel haben den gesellschaftlichen Diskurs zu durchbrechen.

Darauf wollen und dürfen wir nicht hereinfallen, denn darum geht es uns auch nicht, nicht darum einen möglichst großen Gegengipfel mit NGOs zu simulieren, wir wollen mit euch, den Ausgeschlossenen, Abgehängten, Wütenden, Kämpfenden, Stehlenden, der Achse des Pöbels zusammenkommen – diskutieren & angreifen!

Achse des Pöbels reloaded **- ein vorsichtiger Blick über den Tellerrand**

Pöbel, Chaos, Migrant, Pack, Trans, Penner, Asylant alles Begriffe für all jene die Tag täglich durch die Normierungen, Rassismen und kapitalistischer Wirtschaftsform weiter an den Rand gedrängt werden, sei es ganz physisch in Form von Verdrängung oder sei es Metaphysisch durch Negierungen. Unser Ziel ist genau all diese einzuladen und uns mit ihnen in Hamburg wieder zutreffen. Wir sind für eine Wiederauflage der Achse des Pöbel, der sich nicht auf ein inszeniertes Spiel in Hamburg

einlässt, sondern davor und danach dafür kämpft einen andauernden Kampf zu führen, am Arbeitsplatz, in der Schule, der Uni, in den Familien, auf der Straße und in den eigenen Köpfen.

Lasst uns im Juli und darüber hinaus, die Clowns und das Spektakel angreifen, lasst uns zusammenkommen um ein neues Bild der Gegenwart zu entwerfen.

Wir jedenfalls, werden alles dafür tun...

Autonome Gruppen

Das Ruder rumreißen **- Aufruf zu einer militanten Kampagne**

3.3.2017 Aufruf zu einer militanten Kampagne gegen Rassismus, Sexismus und den sozialen Angriff im Vorfeld des Bundesparteitags der AfD in Köln und des G20 in Hamburg.

Wir wollen mit unserem Kampagnenvorschlag einen weiteren Aspekt in die Anti-G20-Mobilisierung einbauen: Das weltweite Erstarken von offensiv autoritären, rassistischen und sexistischen Herrschaftsformen. Es liegt nah, dies für ein widerständiges Jahr 2017 offensiv aufzugreifen bzw. anzugreifen!

Das Jahr 2017 verspricht heftig zu werden, es sieht ganz danach aus, als würden sich alle Parteien in den verschiedenen Wahlkämpfen an rassistischer Hetze und Vorschlägen für die Verschärfung der Sicherheitsgesetzgebung überbieten. Die großen Medien begleiten das wohlwollend. Es ist nicht neu, dass die sozialen Verwerfungen, mit denen wir uns rumschlagen müssen, in der Propaganda der Herrschenden und bei der AfD eng mit Rassismus verknüpft werden.

Viele haben in der gegenwärtigen Situation nicht die geringste Hoffnung auf eine Verbesserung ihrer eigenen Lage, was Arbeit, Wohnen und Lebenserhaltungskosten angeht. Da wird häufig die Schlussfolgerung gezogen: „Wenn jetzt Geflüchtete kommen, wird es für mich noch knapper.“ Natürlich funktioniert dieser Kurzschluss nur, weil rassistische Einstellungen weit verbreitet sind und in den letzten Jahrzehnten durch die Massenmedien forciert wurden. Dies führt dann dazu, dass nicht die eigentlichen Akteur*innen für die sozialen Verschärfungen verantwortlich gemacht werden. Denn es trauen sich sowieso wenige zu, gegen Ämter, Politiker*innen, Immobilienhaie und fiese Arbeitgeber*innen anzustinken. In dieser Situation zeigt sich auch die hässliche Fratze des Patriarchats wieder deutlicher. Die verloren geglaubte soziale Sicherheit (hat es die je gegeben?) soll in der bürgerlichen Kernfamilie wieder gefunden werden. Und Frauen, die am Herd und im Haus arbeiten, machen dem weißen Mann nicht den bezahlten Arbeitsplatz streitig. Gleichzeitig wird Sexismus im Außen angesiedelt und als Argument für Rassismus verwertet.

Der Mutlosigkeit, die wir und sicherlich auch andere immer wieder spüren, wollen wir mit einer militanten Kampagne begegnen. Wir wissen, dass so eine bundesweite Unternehmung keinesfalls lokale, konkrete Alltagskämpfe ersetzt. Mit der Kampagne soll vielmehr eine öffentliche Sichtbarkeit erreicht werden, die den Alltagskämpfen mehr Schwung und Durchschlagskraft verleihen kann.

Denn das Jahr 2017 wird auch ein Jahr der Mobilisierungen, die einen deutlichen autonomen, anarchistischen und militanten Einschlag haben werden. Es geht natürlich um den G20 Anfang Juli in Hamburg und davor um den Bundesparteitag der AfD Ende April in Köln. Wir sind jetzt schon beeindruckt von den vielen Attacken gegen AfD Akteur*innen und der Auftakt zur Anti-G20 Mobilisierung mit seinen vielen offensiven Zeichen gegen die herrschenden Verhältnisse war fulminant.

Wir wollen mit unserem Kampagnenvorschlag einen weiteren Aspekt in die Anti-G20-Mobilisierung einbauen: Das weltweite Erstarken von offensiv autoritären, rassistischen und sexistischen Herrschaftsformen. Es liegt nah, dies für ein widerständiges Jahr 2017 offensiv aufzugreifen bzw. anzugreifen!

Trump ist Präsident der USA, Le Pen hat nicht schlechte Chancen, Präsidentin in Frankreich zu werden, die AfD wird höchstwahrscheinlich zweistellig in den deutschen Bundestag einziehen und in vielen anderen Staaten regieren bereits lange die sogenannten Rechtspopulist*innen (mit) oder sind sehr stark, so dass sich diese Liste noch um einiges verlängern ließe. Eine Grundlage ihres Erfolges ist es, Rassismus und Antifeminismus mit Sozialpolitik zu verknüpfen. „Arbeit zuerst für Deutsche“ oder wie Höcke von der unternehmerfreundlichen AfD es ausdrückte, die deutsche „Soziale Frage“ sei keine mehr von unten und oben, sondern eine von innen und außen.

Es ist aber Blödsinn, den Rechtsruck auf die nationalistischen und faschistischen Kräfte zu reduzieren. Die rassistischen Gesetzesverschärfungen kommen von den Konservativen und der Sozialdemokratie, unterstützt von den Grünen und der Linkspartei. Auch die Angriffe auf Hartz 4 Empfänger*innen gehen auf das Konto der

etablierten Politik, ebenso wie die Notstandsmaßnahmen in Frankreich und die immer absurder werdenden Sicherheitsgesetze in Deutschland. Es zeichnen sich Lagerwahlkämpfe zwischen den bürgerlichen Parteien und den rechtspopulistischen Kräften ab. Deren Verhältnis lässt sich beschreiben als ein Wechsel zwischen Kooperation und Konkurrenz. Wir konnten das in den USA gut beobachten oder auch in Österreich. An diesem Kampf zwischen den Eliten werden wir uns nicht beteiligen. Wir werden nicht mit smarten Fußfesselbegeisterten oder Asylpaketverabschiedern zusammen gegen die AfD kämpfen und schon gar nicht umgekehrt. Wir werden uns nicht entscheiden zwischen Neoliberalismus und Protektionismus, zwischen einer bunten oder einer braunen Elite. Dennoch laufen unsere Kämpfe oft Gefahr, genau das zu tun, also eine dieser Seiten der falschen Medaille zu stärken. Kampagnen gegen die AfD laufen Gefahr, den Rassismus und Sozialchauvinismus, den Antifeminismus und das Autoritäre weit rechts zu verorten, außerhalb der etablierten Bürgerlichkeit. Und Kämpfe gegen die herrschenden Akteur*innen sprechen selten von der faschistischen Gefahr, die weit über Europa hinaus lauert.

Deshalb reduzieren wir die Kampagne auch nicht auf die AfD, vielmehr sollten die Angriffsziele von Nazi-Kadern, über die Hetzer*innen der AfD bis zu rassistisch agierenden Politiker*innen von SPD, CDU/CSU Grünen und Linkspartei reichen. Weiter wollen wir neben Institutionen wie Jobcentern, Arbeitsämtern, Abschiebebehörden, Parteibüros und Veranstaltungsräumen auch die Massen- und sogenannten Leitmedien in den Fokus nehmen. Angriffe auf Nazi-Kader wollen wir mit sozialpolitischen Fragen verknüpfen und Angriffe auf Jobcenter mit dem laufenden Rechtsruck in Verbindung bringen. Uns ist bewusst, dass viele Aktionen auf einem „symbolischen“ Level verbleiben, uns ist bewusst, wie selten wir tatsächlich eingreifen können in die Räder der Maschine. Aber wir denken, auch der „symbolische“ Angriff, ein paar eingeschlagene Fensterscheiben, ein übelriechendes Parteibüro oder Institutionen auf denen steht, was innen läuft, haben

einen Wert, der jenseits der nachhaltigen Sabotage liegt: Die Sichtbarkeit des Antagonismus.

Viele dieser Aktionen laufen erfreulicherweise bereits, unser Vorschlag einer gemeinsamen Kampagne zielt vor allem darauf ab, die Kämpfe zu verbinden, einen gemeinsamen Rahmen zu schaffen und die Aktionsdichte noch zu steigern. Dadurch können Aktionen weniger einzeln gesehen und marginalisiert werden, sondern als ein gemeinsamer Angriff einer antagonistischen Tendenz in der Gesellschaft wahrgenommen werden.



Wenn es gelänge, neben den vielen notwendigen kleineren Aktionen, noch einige spektakulärere Zeichen zu setzen, wäre das ideal. Wir schlagen vor, wo nötig, zugleich auf eine gut verständliche inhaltliche Vermittlung von Aktionen zu setzen.

Wir wollen die Kampagne vor dem Bundesparteitag der AfD in Köln starten und dann mindestens bis zum G20 in Hamburg fortführen.

#Das Ruder rumreißen, auf dass der Wind sich dreht!

Angriff auf FN & Demo gegen FN-Kongress in Nantes

Wir dokumentieren hier zwei Texte aus der Region Nantes/Rennes die sich mit den Aktionen des letzten Februar-Wochenendes gegen den Kongress der FN beschäftigen/dokumentieren. In Frankreich gibt es ein Jahr nach dem heißen Frühjahr/Sommer mit dem Kampf um das loi travel wieder einiges, an Kämpfen und Bewegungen: Justice pour Theo, Generation Ungouvernable gegen die Präsidentschaftswahlen und die Besetzung in Bure.

Die Auseinandersetzungen in Nantes waren durch ihre Diversität geprägt, es gab bewusst keinen Aktionskonsens, aber trotzdem fanden alle ihren Platz auf der Demo vom Kinderwagen bis zum BlakBloc. Gerade im Hinblick auf die Bundestagswahl, dem „Rechtsruck“ und dem Partei-Tag der AfD in Köln sollten solche Sachen genauer analysiert und betrachtet werden. Warum nicht zur Wahlparty der

AFD am Bundestag-Wahlsonntag im September in Berlin mobilisieren? Genug Zeit wäre noch und der G20 böte die Möglichkeit überregional Werbung zumachen...

Über die Demo in Nantes

„Nach einer Woche voller Diskussionen, die in der ganzen Stadt so verschiedene Themen behandelten, wie den kurdischen Widerstand, Polizeipraktiken oder Mai 68 in Nantes, strömten Tausende in Nantes gegen das Treffen der FN zusammen. 2200, darunter 800 Ultras, wird die Polizei erzählen, 3000 für die Organisierenden zu Beginn der Demo und, einem Gewerkschafter gemäß, am Ende fast das Doppelte. Insgesamt wahrscheinlich Fünftausend bis Sechstausend. Die Zahlen spielen keine wirkliche

Rolle. Trotz wiederholter Drohung durch die Präfektur, Stadtpolizei und den Angst erzeugenden Artikeln in der Presse, sind die Straßen gefüllt und der Umzug ist solidarisch. Ein voller Erfolg Zunächst, versuchten, noch vor dem Losgehen, am Startpunkt der Demonstration , dutzende Polizist*innen, einen großen Karnevalswagen zu stehlen, der einen Kandidaten mit fünf Köpfen darstellte- die der Kandidat*innen der Präsidentschaftswahlen – in einem treibenden Schiff.

Die Provokation der Ordnungskräfte wurde in einer Gemeinsamen Aktion von jungen Leuten und AktivistInnen der CGT abgewehrt. Der Karnevalswagen wird inmitten der Demonstrant*innen verbleiben. . .



Die Stärke der Parade ist in ihre Vielfalt. Es gab einen Demonstrationszug von, in Schwarz gekleideten, Unregierbaren, sehr massiv, der fähig war, sich eindrucksvoll zu verteidigen und die Polizei für Stunden in Schach zu halten. Dieser wurde den ganzen Nachmittag von Fotografen und Fernsehkameras umringt. Aber es wurde auch eine lange Parade organisiert, mit Kinderwagen, , Menschen aller Altersstufen, die das Motto beherzigen „Alle hassen die FN“. Es ist diese Vielzahl, die die von der Regierung gestellten Fallen unterlief, diese Vielzahl die die Presseartikel ignorieren möchten. Während der Demonstration setze die Polizei den Demonstrationszug unter starken Druck. Gas, Granaten, Angriffe der BAC (Brigade zur Kriminalitätsbekämpfung), worauf zurückgeschlagen wurde. Die Demonstration wird mehrfach gespalten, schafft es immer wieder, dass verschiedenen Teile zueinander aufschließen.

Es ist ein Flut von Malerei, Feuer und Tränengasen in den Straßen, Die Mauern mit Parolen, die Büros von Vinci sind verwüstet, das Rathaus ist rot überstrichen, Feuerwerk knistert an jeder Ecke, Immer zusammen, erreicht der Demonstrationszug einen Springbrunnen, wo Reden gehalten werden. Die Polizei nimmt diese Unterbrechung zum Anlass die Veranstaltung in die Zange zu nehmen, indem sie regelmäßig Tränengasgranaten in die Menge feuert. Der erste Sprecher wurde von einer Serie von Explosionen unterbrochen. Ein Gewerkschafter beginnt mit Grüßen an die Veranstaltung und greift die Polizeiprovokationen an. Ein anderer Redner, nach einer besonders heftigen Konfrontation mit der BAC und anschließendem Tränengaseinsatz, , adressiert an die Ordnungskräfte voller Ironie „Danke für diesen Moment“ Ein anderer sprach über die Verbindungen zwischen der Polizei und der FN, während es immer noch Gefechte an den vier Ecken der Esplanade gab. Ende der ersten Runde.

Nach einem Moment der Unschlüssigkeit, sammelt sich ein neuer Demonstrationszug und läuft zur Saint Pierre (Kathedrale) zurück. Der Karnevalswagen ist in Brand gesetzt. Hastig wird eine Barrikade errichtet. Es gibt das Gerücht, dass die GUD (extrem rechte Gewerkschaftsvereinigung) im Viertel ist und den Aufmarsch zwischen denen, die ins Zentrum zurückkehren wollen und diejenigen, die die extremen Rechten abdrängen wollen, stören will. . Diese verlorene Zeit erlaubt den PolizistInnen sich neu aufzustellen und den Zugang zur Straße zu blockieren. Die Protestierenden sind immer noch mehrere Hundert, in der Nähe der Burg. Zurück auf der Strassburger Straße, neue Tags, neue Scherben. Ein Anstieg der Spannung. Eine Feuerzunge nähert sich der Linie der mobilen Polizei. Während die Spitze des Demozugs immer noch verborgen unter dem Gasnebel ist, greift die BAC den hinteren Teil an und feuert Gummigeschosse und Granaten in Kopfhöhe. Dabei gibt es mehrere Verwundete , darunter einige mit Gesichtsverletzungen. Panik. Der Moment der Auflösung ist gekommen.

Die Attacken werden in den kleinen Straßen weitergehen, während wir herausfinden, dass ein weiterer Teil des Events rund um den du Lieu Unique weitergeht. Nach zwei Stunden Unterbrechung treffen sich hundert Leute auf dem Place du Bouffay. Ein Feuer wird mit den Holzpaletten entzündet, die die Fassaden der Banken auf dem Platz schützen sollen. Eine heiße Mahlzeit und Getränke werden serviert. Die Party wird bis spät in die Nacht weitergehen, mit Melodien der Nuit Debout.

Diese Demonstration gegen das große Präsident*innen-schaftstreffen der extremen Rechten ist ein numerischer und politischer Erfolg. Die Demonstrationen standen in ihrer Vielfalt zusammen. Es gab mehr Leute am Sonntag in den Straßen von Nantes als im verbunkerten Zenith. Die Autoritäten werden versuchen, die Verbindungen zu zerstören, die sich gegen die extreme Rechte und ihre Ideen formierten.

Wie in Zeiten der Proteste gegen das Arbeitsgesetz und nach den Demonstrationen gegen den Flughafen, liegt es an uns unsere eigene Geschichte von diesem Tage erzählen zu können, um gemeinsam in den nächsten Wochen und Monaten den nötigen Widerstand aufbauen zu können“

Quelle: *contrainfo*

Über die Blockade Aktion & den Angriff auf die FN-Busse

„Heute, am Sonntag, den 26. Februar, haben wir uns eine kleine Überraschung für die AktivistInnen der FN vorbehalten, die in einem Bus aus Rennes saßen. Damit wollten wir das Treffen von Marine Le Pen in Nantes stören. Unsere Aktion ist als Antwort auf den von der Nanter Versammlung lancierten Blockadaufruf „ Entert das Schiff!“ zu verstehen. In Ruhe, mit guter Stimmung und reibungslos haben wir zwei Busse auf 4 Spuren blockiert. Wir haben

sie großflächig neu gestrichen, weil es auf der Welt noch andere schöne Farben gibt, als Marineblau.

Wie gewohnt, stellt sich die Front National wieder einmal als Opfer dar und verweist auf die „Demokratie“ und die Meinungsfreiheit. Wie wir es immer wieder betonen, lassen wir es nicht zu, dass in einem Frankreich im Notstand, wo die Polizei in den Banlieus verprügelt und die Flüchtlinge überfällt, der Rassismus und die Fremdenfeindlichkeit unter dem Vorwand der Demokratie aufblühen. Wir haben nicht vergessen wie die faschistischen Regime von Gestern auf demokratischen und rechtlichem Wege eingerichtet wurden (Wahl von Adolf Hitler durch

allgemeines Wahlrecht, Hohes Votum durch umfassende Vollmacht für Pétain durch das Parlament...).

Über die Front Nationale hinaus, ist es die klassische Politik in ihrer Ganzheit, die wir angreifen. Alle Parteien von Rechts wie Links, tun so, als ob sie die Rechte bekämpfen, während sie ihre Ideen übernehmen und ihre Sicherheitsprogramme anwenden.

Heute wie morgen, auf der Straße, wie in den Kämpfen, seien wir Unregierbar !“

Quelle: contrainfo

Hambacher Forst - Erklärung zu Angriffen

Hambacher Forst, 25. November 2016

Dokumentation:

In den späten Stunden des (25-11-16). November führten wir gegen den deutschen Energie-Multi RWE mehrere koordinierte Brandanschläge im Umfeld des Tagebaus Hambach aus. Aus strategischen Gründen haben wir dieses Communiqué bis jetzt zurückgehalten. Nach dem Erkunden der Gegend teilten wir uns auf und legten Feuer an sechs Pumpstationen, zwei Transformatoren, einem Bagger und einer Verteilerstationen des Stromnetzes. Pumpstationen sind Schlüsselteile der Infrastruktur des Tagebaus und werden verwendet um den Grundwasserspiegel abzusenken und ein Fluten der Mine zu verhindern. Sie bestehen meist aus einem freiliegenden Rohr und einem Stromkasten, umgeben von Bauzaun. Wir öffneten den Bauzaun mit einer Brechstange und platzierten darin simple zeitverzögerte Brandsätze und einen Haufen Fahrradschläuche um sicherzustellen, dass sich die Flammen schön ausbreiten.

Die Brandsätze bestanden aus einer Kerze, mit starkem Gummiband an einem Grillanzünder befestigt. Die Kerzen brannten langsam runter und entzündeten die Grillanzünder sobald wir die Gegend sicher verlassen hatten.

Nachdem wir ein Fenster einschlugen, um uns Zugang zu verschaffen, verwendeten wir die selben Vorrichtungen um das Führerhaus eines Baggers abzufackeln. Für die Transformatoren und die Verteilerstation verwendeten wir mit benzingetränkten Lappen gefüllte Autoreifen. Wir platzierten sie unter freiliegenden Kabeln der Verteilerstation und in den Transformatoren. Innerhalb weniger Minuten standen diese Ziele lichterloh in Flammen und als wir uns aus dem Staub machten explodierte die Verteilerstation und schickte Plasmakugeln und violette Flammen 10 Meter hoch in den Nachthimmel. Obwohl dies ein Blackout in 2km Umkreis verursachte, wurde die Attacke auf das Stromnetz vom lokalen Medien Abschaum in ihrer Presse nicht erwähnt und auf Brandstiftung an zwei Transformatoren heruntergespielt. Während die techno-industrielle Megamaschine jeden Tag weiter dröhnt

und alles zerstört und verschmutzt was in dieser Welt noch wild und schön ist, fühlen wir, dass Aktionen wie diese eine notwendige Maßnahme sind um bei Verstand zu bleiben und uns daran zu erinnern, dass wir am Leben sind inmitten all der Zerstörung und Misere der modernen Gesellschaft. Desweiteren, besteht für uns der einzige Weg die industrielle Landschaft zu genießen darin, durch die hohen Gräser und Nessel zu kriechen und einen guten Aussichtspunkt zu finden, um die Säulen von schwarzem Rauch zu beobachten, der aus brennenden Maschinen und Infrastruktur der Zivilisation emporsteigt.

Wir senden ein Zwinkern der Komplizenschaft an die gefangenen Anarchist*innen, beschuldigt des Bankraubes in Aachen und dem chilenischen Kriegsgefangenen Kevin Garrido, beschuldigt mehrerer Sprengstoffanschläge in Santiago.

Für die Multiplikation der Attacken gegen RWE, für Anarchie und Wildheit!

Tod der Zivilisation!

Schurken in der Nacht

Am **31.12.16** wurden **Signalboxen an der Hambachbahn in Brand gesetzt und zwei Bagger sabotiert**. Dazu wurden die Hydraulikschläuche zerschnitten und das Kühlsystem beschädigt. Dreck und Scherben wurden in Tank geworfen. Mit Bolzenschneidern wurden die Ventile der Reifen gekürzt.

(Criminal Mechanics Party, 325.nostate.net)

Am **5.1.17** wurde eine **Weiche der Hambachbahn sabotiert**. Dazu wurden zwei Blumentöpfe mit Löchern im Boden und Thermit befüllt mit Wunderkerzen gezündet.

(Pyromane gegen RWE, earthfirstjournal.org)

Am **21.2.17** wurde die Hambachbahn erneut sabotiert. Ein Drahtseil verursachte einen **Kurzschluss der Oberleitungen**. *(linksunten.indymedia)*

Waldbesetzung, Proteste und Angriffe

auf das nukleare Forschungslabor CIGEO in Bure

Bure (Frankreich) 18.2.17

Am Samstag den 18. Februar gab es in Bure, im Nordosten von Frankreich, eine Demo erst in den Wald, zur Unterstützung der dortigen Besetzung und dann zum Forschungslabor des geplanten Atommüllendlagers CIGEO. Dabei wurde der ANDRA ein Teil ihrer illegal im Wald errichteten Mauer mehr oder weniger symbolisch zurück gebracht. Ein kleiner Aktionsbericht – mehr Bilder in Kürze.

Über 700 Menschen beteiligten sich an den Aktionstagen vom Februar 2017 in Bure, die heute am späten Nachmittag in heftigen Ausschreitungen und massiven Angriffen auf das Gelände der Atommüllendlager-Agentur ANDRA mündeten.

Seit über einem Jahr wird der Fortschritt des Atommüllendlagerprojektes CIGEO effektiv durch den Widerstand der Anti-Atom-Bewegung in der Lorraine behindert. Trotz Räumungen, Mauerbau und juristischen Angriffen und Gegenangriffen hält die Waldbesetzung im Bois Lejuc stand und weitet sich der Protest gegen das industrie-apokalyptische Jahrhunderttausend-Projekt auch über die Region hinaus aus. So gab es auch in diesen Tagen mehr oder weniger symbolische Solidaritätsbekundungen in anderen Städten – hunderte kamen zum heutigen Aktionstag.

Bereits Dienstags und Donnerstags gab es nächtliche Aktionen und Attacken auf das Labor und seine Greenwashing-Abteilung, wobei erheblicher Schaden an den Absperrungen entstand, die teilweise durch Nato-drahtrollen ersetzt wurden. Ein Grossaufgebot der Bullen verhinderte diesen Nachmittag ein Vordringen bis an die Gebäude. Jedoch wurden während einer mehrstündigen Feldschlacht grosse Teile des übriggebliebenen Zaunes, Verstärkungen, tote Bäume und noch vieles mehr fachgerecht in Barrikaden verbaut. Während die Bullen die Demonstrierenden fast unablässig mit Tränengas- und auch Offensiv- bzw. Dispersions-Granaten bewarfen und beschossen griffen zahlreiche DemonstrantInnen Infrastruktur und HandlangerInnen des Atomkapitals entschlossen und vehement über gute zwei Stunden lang an. Es gab mehrere Verletzte auf beiden Seiten und mindestens drei Festnahmen.

Auch in der kommenden Woche und dieses Frühjahr stehen weitere entscheidende Prozesse an. Unterstützt die Waldbesetzung, traut euch nach Bure!

Das Atomklo in Bure verhindern, Atomfirmen zerlegen, überall!

Wie kann Unterstützung aussehen?

Hinfahren! Auch außerhalb der großen Mobilisierungen braucht die Waldbesetzung dringend personelle Unterstützung. Zu Tun gibt es immer etwas, um den kollektiven Alltag zu organisieren, die Infrastruktur der Besetzung weiter auszubauen und die Verteidigung des Waldes gegen den bevorstehenden Angriff vorzubereiten. Gerade solange die Situation noch relativ entspannt ist, bietet sich die Gelegenheit das Terrain zu erkunden und mit den Menschen vor Ort in Kontakt zu kommen. Das Widerstandshaus und der Bahnhof sind ganzjährig auf Besucher*innen eingestellt und verfügen über eine begrenzte Anzahl beheizbarer Schlafmöglichkeiten. Auch im besetzten Wald entsteht derzeit eine beheizbare Gemeinschaftsunterkunft. Jeden Sonntag gibt es im Wald um 14.00h ein offenes Plenum zur aktuellen Situation.

Wenn du nicht nach Bure fahren kannst, gibt es andere Möglichkeiten den Kampf gegen CIGEO zu unterstützen. Es werden dringend noch Menschen gebraucht die regelmäßig Übersetzungsarbeit machen könnten. Auch Soliaktionen an anderen Orten können helfen unsere Kämpfe miteinander zu verbinden und weiter Druck auf das Projekt aufzubauen. Im Frühjahr 2017 ist zudem eine Infotour in Planung, die auch in Deutschland Station machen wird und noch Veranstaltungsorte sucht.

Falls du zur Räumung/ Wiederbesetzung fahren willst, hier noch ein paar allgemeine Überlegungen: Anders als bei uns wird direkter polizeilicher Zwang gegen Versammlungen in Frankreich in der Regel über Distanzwaffen ausgeübt (Gummigeschosse, Tränengas- und Schockgranaten). Diese können zu schweren Verletzungen führen und mitunter tödlich sein. Macht euch Gedanken über Schutzausrüstung z.B. Gasmasken, Schutzbrillen, Schoner, Helme (gegen Tränengas hilft auch bis zu einem gewissen Punkt das Arzneimittel „Maaloxan“). Auch existiert in Frankreich kein Vermummungsverbot auf Demonstrationen. Stellt euch darauf ein, dass es zu Fahrzeugkontrollen kommen könnte.

*Verteidigen wir gemeinsam mit unseren Freund*innen den befreiten Wald von Mandres!*

Verhindern wir CIGEO! Es gibt kein sicheres Endlager – Nirgends!

Hintergründe und Aktuelle Infos zu CIGEO:

<https://burezonelibre.noblogs.org/> (französisch)

<http://vmc.camp/> (französisch/englisch)

<http://blog.eichhoernchen.fr/tag/Bure> (deutsch/franz.)

Autonomes Medienkollektiv Bure

Orientierungsprobleme an der Moralfont:

„Ist es herzlos, nichts zu geben?“

Die Hamburger Morgenpost nahm sich in einem vorweihnachtlichem Artikel (1) einem großen Problemen unserer Zeit an: Man stelle sich die Frage, wie und ob man den Bettlern der Hamburger Innenstadt eine Spende geben könne.

Zum Glück gibt es für solche schwerwiegenden Fragen (die weit komplexer sind als die Abwägung, wie viel des eigenen Geldes man für die Unterstützung unmittelbarer Not Dritter zu geben sich leisten kann und will) ausgezeichnete Experten für das moralisch aufgeklärte Spenden. Die lässt die MoPo zu Wort kommen, um ein für alle mal klar zu stellen, wann das Spenden erste moralische Pflicht ist und wann man mit gutem Gewissen nichts geben braucht. Den Anfang macht, wie sollte es bei Fragen der Elendsverwaltung anders sein,

der Sozialarbeiter

Ganz seinem Berufsstand entsprechend steigt der Sozialarbeiter mit der Erinnerung an die soziale Bedingtheit der Obdachlosigkeit ein. Konsequenz für eine Profession, die das „gelingende Alltagsleben“ zum Gegenstand hat, verweist er darauf, wie sehr Obdachlose in ihrer gesellschaftlichen Lage aufs Zurechtkommen angewiesen sind: „Die werden nicht dadurch gesund, dass man ihnen nichts gibt. Sie sitzen da und tun nichts Böses. Am besten man fragt direkt, wie man helfen kann, z.B. mit einem Kaffee.“ Das „Beste“ besteht eben darin, mit einem Euro, der ja dem Spender nie wehtue, dem Obdachlosen seine Armut erträglich machen. Na dann: Prost, Kaffee!

Der Geschäftsführer vom Wohlfahrtsverband

denkt als Sozialarbeiterchef natürlich eine Nummer größer und verweist auf die ökonomisch sinnvollste Verwendung von Spenden: „Ein Euro hilft nicht viel. Man weiß auch nicht, in was er investiert wird.“ Das Geld ist dem Lumpenproletariat deswegen nicht einfach sinnlos in die Schale zu werfen, sondern es ist viel besser beim Deutschen Roten Kreuz (DRK) angelegt. So kann man sich als Spender gewiss sein, in was der Euro „investiert“ wurde: Das DRK kann sich dann zum Wohle der Obdachlosen nicht nur einen Geschäftsführer leisten, sondern ihnen den Kaffee gleich mit einem Bus vorbeifahren. Das quälende Problem, mit dem sich die MoPo plagt, nämlich ob es den richtigen Obdachlosen getroffen hat, kann man so erledigen: Irgendwie hat man allen geholfen. Die Leistung des DRK ist eben die optimale Verwaltung der Spenden – ein einziger Dienst am guten Gewissen. Aber denken wir mit derlei Fragen nicht viel zu materialistisch?

Mit dem Hauptpastor und der Bischöfin

lässt die MoPo gleich zwei Experten in Sachen christlicher Nächstenliebe ihre frohe Botschaft verkündigen. Schließlich geht es hier um die großen moralischen Kategorien! Es folgt eine Moralpredigt, die sich gewaschen hat und in detail gewürdigt werden muss: Pastor Lohse steigt mit einer Erinnerung an alle christlichen Leser der MoPo ein:

„Es gehört zum christlichen Glauben dazu, den Nächsten zu lieben und ihm zu helfen. Eine Geldspende ist die minimalste Form der Nächstenliebe.“ Ja, liebe Gemeinde! Mit nur einem Euro habt ihr minimal, aber immerhin überhaupt Nächstenliebe geleistet. Und dazu bekennt ihr euch ja wohl. Der Pastor erklärt das Spenden zur Pflicht der Christenheit in Sachen gottgefälliger Lebensführung. So erlegt er ihnen auf, wegen ihres Glaubens zu spenden. „Wenigstens“ dieses Opfer muss als Christ eben schon drin sein, das ist der Anspruch. Wie es um die Geldbeutel der Christen so bestellt ist, aus denen vor lauter Nächstenliebe das Geld in die Schale wandern soll, taucht da gar nicht mehr auf.

Vielleicht kriegt es die Klasse der Lohnarbeitenden gar nicht hin, sich und ihresgleichen gut zu versorgen? Vielleicht kommt die Armut von Mittelstand bis Sozialfall gar nicht aus fehlender Nächstenliebe, sondern aus der Lage, die an ihnen im Verhältnis ihrer Tauglichkeit für den Zweck Profit hergestellt wird?

Aber auch das wäre wohl zu materiell für einen Beruf, Entschuldigung, eine Berufung, deren Daseinszweck es ist, moralische Orientierung in der Klassengesellschaft zu bieten. Für ihr gutes Gewissen soll es den Christen allemal wert sein, auf einen Euro zu verzichten und diese minimale Nächstenliebe zu verteilen.

Herr Lohse fährt also unbeirrt fort und erinnert sich daran, dass seine Schäfchen spenden – aber aus einem falschen Grund: „Oft will man sich dabei jemanden nur vom Leibe halten. Besser wäre es, sich dem Menschen zuzuwenden. Mit ihm zu sprechen und herauszufinden, was er braucht.“

Ja, das wäre doch mal was! Das, was dem Bettler fehlt, ist Geld, darum bettelt er. Für den Christenmenschen hat das liebe Geld nun aber den Mangel, dass es als der schnöde abstrakte Reichtum der Gesellschaft bloß für minimalste Nächstenliebe steht. Weil sich daran gar nicht so leicht erkennen lässt, ob es sich wirklich um Nächstenliebe handelt, erlässt der Pastor nun sein persönliches Gebot, man möge sich dem Menschen zuwenden. Einem Menschen, der Kohle braucht, soll der nächstenliebende Christ seine volle Aufmerksamkeit schenken, ihn eben als Nächsten (alternativ: Mensch, Nachbarn usw.) würdigen und so die schönste aller Freuden auf Erden bereiten: das gute Gefühl, voll und ganz als Mensch gewürdigt zu werden.

Wenn der Obdachlose dann – er soll ja befragt werden, was er wirklich braucht – ehrlich antwortet und Geld haben will, ist der Herr Pastor „alarmiert“. Das ist er selbstverständlich „nur da, wo versucht wird Barmherzigkeit auszunutzen. Wo man zum Geben gedrängt wird, verweigere ich mich. Denn dann geschieht es nicht frei und aus Liebe.“

Eben! Nicht nur die Christen sollen sich zusammenreißen und Opfer für ihren Glauben bringen und mal was für den Nächsten tun; die Armen sollen ihre Sittlichkeit beweisen, indem sie dankbar die immaterielle Nächstenliebe – wahrscheinlich die maximalste Form der Nächstenliebe – annehmen. Sie sollen wertschätzen, dass ihnen einer nahe ist und sie, inmitten von Umständen, die sie obdachlos, krank, arm usw. machen, als Menschen würdigt. Das geht sogar ohne Kaffee kaufen!

Wem das als Obdachlosen zu wenig ist, weil er nicht Anerkennung, sondern Geld braucht, der nutze Barmherzigkeit bloß aus und verwirke sein gutes Recht auf ehrliches Betteln. Hauptpastor Lohse bringt uns also der Antwort auf die Ausgangsfrage näher: Herzlosen Obdachlosen, denen nur am schnöden Mammon gelegen sei, darf man mit gutem Gewissen Anerkennung und Geld verwehren.¹

Wem das als Gläubigem dann doch nicht reicht, kann es zusätzlich machen wie Bischöfin Fehrs: „Als ich neulich in meiner Nachbarschaft eine 14-Jährige mit nackten Füßen in einem Ladeneingang liegen sah, habe ich ihr eine Decke gebracht“. Aber auch dann gilt: „Wichtig finde ich, dass ich mich nicht unter Druck gesetzt fühle und selbst entscheiden kann, wann ich etwas gebe“. Das muss jedem Armen klar sein: Christliche Nächstenliebe ist kein Wunschkonzert, sondern ein Gnadenakt.

Da wir aber in modernen Zeiten leben, ist es bei der MoPo mit der christlichen Nächstenliebe noch nicht erledigt. Auch der Islam darf unter Beweis stellen, wie sehr er zur aufgeklärten Konkurrenzgesellschaft passt.

Der vorgeführte Imam leistet sich gar nicht erst die umständlichen Konstruktionen, für seine Gläubigen auszuführen, welche Abstufungen es im moralischen Spenden so gibt, sondern deduziert direkt aus dem Willen Allahs eine schlichte Vorgabe, die jeder gläubige Muslim zu erfüllen habe: „Als Muslime sind wir verpflichtet, pro Jahr 2,5 Prozent unseres Einkommens abzuführen und mit Bedürftigen zu teilen“. Die Dankbarkeit für den eigenen Wohlstand, wie auch immer dieser ausfällt, hat man Allah zu entrichten, indem man den Armen 2,5 Prozent abgibt. So einfach kann Erlösung sein (2).

Die City-Managerin

Nun kommt noch in Gestalt des City-Managements das Kapital der Innenstadt zu Wort. Natürlich sind diese Vertreter der Freiheit ihres Geschäftes nicht für die Vertreibung freier Bürger. Nur haben Sie kein Interesse an denjenigen, die ihr Geschäft stören. Ganz konsequent

bieten auch sie allen Spendern die Gelegenheit, ihr Geld nicht einfach in irgendwelche Bettelschalen zu werfen und damit unproduktiv zu verramschen. Das Geld soll ja sicher zum Zwecke eines guten Gewissens angelegt werden.

Der Zusammenschluss von „Unternehmen des Einzelhandels, der Immobilien-, Kultur-, Freizeit- und Tourismuswirtschaft, Interessen- und Werbegemeinschaften sowie Verbände und Institutionen“⁽²⁾ sammelt Geld für ihre eigene Hilfskampagne, die mit dem Namen „Ein Dach für Obdachlose“ schon sagt, worum es ihnen geht: Zentralisierung der Spenden der Kunden, um diese an eine Einrichtung der Sozialarbeit weiterzugeben.

Deren Leistung für das City-Management wird klar benannt: „Die Erlöse aus dieser Sammelaktion flossen in den vergangenen Jahren in den sogenannten Stützpunkt. Bei dem Stützpunkt handelt es sich um eine Anlaufstelle für



Obdachlose, die sich an zentraler Stelle in der Innenstadt (Klosterwall) befindet. Die Möglichkeit der Gepäcklagerung in Schließfächern hat die Mobilität der Obdachlosen erhöht und sie in die Lage versetzt, Aufenthaltsangebote außerhalb der City wahrnehmen zu können.“⁽²⁾

Dank City-Management muss man sich beim Shoppen nun nicht mehr mit der Frage quälen, ob man das Wechselgeld dem Obdachlosen vor der Tür geben muss oder nicht. Das eigene gute Gewissen kann direkt an der Kasse mit gekauft und so die Obdachlosen in die Lage versetzt werden, woanders als in Hamburgs geschäftstüchtigen Kern eine kostenlose Suppe zu bekommen. Statt Kaffee an Ort und Stelle gibt's nun Mobilität für Obdachlose. So könnten die auch mal ein bisschen durch die schöne Hansestadt touren und das Weihnachtsgeschäft kann ungestört von allem, was nicht an heile Welt erinnert, florieren. Geholfen ist also letztendlich allen!

Fassen wir soweit zusammen: Richtig Spenden ist schwierig, es gibt so einige Fallstricke. Aber egal welchem Expertenrat man nun folgt mit seiner Spende, ein gutes Gewissen kann man sich immer leisten. Was die Obdachlosen davon haben, beziehungsweise mit welcher Spende man sich ein gutes Gewissen leisten will – von Kaffee über Mobilität bis hin zur Anerkennung als Menschen – kann man sich frei aussuchen.

Die MoPo ist allerdings nicht nur ein Beratungsblatt für Moralfragen, sondern auch investigativ unterwegs. Deswegen hat sie auch keine Mühen gescheut und einen echten Obdachlosen zur Thematik zu befragen. Vor er seinem Beitrag zur Spendenberatung, schärft Uwe Schneider zunächst unsere Kategorien. Oben war ja bereits von der „alarmierenden Ausnutzung der Barmherzigkeit“ die Rede. Und wer diese sucht, also unbedingt finden will, der entdeckt jene Obdachlosen, die die gute Tat einfach nicht verdient hätten: „Bettlern, die angetrunken sind und Drogen konsumieren, würde ich auch kein Geld geben“, sagt einer, der es wissen muss. Er hingegen kennt die Leute und die Leute kennen ihn. „Sie wissen, dass sie ihm ruhigen Gewissens spenden können. Denn Uwe Schneider trinkt keinen Alkohol.“

Wer es in seiner Lage nicht aushält und zu derartigen Rauschmitteln greift, beweist auch für Schneider die niedere Art seiner Bedürfnisse. Anstatt sich ehrlich der harten Arbeit des Bettelns zu widmen und vernünftige Dinge zu machen, wie sich ein Brötchen zu kaufen, entscheiden sich diese, seiner Auffassung nach verkommenen Subjekte stattdessen für Betäubung. An die Konkurrenzmentalität, dass man sich anzustrengen habe, um das Beste aus seiner Lage zu machen, halten sie einfach nicht, sobald sie sich aufgeben und ihre Sinne so betäuben, dass Krankheit, Hunger und Verstand möglichst nicht mehr empfunden werden. Dafür hat selbstverständlich niemand etwas übrig, schon gar kein Geld. Zum Glück ist unser MoPo-Obdachloser ein 1a-Bettler, der lieb und nett, eben „bekannt wie ein bunter Hund“ ist. So einem gibt man gerne seinen Euro; bei dem ist der dann gut investiert.

Aber hier ist die Aufklärung durch Schneider noch nicht vorbei. Vom Vorzeige-Bettler lernen wir, dass es neben dem versifften deutschen Drogen-Obdachlosen noch weitere fürchterliche Gestalten auf Hamburgs Straßen gibt:

„Die Lage für Bettler spitzt sich immer weiter zu durch die Konkurrenz aus Osteuropa“, sagt Schneider. „Die machen es mir als ehrlichem Bettler schwerer. Ich bekomme deswegen weniger Geld.“ Die oftmals rumänischen Bettler kommen in großen Gruppen, klagt Schneider. Seit sich das Problem mit Auftragsbettlern und organisierten Banden herumgesprochen hat, werden die Leute misstrauischer. Ich werde von ihnen gefragt, ob ich deutsch bin.“ Erst dann spenden diese, sagt der Hamburger. „Ich kann das vollkommen nachvoll-

ziehen.“ Deswegen sei es positiv, dass die Stadt darüber nachdenkt, gegen Bettel-Gruppen vorzugehen.“

Das proletarische Bewusstsein, dass man selbst zu den guten, ehrlichen Konkurrenzsubjekten gehört, man aber leider durch unlautere Konkurrenten am Erfolg gehindert wird, tritt hier radikalisiert als Angriff auf die ausländischen Bettel-Konkurrenten auf. Ist ja klar, dass die zu viel sind, für die wenigen Spenden in Hamburg; ist ja klar, dass die unehrlich betteln; ist ja klar, dass es nur gerecht wäre, würden die deswegen staatlich härter angegangen. Der Grund für die Existenz dieser Konkurrenten (arbeitslose Wanderarbeiter aus EU-Ländern ohne oder mit sehr eingeschränkten Sozialleistungsansprüchen) und deren daraus resultierendes Auftreten als Gruppe (Betteln in Gruppen für mehr Ertrag, um sich gemeinsam durchzuschlagen oder schlicht durch Ausbeutung von Bettlern durch Abhängigkeiten und Zwang) wird hier durch den schlichten Hinweis erledigt, dass diese Menschen im Weltbild von Pastor, Sozialarbeiter und Uwe Schneider nicht zu den ehrlichen Schnorrern zählen. Wobei die Ehrlichkeit in nichts anderem besteht, als nüchtern und deutsch zu sein, weswegen man es laut Schneider auch verdient hätte, mit der Mildtätigkeit der Shopper begünstigt zu werden.

Damit beendet Schneider die tour de force durch das moralische Weltbild. Festhalten lässt sich, dass Armut noch lange kein Grund ist, es an Anstand fehlen zu lassen. Es ist gerade umgekehrt: Nur anständige Armut hat für die Zitierten ein Existenzrecht. Nur diese hat sich nämlich jedwede Form der Zuwendung verdient. Was man sich da verdient und was diese Zuwendung erträglich machen soll, nämlich ein Überleben als Elendsgestalt, ist dann nicht weiter Thema. Dass sich über diese Art der Existenz keine Zufriedenheit einstellt, verwundert niemanden. Und entsprechend gewürdigt wird es, wenn die Lumpenproleten trotz all dessen den moralischen Ansprüchen eines Konkurrenzsubjekts weiterhin genügen, also aus ihrem Los das Beste zu machen und dabei gültiges Recht und herrschende Sitte anzuerkennen. Respekt gezollt wird dem, der arm und trotzdem brav ist, auch wenn die Gesellschaft außer Gruß, Mitleid und ein wenig Kupfergeld sonst nichts für ihn übrig hat. So einer ist – trotz allem – ein guter Mensch, einer von uns. Der darf sein.

Gruppen gegen Kapital & Nation, Januar 2017

www.gegner.in

(1) Ein ganz schöner Zynismus, weil es in dieser Gesellschaft, in der an den allermeisten Sachen ein Preisschild klebt, selbstverständlich zuallererst um's Geld gehen muss. Und dass Obdachlose sich dementsprechend verhalten, wird ihnen vom Pfaffen allerdings zum Vorwurf gemacht.

[Anmerkung der Redaktion: die Werbe-Links der Autor_innen haben wir gestrichen]

Über eine Praxis,

gemeinsam breiten Widerstand an sozialen Fragen zu organisieren

Beitrag zur aktuellen Debatte über Strategien interventionistischer und Partei-Politik

Bewegung und Partei hängen miteinander zusammen. Sozialisten und Kommunisten, Anarchisten und Spontis gründeten diverse Parteien, die verschieden lang existier(t)en. Nahezu jede Bewegung kann auf mindestens ein aus ihr hervorgegangenes Parteigrüppchen verweisen, wenn auch Parteien und Listenaufstellungen, Wahlen und Wahlprogramme immer mit Streits und Handgemenge verbunden waren. Daran können sich sogar langjährige Leser*innen der Interim erinnern, weil in der Zeitschrift 1994 über die „Autonome Liste“, die zur Europawahl antrat, diskutiert und geworben wurde.

Nicht ganz so diskursiv, aber doch umstritten ist es, wenn Genoss*innen für Parteien oder Parteistrukturen arbeiten oder sich gar positiv auf Parteien und Wahlen beziehen. All dies gibt es auch unter uns. Auffällig wurde es mit dem Einzug der Linkspartei in den Bundestag in Fraktionsstärke, als verdiente Aktivist*innen plötzlich bei Bundestagsabgeordneten oder einer parteinahen Stiftung in Lohn und Brot standen.

Zuletzt geriet ein langjährig internationalistischer und autonomer Aktivist in die Debatte, als er überraschend Staatssekretär für die Linkspartei im Berliner Senat wurde. Das war ein bis dahin einmaliger Höhepunkt. Selbst Aktive aus Gruppen wie UmsGanze und Interventionistische Linke, denen solche Bestrebungen unterstellt werden, sind vermutlich aus guten Gründen und realistischer politischer Einschätzungen nicht so weit gegangen.

Der linksradikale Staatssekretär ist schnell hochkant herausgeflogen. Autonome Freund*innen haben sich über seine Rückkehr von diesem „Irrweg“ und „hässlichen Ausflug“ gefreut und heißen ihn wieder in ihren Reihen willkommen: „Wir haben Dir einen Platz freigehalten“. Sie wissen es allerdings selbst: Der ehemalige Staatssekretär ist da differenzierter als sie und hat keine so einfachen Antworten. Er steht zu seiner widersprüchlichen Biografie und auch zu seinem ebensolchen Versuch, mit der regierenden Linkspartei in der Stadt etwas grundlegendes im Bereich Wohnen und Mieten zu verändern.

Chancen für einen derartigen Aufbruch mit dieser Regierung sieht er nach wie vor. Dafür wurde er als Impulsgeber und Berater von der Linkspartei eingekauft – und der Vertrag läuft nach seinem Rücktritt in anderer Form weiter. „Ich trete heute zurück, damit diese Politik weitergeführt werden kann“, schrieb er selbst. (Damit inszeniert er sich als einen, der durch seinen vermeintlich freiwilligen Rücktritt die rot-rot-grüne Koalition gerettet hat und verschweigt – diplomatisch wie er ist – den Druck, den die Linkspartei vor seinem Rücktritt auf ihn ausgeübt hat. Solch Verhalten ist nicht neu. Als er 2007 für ein paar

Tage nach Moabit in den Knast wegen vermeintlicher Mitgliedschaft in der Militanten Gruppe gesteckt wurde, folgte die Inszenierung als unschuldiger Wissenschaftler. Damit wurde ausgeblendet, dass er als militanter Aktivist unterwegs war.)

Solche Arrangements sind legitim. Das ist alles also soweit gut und richtig so. Die Welt ist nicht so simpel, wie es manch Verbalradikale gerne hätten. Revolution und Reform hängen miteinander zusammen, genauso wie es immer Überschneidungen zwischen Bewegungen und Parteien gab. Der Aktivist skandalisiert die Politik, weil er ganze konkrete Vorschläge hat, wie es besser gehen kann. Dann wird er sogar Staatssekretär, mit Hoffnung, aber auch Zweifeln und Selbstkritik. Und deshalb ging es dabei zu keiner Zeit ums Integrieren von Widerstand ins System.

Er lebt und agiert in Widersprüchen, weil es den einen Weg nicht gibt bzw. keiner weiß, welcher augenblicklich der richtige ist. Man macht Fehler und scheitert und lernt und versucht es wieder. Insofern sind ihm so Zusammenschlüsse wie die Interventionistische Linke oder Blockupy (die mit ihm durchgehend solidarisch waren) vermutlich politisch näher als autonom-anarchistische Zusammenhänge (die ihm gegenüber sehr hämisch waren).



Aber weder Andrej Holm noch die Interventionistische Linke scheinen trotz ihrer Widersprüche in sich zerrissen zu sein. Sie finden stattdessen deutliche Worte und initiieren Kampagnen, an denen sich alle Strömungen der Linken beteiligen und zusammenkommen. Solche Initiativen – von Versammlungen über Zwangsräumungsverhindern bis zu Blockupy-Aktionen mit bis zu 20000 Leuten – braucht es, weil sie Ereignisräume schaffen und Kämpfe erst möglich machen. Und weil sie solidarisch mit anderen und unseren Kämpfen sind.

Intellektuelle wie er sprechen davon, dass es um Hegemonie geht, um die Einbindung bürgerlicher Kräfte – unabhängig ob sie linken Parteien nahe stehen oder nicht. Sie wollen Angebote für Menschen schaffen, die mit der Gesamtscheiße unzufrieden sind.

Sie wollen Menschen ansprechen, diese selbst ermächtigen, um Stärke beim kommenden Angriff zu gewinnen. So machen es auch Bizim-Kiez und Kotti & Co: Solidarisch mit Mieter*innen und mit Aktivist*innen. Möglichst breite Bündnisse und eine ebensolche Mobilisierung.

Gruppen wie UmsGanze und Interventionistische Linke, Personen wie Yanis Varoufakis und Andrej Holm haben heute das Potential, im Kleinen etwa das zu bewerkstelligen, was im vergangenen Jahrhundert Befreiungsbewegungen taten, als sie sich konstituierten: Sie sprachen mit allen, um sie für den gemeinsamen Kampf zu begeistern. Vielen erfolgreichen antikolonialen Bewegungen war es so gelungen, unterschiedliche Gruppen und Organisationen zusammenzubringen, darunter auch religiöse und legalistische Reformisten, die sich vormals noch vehement gegen einen bewaffneten Kampf aussprachen. Sie beteiligten sich dann am Kampf für die Unabhängigkeit, teilweise auch in neu entstandenen Bewegungen, die zu jeder Art von Widerstand bereit waren.

Alle historisch erfolgreichen Kämpfe gingen mit solchen Kooperationen einher. Als es zum Beispiel um das Wahl-

recht für Arbeiter (jeder eine Stimme!) oder später für Frauen ging, wurden Bündnisse geschlossen mit Vertreter*innen anderer Schichten, Klassen und Geschlechter sowie Parlamentsabgeordnete. So wurde dieses demokratische Recht erkämpft. Das waren große emanzipatorische Schritte, unabhängig davon, was wir heute von Parteien und von Wahlen halten.

Diese auf einer politischen Strategie beruhenden Bemühungen sind auch gewinnbringend für andere Strömungen der Linken. Insofern müssen wir ehrlicherweise eingestehen: Die Welt und unsere Möglichkeiten des Kampfes, nicht nur auf dem stadt- und mietenpolitischen Feld, wären ohne die Umsetzungsversuche dieser Strategien weitaus schlechter.

Sollen sie es versuchen. Wir machen mit und starten andere Versuche. Nur gemeinsam sind wir stark.

Autonom-anarchistischer Arbeitskreis (AAA)

Stoppt die Hetze gegen Geflüchtete

Bericht einer bundesweiten Aktion gegen den rassistischen Diskurs in der BRD

Zwischen den Jahren, in der Zeit von Ende Dezember bis Anfang Januar, wurden bundesweit in vielen Städten mehrere 10.000 Flugblätter verteilt, um über Vorurteile gegenüber geflüchteten Menschen aufzuklären.

Anlass für die Kampagne war (und ist) das vermehrte Auftreten von Vorurteilen gegenüber Geflüchteten, welche in einem medialen und einem breiten gesellschaftlichen Kontext häufig unreflektiert reproduziert wurden. Und nur allzu häufig werden die Behauptungen ohne Entkräftigung und Gegenargumentation im Raum stehen gelassen. Das Flugblatt behandelte einige dieser Vorurteile, griff sie auf und dekonstruierte sie.

Es wurden beispielsweise folgenden Aussagen widerlegt: „Wir können nicht die ganze Welt aufnehmen!“, „Und wer soll das alles finanzieren?“, „Flüchtlinge aus den Balkan haben keinen Schutzbedarf und kommen nur wegen unserer Sozialleistungen“ und „sind meistens kriminell und gefährlich!“

In Deutschland repräsentieren geflüchtete Menschen zur Zeit weniger als 1 Prozent der Gesamtbevölkerung, weil die meisten Menschen auf der Flucht nicht mal die Grenzen des eigenen Staates durchqueren können und es nur sehr wenige nach Europa schaffen, was aktiv durch die EU-Staaten mit Zäunen, Militär und Überwachung gefördert wird. Dafür ist tatsächlich Geld da!

Dass Rom*nija in ihren Herkunftsländern massiv diskriminiert werden und fast keinen Zugang zu Wohnraum, Bildung und Arbeit haben, ist von verschiedenen Menschenrechtsorganisationen und Beobachter*innen nachge-

wiesen worden, und es gibt keine Hinweise darauf, dass geflüchtete Menschen krimineller als die Durchschnittsbevölkerung sind.

Die Aussagen und Gegenargumente im Flyer richteten sich hauptsächlich an bürgerliche Menschen. Die Gegenargumentationstexte waren deshalb so formuliert, dass sie möglichst bürgernah Informationen vermittelten. Auf ideologisch linksradikale Sprache wurde komplett verzichtet. Dennoch ging es nicht nur um eine oberflächliche Widerlegung der Vorurteile mittels bürgerlicher Argumentationsmuster. Auch Verweise auf die gesellschaftlichen Verteilungsmechanismen der Ressourcen wie Jobs, finanzieller Mittel, Wohnraum etc. im Kapitalismus sowie die Rolle Deutschlands in der Welt als Waffenexporteur oder Stabilisator der kapitalistischen Verhältnisse werden genannt.

Dennoch schwanken die oben angesprochenen Vorurteile gegenüber Geflüchteten häufig zwischen Unwissenheit und offen zur Schau getragenen Rassismus. Das Erstarken rechtspopulistischer, oder auch neonazistischer Parteien und Gruppierungen zeigt die enorme Instrumentalisierung eben jener Vorurteile zugunsten der eigenen, menschenverachtenden politischen Ziele und zum Schaden all jener, welche (aus welchen Gründen auch immer) fliehen und versuchen sich ein neues Leben aufzubauen. Die Dekonstruktion stellt für uns somit einen Teil einer politischen Strategie dar, welche darauf ausgelegt ist rechter Hetze den Boden zu entziehen und eigene Akzente und Inhalte zu setzen, Vorurteile abzubauen und letztendendes auf ein uneingeschränktes, menschenwürdiges Leben für alle, ohne Grenzen und Vorurteile.

Initiiert wurde die Aktion innerhalb der Föderation deutschsprachiger Anarchist*innen (FdA) von einer Gruppe, die auch den Text als Rohfassung ausgearbeitet hat. Die Idee inklusive der Textrohfassung wurde dann allen Gruppen in der FdA zugänglich gemacht. Alle Gruppen, die sich für die Aktion interessierten, konnten sich unkompliziert und direkt beteiligen: Bei der Überarbeitung des Textes, Layoutvorschlägen sowie Ideen, wie die Flyer verteilt werden können. Jede Gruppe konnte (entsprechend der Autonomie jeder Gruppe innerhalb der Föderation) selbst entscheiden, welche Anzahl an Flyern sie bestellen will. Auch wurde auf welche Art und Weise die Gruppen ihre Anzahl an Flyern verteilen wollen, lag in der Entscheidung jeder einzelnen Lokalgruppe. Durch die Föderierung wurden anfallende Aufgaben aufgeteilt sowie Ideen, Wissen und Ressourcen ausgetauscht. Dass die Aktion im gleichen Zeitraum in unterschiedlichen Städten koordiniert ablief, brachte eine höhere öffentliche Aufmerksamkeit.

Die beteiligten Gruppen verteilten die Flyer in folgenden Städten: *Ludwigsburg, Karlsruhe, Offenburg, Kaiserslautern, Bonn, Köln, Aachen, Göttingen und Umland sowie in Berlin.*

Die Verteilung der Flyer lief unterschiedlich ab, sei es im direkten Kontakt mit Menschen auf öffentlichen Plätzen (wie beispielsweise auf Weihnachtsmärkten oder Einkaufszentren) oder indirekt, indem in Briefkästen und in

Kneipen Flyer (aus-)gelegt wurden. Insgesamt wurden die allermeisten Flyer in Briefkästen verteilt, sodass es darauf keine unmittelbare Reaktion auf den Flyer zu beobachten gab. Wenn aber Menschen sich auf den Flyer und unsere Präsenz eingelassen haben, waren deren Reaktionen ganz unterschiedlich: Es gab ermutigende Kommentare und im nachhinein positive Kommentare im Internet. Die Lokalpresse griff die Aktion in Einzelfällen auf (zum Beispiel die Stuttgarter Zeitung).

Wir konnten beim Flyern aber auch ein völliges Desinteresse bis hin zu Floskeln eines rechten Diskurses und einem aggressiven Verhalten beobachten. Und genau deshalb halten wir es für wichtig darüber zu kommunizieren, das Schweigen zu brechen und den rechten Diskurs argumentativ in Worten und Taten entgegnenzutreten.

Diese Aktion für Bewegungsfreiheit für alle und eine herrschaftsfreie Gesellschaft (egal aus welcher Ecke der Welt jede*r kommt) ist nicht die letzte, denn bis alle Grenzen weg sind, kämpfen wir weiter!

Libertäres Bündnis Ludwigsburg, Libertäre Gruppe Karlsruhe, Anarchistische Initiative Kaiserslautern, Anarcho-Syndikalistische Jugend Göttingen, Anarcho-Syndikalistische Jugend Bonn, Anarchistische Gruppe Neukölln, Anarchistisches Kollektiv Köln, Anarchistische Initiative Ortenau

Geflüchtete auf Chios - festgesetzt und gejagt

Seit im März dieses Jahres der EU-Türkei Deal abgeschlossen wurde, ist eine Weiterreise für ankommende Geflüchtete auf Chios Richtung Europa oder auch nur aufs griechische Festland nahezu unmöglich. Sind die wenigen, jedoch lebensgefährlichen Kilometer von der Türkischen Küste überwunden, finden sich die Geflüchteten in einem Gefängnis in Isselform wieder. Die Lager Vial und Souda sind überfüllt und die Versorgung schwer mangelhaft. So ist das Camp Souda seit einer Woche ohne Strom und die Zelte können auch bei kaltem Wind und Regen nicht beheizt werden. Einige der BewohnerInnen traten in den letzten Tagen in Hungerstreik, einer von vielen Hilferufe des letzten Jahres.

Die radikale Rechte im Aufschwung

Seit Sommer 2015 verfolgen wir die Situation auf Chios. Jeder unserer Besuche bot ein weiteres Szenario der Menschenverachtung. Von der „Unterbringung“ von Geflüchteten auf einem Friedhof ohne Dach über dem Kopf und Nahrung über die Kriminalisierung der Solidaritätsbewegung, bis hin zu faschistischen Angriffen. Die mehrtägigen Angriffe auf Geflüchtete im vergangenen November war einer der Höhepunkte. Schon Wochen zuvor hatten etwa 3.000 InselbewohnerInnen gegen Flüchtlinge und die Regierung demonstriert. Es war die größte Demonstration der Geschichte der Inselhauptstadt Chios, wo rund 25.000 Menschen leben. Die rechtskonservative

Mehrheit der InselbewohnerInnen hatte genug von den Nachrichten über Aufständen der im Elend lebenden Geflüchteten. Geschichten über gewalttätige und plündernde Flüchtlinge machten die Runde.

Schon seit dem Aufstand im Lager von Vial und der darauffolgenden Hafenbesetzung im April, nahmen die Übergriffe auf Geflüchtete und solidarische Menschen zu. Als sich Mitte November die Köpfe der rechtsradikalen Goldenen Morgenröte ein Stelldichein auf der Insel gaben, um die instabile Lage auf der Insel zu nutzen, eskalierte die Lage erneut. Einheimische und vermutlich auch vom Festland angereiste Faschisten starteten Angriffe auf das Lager von Souda. Dieses Lager befindet sich in einem Burggraben im Stadtzentrum und beherbergt etwa 1.000 Geflüchtete. Die mindestens fünfzig Angreifer waren teilweise mit Helmen und Stöcken ausgerüstet und attackierten die Geflüchteten von vier Seiten mit Brandsätzen und Steinen. Während die Geflüchteten die Angreifer am Hintereingang am Eindringen hinderten, brannten am Vordereingang schon die ersten Zelte. Von der Burgmauer wurden bis zu fußballgroße Steine geworfen. Zweifelsfrei mit dem Ziel, Menschen schwer zu verletzen oder zu töten. Auch von den angrenzenden Häusern wurden Brandsätze und Steine geworfen. Erst drei Stunden nach den ersten Notrufen rückte die Bereitschaftspolizei an. Anstatt jedoch den Angriffen ein Ende zu setzen, wurden sie von der Polizei weiterge-

führt. Menschen die den Polizisten im Lager in die Quere kamen, wurden angebrüllt oder geschlagen. Etwa 40 BewohnerInnen des Lagers wurden verhaftet. Unter ihnen auch drei freiwillige HelferInnen. Auf der Polizeistation wurden die Festgenommenen schikaniert und beschimpft. Aus Angst vor angedrohten weiteren Angriffen von Polizei und Faschisten, verließen die betroffenen HelferInnen nach kurzer Haft die Insel.

Es folgten weitere Tage der Eskalation. Abwechselnd tauchten Polizei und Faschisten rund um das Lager auf und es kam zu weiteren Angriffen. Bei einem davon erlitt eine Frau eine Fehlgeburt. Offiziell sprachen Ärzte von Schock als Ursache, die Frau berichtete jedoch, dass sie von Polizeibeamten geschlagen worden sei. Weitere Geflüchtete wurden verletzt und teilweise im Spital behandelt. Nach Tagen der Gewalt änderte die Polizei ihre Taktik und präsentiert sich seither als Bewacher des Lagers. Dennoch: Keiner der Faschisten sitzt in Haft und noch immer liegen auf den Balkonen der angrenzenden Häuser Steine wurfbereit.



„We want to say thank you to the fascists“

Ein Mann aus dem Libanon erzählt uns seine Eindrücke von den Angriffen. Die Faschisten sind anscheinend die Einzigen, denen wir wichtig sind, meint er. Dafür dankt er ihnen. Sie haben den Geflüchteten gezeigt, dass sie noch am Leben sind und ihnen wieder Energie gegeben. Er zwinkert, den Humor haben sie ihm noch nicht genommen.

Die Insel ist für Geflüchtete und solidarische Menschen unsicher geworden. Ein einheimischer Helfer wurde auf offener Straße von einem Mob zusammengeschlagen, als er mit einer Familie Geflüchteter unterwegs war. Sich alleine bei Dunkelheit auf der Straße zu bewegen, ist in bestimmten Teilen der Stadt riskant. Im Hafenbereich sind immer wieder Faschisten zu beobachten, welche bereit sind, Jagd auf Geflüchtete zu machen, die versuchen, auf das Schiff nach Piräus zu gelangen. Der Eingang zum Hafenbereich wirkt wie eine Hochsicherheitszone und wird von Frontex, Polizei, Hafenpolizei und Militär bewacht. Alle Reisenden werden einem kurzen Griechischtest unterzogen: „Taxidevete?“, Reisen Sie? Dokumente auslän-

discher Reisender werden genau auf Echtheit geprüft und auch mit Befragungen der Frontex- BeamtenInnen ist zu rechnen. Auch wir wurden aufgefordert, unseren Aufenthalt auf der Insel zu rechtfertigen. Zerknirscht stehen wir an der Reling und starren auf unsere syrischen Freunde die uns „aus Sicherheitsgründen“ zum Hafen begleitet haben. Wir lassen sie zurück und begeben uns auf den Weg in den sicheren Hafen von Piräus.

Chios ist eine Pufferzone und soll denen, die auf der anderen Seite der Meeresenge warten signalisieren, ihr seid nicht willkommen. Das „Friedensprojekt“ Europa verteidigt die tödlichste Grenze der Welt mit allen Mitteln. Auf europäischen Druck werden auf Chios Menschen festgehalten und zum Dahinvegetieren gezwungen. Der Wille von Menschen, die auf Suche nach einem neuen Leben sind, soll gebrochen werden. Nur wenige, willkürlich Ausgesuchte, so scheint es, schaffen es durch die langsam mahlenden Mühlen der Behörden und dürfen weiterreisen. Andere, die Geld auf der Seite haben, können riskieren, einen teuren, illegalen Weg zu finden.

Die Niedergeschlagenheit und Enttäuschung ist spürbar wie der eisige Winterwind. Keiner derer mit denen ich gesprochen habe, träumt noch von dem „sweet dream“ Europa. Der europäische Plan funktioniert. Für einige ist Athen das neue Ziel, andere wollen zurück nach Syrien. Lieber in Würde sterben, als hier zu leben wie die Tiere. Suizidgedanken häufen sich, die einzige Motivation weiterzumachen, ist oft die Zukunft von Kindern und Familien.

Wie sich die Situation von Tag zu Tag weiterentwickelt, ist unklar. Der Druck auf die Behörden wächst. Die Anwesenheit von solidarischen Menschen auf Chios und anderen Grenzzonen ist jedoch jederzeit notwendig. Leider sind im Laufe des letzten Jahres, auch aufgrund der Kriminalisierung der Solidaritätsbewegung, viele Leute von der Insel abgezogen. Wie wichtig jedoch die Anwesenheit ist, haben kürzlich auch die Richtigstellungen der Medienberichte über die Angriffe gezeigt. Zu Beginn sprachen europäische Medien von Attacken durch Flüchtlinge auf Einheimische. Nach Intervention und Richtigstellungen von freiwilligen HelferInnen wurden Berichte umgeschrieben. Wir dürfen nicht müde werden uns an die Seite unterdrückter Geflüchteter zu stellen und versuchen ihre Stimmen zu stärken.

Hier ein Link zum Termitinitus Podcast: <https://termitinitus.org/thank-you-to-the-fascists/3079>

Zu hören gibts Stimmen aus einem Flüchtlingslager auf der Insel Chios in Griechenland. Sie berichten über die Lage im Camp und von Angriffen von Faschisten.

Nie wieder Faschismus - Nieder mit den Grenzen

Termitinitus

Situation in den USA

Aus Platzgründen können wir leider nur fünf von acht ausgewählten Texten abdrucken. Wir haben lediglich geschafft, den letzten Text zu übersetzen.

1. Round Two: Coming to Blows with the Trump Regime
2. Long Term Resistance: Fighting Trump and Liberal Co-option

3. *First, They Shot the Anarchists: Trump and 'The New Normal'*
4. *What Counts as Violence? : Why the Right Can Shoot Us Now*
5. *In die Offensive gehen - Vom Protest zum Widerstand*

Round Two: Coming to Blows with the Trump Regime

We've reached the first plateau of the Trump era. Round one is over and we're still in the fight. With so much happening so fast, it can be hard to step back and get enough perspective to keep ahead of events. Let's review the events of the past month and get a sense of where we are, so we can strategize for what comes next.

Phase One: Escalation in the Streets

The Trump era began with blockades and confrontational demonstrations in Washington, DC and around the country. Footage of white nationalist Richard Spencer being punched by a person in black bloc attire made antifascists popular even with television stars, though the shooting of a Seattle antifascist by a supporter of Milo Yiannopoulos ended the day on an ominous note. The Women's March the next day saw some of the biggest crowds in protest history.

Here, at the outset, we encounter the fundamental tension between quality and quantity that has marked all resistance to Trump. On the one side, we see fierce and courageous rebels who are not numerous enough to avoid being isolated and repressed; on the other, we see truly massive numbers of people limited by their narrow tactical repertoire and naïve faith in existing institutions. Everyone invested in real social change should recognize how important it is for these two social bodies to cross-pollinate.

Unfazed by this one-two punch, Trump presented a string of executive orders aimed at forcing through the Dakota Access Pipeline, stepping up deportations, and banning people from seven countries—essentially declaring war on the part of the US population that opposed his Presidency. This was a make-or-break moment, and people rose to it, shutting down airports around the country the weekend of January 28-29. These blockades were complemented by a taxi strike and demonstrations in several major cities.

"We will repel bullies. We will shelter freaks and outcasts; those who have no home. We will get past the lies. We will hunt monsters... And when we are lost amidst the hypocrisy and casual violence of certain individuals and institutions... we will... punch some people in the face when

they seek to destroy the weak and the disenfranchised and the marginalized. And we will do it all with soul, with heart, and with joy." -David K. Harbour

Three days later, courageous demonstrators shut down Milo's speaking event at the University of California at Berkeley. Anarchists saw this as a victory for direct action, while liberals wrung their hands and Milo's fans congratulated themselves that the "tolerant left" were falling into a trap, discrediting themselves. Trump himself took notice with a series of tweets about "professional anarchists" and "violence," while the New York Times dedicated a front-page article to the spread of anarchist anti-fascism.

In this context of escalation, the stakes are double or nothing: either direct action tactics will spread to the population at large, enabling all the different demographics targeted by the government to defend themselves, or they will remain confined to a small minority that the authorities can use as an excuse to crack down on everyone. Standing aside "peacefully" in hopes of being left alone is no longer an option.

Phase Two: Fractures in the Halls of Power

After these first two tempestuous weeks, concluding with the Bodega strike of February 2, the pace and scale of street protests subsided a bit as the spotlight shifted to the halls of power—where real fractures within the ruling class were appearing. February has seen much of the corporate media turn decisively against the Trump administration, evidence of rebellion within the White House, turmoil on the National Security Council as Michael Flynn was forced to resign in disgrace and Trump's first choice to replace him refused the job, and the definitive judicial defeat of the first version of the Muslim Ban.

Doubtless, much of this was galvanized by the grassroots resistance of the first two weeks. By showing that the US will be ungovernable under Trump, demonstrators made it impossible for bureaucrats and pundits to line up behind the President for the sake of preserving order.

These divisions now extend all the way into Trump's party. Milo's sordid demise on February 20-21 illustrates this

adequately enough. The Republican Party that swept into power behind Trump was based on a tenuous alliance between traditional conservatives and a new generation of nationalistic racists like Milo. Milo sold himself to white nationalists and authoritarians on the basis of his status as a (barely) oppressed person willing to speak in favor of oppression; like so many others who have struck that Faustian deal, he learned the hard way that he was not the one calling the shots. While he is implicated in his own downfall, it was anarchists who forced the issue, compelling Trump and the Conservative Political Action Conference to embrace and then repudiate him.

Without spokespeople like Milo, the Republican Party will lose everything that gave it a modern edge. And although Milo and other stooges of Steve Bannon doubtless hope that their explicitly racist nationalism will be the successor to Trump's populism, allegations of promoting pedophilia do not make a good point of departure for a new far-right party.

We must not become immobilized watching the spectacle of resistance to Trump as it plays out in the courts and Washington, DC. The strength of the institutional pushback against Trump is a direct factor of grassroots mobilization and resistance. If Trump is removed from office by institutional means, he will only be replaced by a politician who will likely implement versions of the same agenda—just as Obama already escalated deportation and surveillance. Even if he fails to establish autocracy in the United States, Trump's role will be to reestablish the legitimacy of the corporate media, moderate Republicans, Silicon Valley, and the Democratic Party—all the adversaries we were fighting before he made them seem ethical by comparison. For now, some Democrats and media outlets appear sympathetic to us, but their standard strategy in a situation like this is to use us as shock troops to obtain a little leverage over the authorities, then sell us out in return for a seat at the table.

We must not make the same error as Milo, mistaking media exposure for power. Notoriety can help us when



Phase Three: The Empire Strikes Back?

In short, a burst of grassroots resistance at the opening of Trump's term has helped to discredit his Presidency and split his support base. This is the context in which Trump and his cronies are seeking to take his message back to the streets, starting with the rally in Florida and hoping to continue with events around the country on March 4. They desperately need to mobilize street-level support in order to rally Republican politicians to remain loyal to them and to build the grassroots momentum necessary to implement their fascistic agenda.

Although the resistance has made a good showing thus far, it is still entirely possible that Trump and his cronies will succeed in pulling off their plan. Escalating ICE raids around the country attest to the danger threatening millions. The following months will be decisive in determining whether Trump can consolidate power behind a new form of fascism, or whether ungovernable social movements will make this impossible.

In this situation, there are three basic errors we should avoid.

it enables us to make contact with new people or to spread our ideas and tactics in meaningful ways. But if we receive too much media coverage, more quickly than we can translate it into added organizational strength on the ground, it will only position the authorities to go after us with everything they've got. Remember the lesson of the SHAC campaign, which seemed to be making tremendous headway against an animal testing corporation by building up a fearsome reputation—until the government took advantage of this reputation to stomp it out. There are no shortcuts to doing the work of grassroots organizing, certainly not through corporate media.

We probably won't be able to avoid open conflict with Trump's civilian supporters, but we should not let it distract us from taking on the government directly. If the Trump administration fails to fulfill its promises, many of those who currently support it may reconsider their position—the last thing we want to do is force them to entrench themselves in their current position. We have to find ways to take the offensive against the authorities while defending ourselves against rearguard attacks from freelance nationalists.

Above all, we need to pass on all the knowledge we have accumulated over the past two decades of anarchist activity to a new generation of demonstrators—and quick. We are but a small part of the huge social body that is prepared to enter into struggle now, but that struggle may never get off the ground unless we share what we know with others. Never before have so many

people been open to anarchist ideas and tactics, but this window will not last long. Expanding our ranks is the only way to survive the waves of repression that wait ahead. Let's go into round two with more numbers and more strength.

By CrimethInc. Ex-Workers Collective

Long Term Resistance: Fighting Trump and Liberal Co-option

So far, the only thing that has mitigated the horrifying opening salvos of Trump's presidency—of course the first president to follow through on his campaign promises had to be this one—has been the widespread popular resistance against his deportation orders, Muslim bans, pipeline projects, and misinformation campaigns. Resistance in and of itself is a beautiful thing because it shows that people are still alive, they still consider themselves a part of their environment; on the other hand, resistance is by no means a synonym for change. The State has long known how to manage resistance, and how to factor it in as one more cost of its policies. For that reason, rather than being self-congratulatory when we resist, we should encourage one another to understand just what it is we are fighting back against, what it would take to defeat it, and how our actions measure up to the requirements of the situation.

What Is Trump?

Donald Trump is the privileged son of a wealthy family, a mediocre real estate magnate, an effective brander, a successful television personality, a serial sexual assaulter, an unapologetic racist, and an egomaniac. The difference between him and most other world leaders, past and present, is the specific sector his personal wealth derives from, his stint as a TV personality, and the openness with which he expresses his opinions. Benjamin Netanyahu, for example, who has long been viewed as a legitimate leader, is every bit as racist and reactionary. If Trump were just a man, he would be the type of person you would try at all costs to avoid. The reason we can't avoid him, the reason he has become a problem for the entire world, and not just a disgrace for his family and neighbors, is that he sits at the helm of a complex set of powerful institutions. What we need to understand, then, is the relationship between Trump and these institutions.

Warning Bells

The fact that a Trump presidency feels so dangerous, not just personally but for all society, should cause some warning bells to go off. Assuming my readers are not wealthy white businessmen, we are all at risk under a Trump presidency. The risks vary, and some people risk much more, but prison sentences, deportations, hate crimes, sexual assault, queer bashings, police shootings, pollution, climate change, and political repression are a threat for all but the most privileged. However, those threats have

been there for a long time. Under past presidencies, we had to deal with a prison sentence, the deportation of a loved one, a police beating, cancer, as a strictly personal problem, getting some support from our social circles if we were lucky, while the TV continued to project images of a happy, equitable society.

Now, the media are Trump's most prominent critics. Why? Because for the first time in ages, the elite are seriously divided on important questions of policy. Trump is not an anti-establishment figure. Rather, the establishment no longer entertains a fundamental consensus, as they did in the days of Bretton Woods, the North Atlantic Treaty, and the Federal Reserve Act. The erosion of consensus is also visible in other once stable Western democracies, signaling a possible change of era, and at the least a serious crisis in how capitalism functions.

The fact that all the important newspapers and all the major television stations except for Fox are fully or partially critical of Trump tells us that many capitalists not only dislike him, they feel threatened by him. Yet the way the media function has undergone a remarkable change. For the first time in memory, the US media are playing the role of fact-checkers. Just 15 years ago when President G.W. Bush was preparing the invasion of Iraq, the New York Times and all the major television networks freely broadcast Pentagon propaganda even though all the basic allegations justifying the war were easily debunked.



The role of media in previous elections has been to establish parameters, deciding which candidates were fringe and which candidates were serious contenders, and then to evaluate how well the serious candidates sold their ideas, rather than evaluating the ideas themselves. This is because none of the ideas under debate threatened them; they all fell within the parameters of elite consensus. In terms of public policy, the media role has been to summarize the proposals of all politicians and institutions they deem to be legitimate, casting all the options as equally valid, and differences as mere questions of opinion. Deftly creating a war of positions and appearances, they are able to encourage debate without encouraging critical analysis or intellectual independence. There is not one official view, as in a classical dictatorship, but there is an official range of views. By creating a visible debate within invisible margins, the media cover up the proposals for society of any non-state actors. Under their watch, social movements with incisive critiques and bold ideas are cast as mute indicators of discontent seeking only to pressure the official policymakers. In blatant disregard of reality, journalists follow a playbook in which eloquent and intelligent social movements must be forcibly recast as confused, angry, or simply dissident masses who oppose existing policy without ever embodying another way of doing things.

“What do they want?” the journalist asks, shaking his head moralistically as the camera shows a broad shot of a protesting mass. The audience, watching a play in which the dissidents have no speaking parts, can only conclude that they do not know. The journalist has not explicitly put this idea in the audience members’ heads, but by effectively directing their gaze and preventing horizontal communication, he has left them with no other possible conclusions.

The Obsolescence of the Mass Media

Media methods range from subtle democratic misdirection to the sort of extreme manipulation we associate with a Stalinist regime, but fact-checking has never been a part of their toolbox. Trump is no more a liar and manipulator than Bush was (does anyone remember “fuzzy math”?), and in comparison with Obama he is simply more clumsy and categorical. If the media are showing him to be dishonest, it is not only because many capitalists disagree with him, but because the press as an institution is under threat. I am unaware of any other time in modern history when a politician won a major election despite strongly unfavorable coverage in an overwhelming majority of newspapers and TV networks. This is a watershed event. Facebook and Twitter are now more powerful than CNN and the New York Times. This shift is part of the broader phenomenon of the decentralization of capitalist production. Opinion production is also being decentralized, and there is no going back. From the days of consensual facts and one central arena for all important social debates, we are entering into a world of pluralism, in which any identity is legitimate, and any demographic deserves its own consumer niches and news sites, even LGBT folks, even anarchists, even neo-fascists

(sorry, “alternative” right-wingers). These different niches never have to enter into debate, the alternative facts that support their views never have to be questioned. The only relevant concerns are how many advertising dollars they can generate, and how many votes they can muster. This is one of the death knells of mass society.

The mass media might perish, or they might adapt by using their superior resources to centralize nodes of opinion production within the new, individualized, de-massified networks. All Twitter accounts are created equal, but they quickly conform to the drastic influence-inequality that marks the social media landscape. The relative decentralization of capitalism is in precise terms a move towards polycentralization with more effective exploitation of and integration into specific terrains. It is not a move towards any true anti-hierarchical horizontalism.

Either way, the media as they currently exist are threatened, and the greater part of their rejection of Trump reflects institutional self-interest rather than the self-interests of the capitalists who own the media. (As we shall see, capitalists are divided regarding Trump, but there is no clear majority against him.) Given that the media are leaving happy times behind and entering into uncertain waters, they are reflexively championing the traditional values associated with the old system: democracy, equality, and diplomacy.

In other words, the climate in which we are fighting against the government, and the spectacle through which our movements will be broadcast back to us, is a reactionary one infused by liberal values and appeals to protect the old way of life. We’ll get back to this observation in the next section.

Trump and the Capitalists

At the risk of oversimplifying, every government administration can be said to represent capitalist interests. Within this framework, the subsequent questions concern what those interests are, whether capitalists are unified, divergent, or antagonistic in their interests, and which set of interests will be defended by the government. What is left out by the above-mentioned framework is the fact the state interest of social control is prior to and supercedes capitalist interests, and that the State systematically redefines what capitalism is capable of.

A prominent characteristic of the world today, which Trump by no means created, is that the neoliberal consensus has ended and capitalist interests are divergent. Meanwhile, the political strategies that seek to protect these interests have become antagonistic well beyond the constant inter-capitalist competition by which different actors seek to win a bigger piece of the pie. Now, fundamental questions about how the pie is to be baked and served are in dispute.

Given the lack of unity among capitalists, it is no surprise that Trump enjoys mixed support from the owning class. Some have recently suggested that Trump’s presidency

represents “a victory for those sectors of capital worst at valorising themselves.” Not surprisingly, articles expressing such a view are short on examples, because the argument is overly simplistic, as all positions tend to be that present politics as the mere manifestation of the needs of Capital. To be precise, Trump has significant support from the manufacturing, defense, energy, real estate, and finance sectors, some of which are facing a valorization crisis, others of which are not. These are companies with a relatively stable place in the economy, led by extremely wealthy people who trust that the deregulation Trump champions will make their lives easier and their fortunes greater. Their position as cornerstones of the leading world economy, which they have held for decades, makes them feel immune to the rising insecurity. The global scale of their customer base and operations will help them weather any trade wars that Trump provokes. And many of them don’t have to be terribly worried about tariffs and immigration bans because the aforementioned decentralization of capitalist production means they have been starting to relocate manufacturing closer to their consumers. Even before the elections, some of these companies were expanding their production within the US, cutting their labor costs below even the sweatshop level by roboticizing entire factories. Since Trump has been loudly blaming immigrants and taking the focus off new technologies, they know they will get a free pass from popular anger over the new forms of exploitation they are using.

To be clear, though these capitalists support Trump, they did not engineer the Trump victory. They simply knew that they could thrive regardless of whether Trump or Clinton won. The Trump administration is trying to protect capitalist interests, but it did not arise to meet capitalist needs. On the contrary, it arose by taking advantage of a specific political crisis and by appealing to the most decadent of the self-interests within the US capitalist class. In other words, it is more an actor than a product.

This becomes clear when we examine the relationship between the Trump administration and the capitalist sector that opposes him most fiercely: the tech sector, the vanguard of the new economy (leaving aside the retail sector, in which he has provoked a deal of insecurity over the possibility of price hikes caused by punitive tariffs). It is no mistake that of all the Silicon Valley leaders, the only one who supports Trump is the CEO of the most pedestrian, the least innovative of all the internet age powerhouses: Peter Thiel of PayPal. The corporate architects of the new economy, like Google, Apple, and Facebook, may be the only hope for capitalism to survive the ecological and financial crises it has created. Economic growth based on fossil fuels and manufacture, followed by financial bubbles, has had a three hundred year run and it might be meeting its geological limits. Of all the capitalists, only those of the IT sector are ideating game-changing transformations to this dynamic, and developing the technologies to make them feasible, from ethereal production to AI to extraterrestrial exploitation.

On the other hand, AI and robotics threaten the social contract by undermining the historic point of unity between the capitalist logic of accumulation and the statist logic of social control: control people and profit off of them by putting them to work. Any solution to that crisis would require bold interventions by the State approaching some kind of utopian yet corporate socialism (a prediction that was already made in 2009, that socialism would not result from the development of productive capacities, as Marx foretold, but rather repressive capacities, once the State had the techniques to surveille and control those who were no longer kept in line by the threat of hunger).

A corporate socialism could include universal wages, the colonization of outer space, and the expansion of the service economy beyond anything previously imagined. To save capitalism and to avert the disasters of its own making, the Silicon Valley vanguard doesn’t only need the president’s ear, they need all the resources, the regulatory assistance, and the planning capacities that the State has at its disposal. And right at this juncture, the new president rebuffs the IT powerhouses and begins imposing policies that directly harm them, supported by the pillars of the traditional economy who continue doing business like it’s the 20th century. This only goes to show that power is as blind as those who wield it.

In my mind, the key points of this overview are that Trump is neglecting the interests of what is strategically—but not financially—the most important capitalist sector, but he is vigorously defending the interests of all the capitalist sectors that were important back in the ’70s and ’80s when he was forming his worldview and his business practices. Given that the former and latter sectors currently have divergent but not antagonistic interests, Trump’s effectiveness and his ability to win reelection depend on whether he reshapes his agenda to cater to both sets of interests. This could mean limiting xenophobia to poor immigrants and exempting international IT recruits (which relies on the liberal, “color-blind” recipe for racism), encouraging green capitalism alongside the carbon economy (requiring a more ambiguous form of climate denial), subsidizing autonomous (robotic) manufacturing within the US, and aggressively promoting space exploration and government support for the social deployment of technological innovations that are not currently on his radar. Silicon Valley, for their part, will have to use traditional lobbying and also to instrumentalize social movements in order to force Trump to transform his agenda in the aforementioned ways.

The other thing Trump will need to do to retain support is to achieve results from his risky strategy of bilateral trade negotiations. While Trump is departing sharply from the neoliberal dream of the world as one large free trade area, he is by no means against free trade. To understand that, we need to acknowledge that free trade is no more free than the free market. It is simply a euphemism for a highly regulated arrangement designed to increase trade volume. This can be achieved through

the multilateral agreements like NAFTA and TTIP and the global institutions like the WTO that were hallmarks of neoliberal politics, or it can be achieved through the bilateral trade agreements that Trump is promoting. In theory, the former require that everyone follow the same set of rules (though the European Union, for example, assigned very specific economic roles to different member states, allowing core members to protect industries that peripheral members were forced to de-subsidize). This means that the rules will reflect the interests of the multinational corporations that operate throughout the entirety of the economic area. In the past, those interests were synonymous with the interests of the US and its NATO allies, since all the multinationals of note were North American or Western European. But over time, the benefits began to generalize to the capitalists of all countries.



A second tipping point away from neoliberalism is political in nature. Neoliberalism was doomed by the institutional primacy of state power over financial power. A globalized economy needs a global state to regulate it, but power-holders are still firmly national. Their worldviews and interests are developed at the national level, and nearly all their institutional handles pertain to nation-states. In a shortsighted maneuver to maintain their own chauvinistic supremacy, US conservatives gutted the UN—the potential world government—and therefore sabotaged the very world order they put in motion after WWII.

While all other politicians were inclined to adhere to a neoliberal strategy that immensely benefited the US but allowed US supremacy to slowly slip away, Trump is making a gamble. The US is no longer the number one global producer, but it is still the largest consumer, meaning it has a unique bargaining position: every country wants access to the US market. If Trump can encourage “free trade” that privileges US interests, he can maintain the US position as global economic leader and maybe even recover the number one manufacturing spot (not by saving factory jobs, of course, but by subsidizing an expansion of robotic labor). If his multiple high-stakes games of chicken fail, he will cause the US economy to tank, hasten the imminent emergence of China as global economic leader, and lose reelection.

Trump and Government

Trump’s relationship with the democratic traditions of the US government is rocky, to say the least, but allegations that his administration is fascist or even that it is preparing a coup can prevent us from perceiving the precise relationship between Trump and the existing institutions. Without a doubt, he has frequently breached democratic etiquette and his heavy-handed, largely novice administration has made more than a few embarrassing fumbles while implementing policy. But such friction is hardly representative of a major structural shift. On the other hand, disrespecting democratic conventions can undermine the cultural expectations that constitute one important layer of defense against authoritarian coups or fascist movements. However, neither Trump’s authoritarian character nor even his intentions (or those of his chief adviser, Steve Bannon) are sufficient to drag an entire country into fascism. For a government to change its fundamental structures, a whole host of structural and societal elements need to be in place. As it turns out, none of those elements are currently present. There is no right-wing social movement able to force a crisis of democracy. No significant political party and no significant percentage of US capitalists are advocating for an end to democracy. In the US and in Europe, there is less cooperation and dialogue between political parties, but ruling parties are still able to keep government functioning even when they lack a majority (and in parliamentary democracies with no tenable majority and a partially dysfunctional government, like Spain, neo-fascist or other anti-democratic parties have zero presence). And the executive branch is not amassing the power necessary to override the other branches. Trump might insult independent judges, but when they foil him, his response is to write new executive orders that pass legal muster rather than trying to suspend the judiciary.

Trump has created a rather unprecedented conflict with the intelligence agencies, leading to a partial breakdown in communication. However, they are duking it out with the staunchly democratic weapons of appointments, resignations, and snarky comments to the press. And besides, a bad relationship with the intelligence agencies is hardly the hallmark of a fascist dictator.

Trump’s approach to government respects a fundamentally democratic process, but uses aggressive measures to try to sway it, which is something all past Republican administrations have done since Nixon. In his case, he is empowering the most right-wing elements already in government by normalizing previously unacceptable behaviors, while bullying any government functionaries who do not enthusiastically support his agenda.

To start with, he has the fanatical aid of the police. His sloppily authored Muslim Ban—ambiguous, overreaching, ill-prepared—would have been meekly and hesitantly enforced were it not for the eager and active compliance of the border police, many of whom refused to relax their guard and release their airport prisoners even after

the first judicial stays were announced. More recently, state and local police have been burning the midnight oil to carry out massive deportation raids, now that they can be deputized by ICE again. It doesn't take a perceptive wit to see how happy they are to be given openly racist, xenophobic crusades. Every cop is both a bureaucrat and a vigilante. Their true character shines through when we see which tasks they carry out with bored apathy and which tasks they fulfill with sadistic perfectionism.

The police are a constant in democratic society. It's the same mercenary class, whether the government is left-wing or right-wing. The opportunistic business elite, the fickle politicians, the fancy thinkers, they can be forgiven for trying out progressive strategies or conservative strategies for social control, but they all need the same racist, sadistic, patriotic, inhuman police manning the wall, protecting the balance of power and keeping the dispossessed under the boot heel of authoritarianism.

Though the police came running to him, Trump had almost as easy a time with the Republicans. While they were campaigning for reelection, the establishment Republicans criticized him for his open racism, sexism, and insults to the military and CIA. Now that he is in office, Republicans have closed ranks behind him, giving him an uninterrupted series of Congressional victories and showing that white supremacy and rape culture were already inside the government long before Trump, they just used a more polite vocabulary.

On the other hand, Trump has changed his position on nearly every issue where he lacked party support. His deviance on NATO and Taiwan are fading down the memory hole, forgotten amidst fresher controversies. And he is also working with congressional Republicans to dismantle the Affordable Care Act. He is showing he knows how to play politics, and the role he is creating for himself at the head of the party, though he oscillates between self-important ass and effective negotiator, bears little in common with the totalitarian figure of a Führer.

The Democrats, for their part, are pulling together as an opposition party. Since the Republicans have an absolute majority, their only hope is to play the role of the defenders of democracy, capitalize on protest movements like Obama did in 2008, and attempt to make gains in the House and Senate in 2018.

Significantly, the Democrats will have to beat Trump in the streets and in social media before they can beat him in elections. They need social movements to shame and

demobilize his base, to stain his charisma, and to mobilize an anti-Trump demographic that does not make radical critiques of the system. For the next two to four years, the Democrats will not be able to block him with institutional measures unless he commits more security-related blunders like the one that divided his own administration, angered fellow Republicans, and brought down former National Security Adviser Michael Flynn. In less than one month as president, Trump has done things far worse, from the standpoint of a government ethicist, than the dirty dealings that forced Richard Nixon out of office. His impunity shows that new standards are in place. Ethics are now measured with exclusively partisan yardsticks, another result of the polycentralization of mass society.

In conclusion, even at his most conflictual, Trump is establishing a firmly democratic relationship with government. Nonetheless, he is flaunting a great deal of democratic etiquette, which will have one of two results: either the institutions respond, resulting in a strengthening of democracy, a triumph of supposedly good government, which will be possible only if some in his own party turn against him; or a gradual erosion of democratic norms, which would weaken government in the short-term but would open the door to the transformation or replacement of democratic structures in the mid-term. Neither of these outcomes bode well for anarchists or anyone else struggling for freedom, requiring our conscious and intentional intervention.



Which Way, the Resistance?

Key elements of the conflict between the Trump administration and the existing power structures mold the terrain in which resistance takes place. Critical, existentially threatened mass media means that anti-government resistance in the Trump era will be more visible, but also that the media will be more embedded, constantly modulating movement discourses. They will infuse the movement with conservative values, in this case, a defense of

democracy and democratic institutions against the upstart politician. The spectacular heroes of the movement will be independent judges, charismatic Democrats, and the occasional black pastor or immigrant mother whom the media turn into temporary celebrities, provided they say the things the media want people to hear. The Democratic Party, preparing for a rebound, will treat the movement as a springboard and an electoral base. Left-wing NGOs, awash with new funding, will flood the movement with money, further co-opting its agenda. And the titans of the tech economy, along with the platforms they control (Google, Facebook, Twitter...), will give an aesthetically hip, mainstream legitimacy to the values that uphold their interests.

Protesting Trump will be the new normal, and we will have many more opportunities to take to the streets and block the machinations of power, but for every new ally or comrade, there will be a whole array of non-profit financing, media spokespeople, government-friendly demands, reformist narratives, and peace police to redirect our struggles towards the rejuvenation of state power.

What is Anti-fascism?

In my mind, anti-fascists—or anarchists operating within an anti-fascist framework—are accomplishing a number of vital things in the fight against Trump. They took him seriously from the beginning, showing the relationship between hate speech and an increase in racist, Islamophobic, and homophobic attacks; they are convincing people of the legitimacy of self-defense against fascists; they are criticizing the way the principle of free speech is used to protect fascist organizing; and they are shutting down neo-fascist and other white supremacist events.

The extreme Right is dangerous. It is a threat to the lives and well-being of immigrants, queer and trans people, people of color, non-Christians, Native peoples, and those who struggle for freedom; therefore, we need to make sure that it does not grow. All of us are affected, either directly, or because loved ones or those we are in solidarity with are targeted.

However, not everything on the extreme Right is neo-fascist, and every threat requires the most adequate response. To speak bluntly, fascism at the State level has never been a real threat in the United States, with the partial exception of the 1933-34 business plot, a half-baked plan by a small yet important group of industrialists that never made it past the conceptual stages. Wherever there is a single neo-Nazi or border vigilante unafraid to take action, marginal people in the streets are at risk, but the way power functions in the US, major, global-level transformations would have to take place before fascism were conceivable here as a system of government.

Because the US is a settler state, white supremacy has played its paramilitary function in a diffuse, rather than

a centralized way, marking a key, fundamental difference with the fascist model. The citizen, in the US model, is called on to act as a vigilante, taking the initiative to clear the forests, drain the swamps, tame the frontier, protect the border, and keep the slaves under eternal vigilance. They are not a stormtrooper awaiting orders. The citizen is an inclusive, albeit elitist, figure. He does not have to show purity going back three generations, but rather a zealous loyalty to the cultural values of his civilization. Therefore, he has a colonizing, civilizing mission to bring others into the fold. Democracy, which has always been a militaristic slave system effective at managing commercial empires, is the ideal form of government for the settler iteration of white supremacy.

The culture of this model is charitable: it offers itself as a gift, a form of progress, to the rest of the world. Hitler, for example, would never have spoken of the “white man’s burden,” that discourse that united the more subtle, progressive white supremacists of the UK and US. A central element of the model is cultural continuity, the pretension of being an ancient and wise culture stretching all the way back to Ancient Greece. Once again, stable democratic government that avoids any overt coups is the most suited to satisfying the model.

Those who call Trump fascist fail to define what is fascist about him. A standard example comes from Natasha Lennard’s piece in *The Nation*, in which she points to “features like selective populism, nationalism, racism, traditionalism, the deployment of Newspeak and disregard for reasoned debate”. All of these are features shared by every single form of far-right politics (and in fact, Newspeak is originally a feature of Stalinism). There is nothing specifically fascist about this list.

I would offer the following definition from an earlier article published by CrimethInc:

„Fascism is not just any extreme right-wing position. It is a complex phenomenon that mobilizes a popular movement under the hierarchical direction of a political party and cultivates parallel loyalty structures in the police and military, to conquer power either through democratic or military means; subsequently abolishes electoral procedures to guarantee a single party continuity; creates a new social contract with the domestic working class, on the one hand ushering in a higher standard of living than what could be achieved under liberal capitalism and on the other hand protecting the capitalists with a new social peace; and eliminates the internal enemies whom it had blamed for the destabilization of the prior regime.“

We could also add a tendency to go to war to conquer a larger colonial base with which to pay back the massive investment that finances the new social contract.

Since their defeat in WWII, fascists have had a limited though dangerous role as street thugs. They help weaken social movements and terrorize marginalized populations, but they have not had a real chance of gaining institutio-

nal power. The few times that they have gotten too strong and entertained institutional ambitions, their governments have knocked them down and put them back in their places, polishing their democratic credentials in the process.

And what, specifically, is anti-fascism? At the risk of seeming pedantic, I think it is necessary to review the history and trace some patterns that continue to this day. Of course, there have been different strains of anti-fascism. The struggle in Italy in the '20s, or in different working class neighborhoods in the UK and Germany in the '80s, produced many valuable experiences that we should celebrate and pass on. But the most historically prominent model of anti-fascism is the Popular Front, proposed by Stalin and applied with disastrous results everywhere from Germany to Spain. In the early '30s, the Communist Party had been secretly working hand in hand with the Nazis to destroy the social democrats until the Nazis, to the Commies' surprise, gained power. Reversing gears, they drafted the Popular Front strategy to unify the entire Left, under their leadership, to confront the fascist threat, which they now realized had become a geopolitical danger to the Soviet Union. The actual effect was more to control socialists, anarchists, and dissident communists than to beat the fascists. In the Spanish Civil War, it was the Popular Front that killed the revolution, long before Franco swept into Catalonia and Aragon. Stalin was happy with the results: by prolonging the conflict, he eventually secured a non-aggression pact with Hitler, and in the meantime he had liquidated the anarchists and Trotskyists.

This is not ancient history, but a model that persists today. Europe's remaining Stalinists can be found in anti-fascist formations. Anti-fascists even risked their lives in a conflict between two reactionary states, traveling to eastern Ukraine to take part in what they imagined was a struggle against fascism, duped by the fact that the Russian government, as a point of patriotic mythology, considers itself to be anti-fascist.

Anti-fascism is specifically an interclass alliance (unifying workers with the bourgeoisie) designed to protect democratic governance. When anarchists and other anti-capitalists take part in anti-fascist formations, they systematically tone down their deep criticisms of capitalism and government to focus their critiques against the aberrations that are unique to fascists. This was the case when the CNT took part in the Popular Front government during the Spanish Civil War, and it continues to be the case on a smaller scale today. In Germany, anti-fascism is the dominant logic of the entire "radical Left." There, it is a key element in preserving German exceptionalism (a trait that the Right and Left in Germany share), reproducing a political tradition based primarily on shame, celebrating various state models—from the USSR to Israel—and protecting the State from fundamental critiques.

Everywhere I have seen anarchists become convinced of the urgency of the fascist threat and join anti-fascist formations, they cease to make specifically anarchist criticisms

of fascism (that it is ultimately a tool of the same elite that profits under democracy, and a more obvious manifestation of the same white supremacy that infuses all of society), in order to join in a chorus of leftist, progressive discourses that demonize fascists as a unique evil and implicitly or explicitly celebrate the values of democracy.

Why radicals in the US would import a decontextualized political model from Europe, even with the same aesthetic and the German moniker "antifa", eludes me. Tactical imports like the Black Bloc have certainly worked in the past, but at least anarchists understood the purpose of the Black Bloc, and it quickly proved to be adaptable to the US context. What about anti-fascism as an import? It seems a strange fit. We already had an adapted version of this model, in the form of ARA, Anti-Racist Action. But sure, one sounds a lot tougher fighting fascists than fighting mere racists, so at the first opportunity to claim that our enemies are indeed full-blown fascists, it seems inevitable that at least in certain circles, ARA would give way to AFA.

It is admittedly strange to be critiquing the urgency that has gripped US society. Finally, people are actually feeling something, and what's more, they're taking to the streets to stop the government in what so recently was a society defined by apathy and atomization. However, anti-fascism operates on urgency in a special way that we should at least be aware of.

Fascist jurisprudence—and to a large extent its social organization—works on the principle of a state of exception. In fact, this was one of the main contributions that fascism made to the post-war democracies, alongside rocket scientists and security apparatuses in Italy and Greece. Democracy took the state of exception, not as a general legal principle but as an exceptional one, and worked it into its anti-terrorism policies as a way to control subversives, first in Germany and Spain, later in the US.

Exceptionalism under democracy proves to work both ways. Whatever threatens it is perceived to be a danger of unique proportions, both in the eyes of rulers and subjects. Even people who are supposedly critical of democracy see fascism as something infinitely worse, momentarily forgetting that fascism is currently a tool of democracy and even in its heyday, from 1922-1945, fascism was a tool of the same class of people who elsewhere were using democracy to pursue their interests. By portraying fascism as exceptional, the defenders of democracy can obscure the root of the problem.

Many anti-fascists unwittingly reproduce the same dynamic. The default mood of anti-fascism is always urgency. And while it's important to never fall into the complacency and appeasement that defined 1930s Europe—challenging fascists' "free speech" is a great example of learning from the past—wild exaggerations don't help us. For the past ten years, I have seen anti-fascists totally convinced that Russia, then Greece, then Spain were on the verge of fascist dictatorships, and in the process of

scrambling to meet the threat, they have forgotten about many other vital forms of organizing and struggle. And now, some people in the US are seriously predicting that Trump is preparing a coup. Not only have they proven to totally misunderstand how power functions, they have helped those in power cover up the fact that the dictatorship is already here. It is not a political dictatorship, because it does not need to be. It is the dictatorship of Capital, of progress, of technology, rooted into the fabric of society so deeply that we can make all the free choices we want and we'll still never break free.

Another potential problem with the antifa model is that it puts a disproportionate focus on combating certain kinds of street thugs, certain kinds of intellectuals, and certain kinds of politicians, without any communal, liberating practices or proposals for society. Not only does this lead to an incomplete understanding of power, as mentioned, it also inexorably leads to a thug mentality. Fighting racists and homophobes is psychologically emancipating, it makes us healthier and wiser as human beings, and it also responds to our collective needs of self-defense and survival. But if it is our number one priority and even a source of our identity, we will eventually become, at least a little bit, like that which we are fighting. Certainly not with every anti-fascist, but undoubtedly in every major anti-fascist scene, a part of those involved become just another gang, frequently reproducing macho, sexist, and homophobic behaviors (because the fascists are the real problem, and every other struggle is secondary), and more than a few times they have attacked other people in struggle (feminists or anarchists), often for the most trifling of motives. This often gets left out of the romantic histories of anti-fascism, but it is a very real dynamic.



Ultimately, anti-fascism can serve as an adrenaline fix, similar to the harm reduction campaigns that many activists have dedicated themselves to in the past decades. In both cases, the need is indisputable and the intentions are impeccable, but in time, a practice arises that is toxic in its self-righteousness and blind in the way it refuses to address root causes.

If we are fighting for freedom, we don't need to identify specifically as anti-fascists. Anyone who opposes white supremacy, capitalism, patriarchy, and the State, will fight against fascism, because it champions all of these forms of oppression. Without a doubt, though, anti-fascism is the big new trend. We certainly won't change that by denouncing it as ideologically erroneous. That would only hasten the emergence of its ugliest aspects, those that thrive in sectarianism and that accuse any critics of being secretly in league with the fascists, as the Stalinists

did to the anarchists in the Spanish Civil War and as the identity politicians of the Left learned how to do, in modern form, in the toxic environment of college campus activism. Because we hate white supremacists and homophobes, and recognize the danger they represent, we will not stop fighting them. But we can use a more conscientious language, and a deeper, more historical analysis in the course of that fight. We can share other methods and other critiques of power with those who for the moment entertain a gut identification with anti-fascism.

The need to surpass the limitations of anti-fascism may well be one of the defining features of this historical moment. If we oppose Trump as a potential fascist, at best we will pressure him to stay within the bounds of democratic government, but these are more than sufficient for him to carry out his program. What's more, we will miss the opportunity to expose the continuity with which governments oppress people, and we will play into the hands of the Democrats, making it easier for them to continue this madness in more intelligent ways after the next elections.

Obviously, none of us know the future, and nothing appears on earth that does not eventually disappear. Democracy will not last forever. So let's entertain for a moment the scenario that it will come to an end in the next decade. A crisis of social control could certainly spell the end of democracy. While its specific strategies change over time, the State persists, and its fundamental logic is that of social control. Whither will it go?

I find it hard to believe that the model for institutional evolution will be the fascist dictatorships of the 20th century for two reasons: one technological and the other systemic. In the age of nanotechnology and the internet of things, dictatorship is not political, it is material. What's more, in the pendulum of progress and popular resistance, entire populations do actually become inoculated against certain strategies of state power. Individual institutions tend to hammer down resistance, but systems, as they evolve, seek out the path of least resistance, and their movements are guided by the mentalities of all their members. The figure of the dictator has a bad rep. Though we have not succeeded in revolution, we have at least succeeded in rescuing common sense from the authoritarian ideologies of the past millennia; a vast majority of people are once again distrustful of anyone with a great deal of power. Any system that chooses a political strategy of dictatorship will face a legitimacy crisis from day one.

Though the ideological hardcore of the Alt Right is neoreactionary, which is to say they support a dictator, I think the evolutionary usefulness of a populist strongman like Trump is in shaking up a decaying system and forcing experts to articulate the crisis of democracy. He himself is not a model for the way forward. The model will be technocratic states like China that are weathering the economic crisis better than the US, and proving to be politically more stable. The big question, then, is whether a crisis of

social control will also become a factor: will popular uprisings threaten power? In that case, which method is more effective at controlling them – authoritarian liquidation or democratic recuperation? If the latter, one-state China will fail as a potential model, and the West will have the opportunity to draw on its own technocratic traditions. Imagine a multi-party democracy in which politicians recommend policy guidelines based on electoral mandate, but it is the technocrats in Central Banks and related institutions (governing everything from environmental protection to gender relations to the borders) that draft and implement the actual policies. As Artificial Intelligence comes to play an increasing role, first in stock exchanges and currency markets, later in public health, environmental protection, traffic and transportation, immigration metrics, and so on, society will learn to accept the figure of the neutral, perfected, trustworthy technocrat.

The figure of the dictator has been delegitimized, in part thanks to our struggles. A side effect is that we have trained ourselves to be ever on the defense against dictators, at a historical moment when such a tool is becoming obsolete. In our struggles we have communicated a rejection of politicians, and popular skepticism has gone up. Ironically, someone who wasn't previously a politician won the elections. We also have the power to delegitimize the figure of the technocrat, the State itself, and the technology that makes it possible. But only if we recognize the threat, communicate it far and wide, and put our bodies on the line fighting against it. Seeking lowest-common-denominator alliances and only criticizing the aspects of capitalism and the State that are easiest to hate is the path of least resistance, but in a revolutionary struggle, taking the easy way out means digging your own grave.

When Democracy is the Problem

Already, Trump is causing Obama to go down in popular memory as a far-left progressive and not a centrist who deported millions and killed hundreds of thousands in wars in Afghanistan, Iraq, Syria, Libya, and elsewhere. Sure, Trump is worse than Obama in a lot of ways, but the whole point is that we should never have to make a choice between different flavors of murder and oppression. Fighting against Trump is a cynical waste of time if it helps us forget that Trump is just the visible face of a murderous system. And within this system, Right and Left work together more than anyone wants to admit.

The Tea Party and the Occupy Movement, in making claims to a true, regenerated democracy, were at times saying the same thing. Leaving aside the versions (like Occupy Oakland) that were more anarchistic and critical of democracy, the chief difference was that Occupy was prefigurative rather than passive. They didn't demand change, they put it in practice. But when the centralized assemblies inevitably failed, a consequence of the ideological fallacy of believing there exists a difference between representative democracy and true or direct democracy, all that remains is a rejection of establishment politics and an inarticulate demand for renovation.

The leftist (as opposed to anarchist or indigenous) portion of the anti-globalization movement made a similar error. Rather than spreading deep critiques of capitalism and the State, everyone from progressives to Negrists to anti-imperialists focused their attacks on neoliberalism. This was a way for unrepentant Marxists to avoid coming to terms with historical errors, for NGOs to make fund-raising appeals without sounding like Marxists, and for elitists from the Global South to play the role of victim, casting capitalism as a purely US or European phenomenon. A chief part of this narrative was how neoliberalism violated the sovereignty of poor countries through unfair trade deals. This rhetoric is now coming back to bite the Left in the ass, with the election of a new crop of world leaders who are pro-capitalist but not neoliberal. In a greater irony, the protectionist discourse of the Left actually becomes more effective when paired with the xenophobic discourse of the Right. In the media, "anti-globalization" now means Alt-Right. So many years of mobilizations, Social Forums, and making puppets, down the drain.



Last but not least, the Left paves the way for right-wing victories by systematically making promises it has no ability to keep. When SYRIZA, in Greece, becomes the administrator of the harshest austerity measures in Europe, or when Obama presides over the greatest mass deportations in US history, the suppression of the revolts against police shootings, and an increase in the wealth gap between blacks and whites, it is no surprise that charismatic, hope-exploiting left-wing victories are usually followed by swings to the Right.

A critique of the Left is so important, when the obvious threat is the extreme Right, because the Left is now taking to the streets, and the powerful institutions we already mentioned—the Democratic Party, the mass media, Silicon Valley—will be doing everything they can to instrumentalize and manipulate the movement we are taking part in.

The media want to make sure no one challenges their monopoly on the production of facts and the management of debates. The Democrats want to make sure we don't

use this movement to spread practices of self-organization and autonomy, nor reveal their complicity with oppression when the elections come round. Silicon Valley wants to make sure we focus on the immigrants who are useful to the economy—and therefore continue to view them as resources rather than people—and that we don't spread critiques about how the technologies they are developing harm us and may well provide the framework for the totalitarianism of the future. And none of them want us to challenge the State, capitalism, and white supremacy at a fundamental level.

At every step of the way, we need to be thinking how to disappoint them.

In a nutshell, the combination of the self-organization of daily life with an uncompromising attack on power is the hardest to repress or recuperate. Rather than simply talking about what's wrong with the current system or making broad suggestions for a better world, we need to put anarchy into practice by liberating our vital needs from the market and fulfilling them in communal ways. This will help us survive in struggle, support intergene-

ration communities of resistance, develop a greater theoretical maturity... and to paraphrase a Mapuche comrade, we can't sabotage the State's infrastructures if we depend on them.

These constructive projects will be harder for capitalism to recuperate (think alternative businesses, co-ops, organic farms) if they are inextricably tied to a practice of criticism and attack against power on the deepest levels, blockading airports, opening borders, supporting prisoners, going on strike, sabotaging new technologies, fighting racists (those with hoods and those with badges), stopping pipelines, and delegitimizing authority in our daily lives.

Such a combination constitutes a sincere response to the dangers we face, during and after a Trump presidency, and it also gives us the chance to create our own long-term solutions, rather than being extras in someone else's play.

By itsgoingdown - VIA Peter Gelderloos

First, They Shot the Anarchists: Trump and 'The New Normal'

The riots that took place during Trump's inauguration as well as in Berkeley, California against Breitbart editor and Alt-Right troll Milo Yiannopoulos, have rocked the political establishment, created a collective gasp of disdain from liberal and leftist leadership, and generated a wave of blowback from both within the State and the mainstream press. Beyond the pillars of media spectacle and the government, it seems that if there's one thing that can bring reactionaries on both the Left and the Right together, it's the demonizing of autonomous, collective acts of resistance and refusal by everyday people.

Those on the Right call for blood. Some have started petitions that seek to get the Trump administration to label anti-fascists a terrorist organization while also claiming that we are all funded by pro-Democratic billionaire, George Soros. Those on the Left simultaneously repeat similar conspiratorial positions that "those who flooded into the streets to put their bodies and lives on the line and now face trumped up charges are both paid police agents and are"fully subordinated to the Democratic Party and the capitalist system."

Everywhere, the ghost of combative autonomous self-activity scares those in power and those waiting to take power as both the Left and the Right seek to defang resistance movements. Overall they paint anarchists and anti-fascists as "outside agitators," a term that has lost none of its original purpose since police first used it to describe freedom riders in the South.

The question remains: will we normalize resistance to the regime, or the regime itself?

On This They Can Agree

Across the political spectrum, at time when so many people are starting to take seriously punching Nazis, blockading airports, and rioting as a vehicle for both self-defense and as a means of collapsing the regime by creating a state of crisis, there is predictably by the State, the media, and the Left, condemnation of these tactics. Why? The answer is as easy as it is simple: for these are the tools that are at the disposal of all poor and working people. And to be able to demonize in the minds of millions not even ideas, groups, or organizations, but moreover tactics – this is the real goal of all apparatuses of control. To make evil and wrong what is possible for human beings to be able to accomplish with their very bodies en masse in offensive capacities that further their interests and in defensive ones that protect them. If a State can do this inside the minds of its subjects, it can do anything.

For the Right, the current wave of autonomous resistance is a danger because it threatens the legitimacy of the State as it seeks to become an auxiliary force that helps the police, normalizes Trump's power, and uses extra-legal violence to attack the perceived enemies of the regime. For the Left, from the heads of the Democratic Party to the socialist vanguards in waiting, they see autonomous organizing as a threat to their potential power as it offers an alternative to both electoralism and party building.

Trump himself has also been quick to weigh in, calling those who shut down Milo's speech where he planned

to out undocumented students “paid protesters” and “professional anarchists,” in a dog-whistle to his far-Right base. He would later go as far as to threaten to defund UC Berkeley, as a form of collective punishment against the protest and in support of Milo. A day later, when asked by the press as to who these militant groups where, Steve Spicer replied that the State knew who was to blame, as if to normalize potential repression that lay just on the horizon.

And in many ways, that repression is already here. Currently, people arrested on January 20th are facing up to 10 years in prison and felony riot charges as the State attempts to harvest their phone and social media data. This includes even members of the press and people that were caught up in the police kettle on DC streets.

To add to the repressive mix, in the last few days according to the Associated Press:

„The North Dakota House has endorsed four measures spurred by the bitter dispute between Dakota Access protesters and law enforcement, Jane King at the Nasdaq reports.“

„The Republican-led chamber on Monday approved a measure that makes it a crime for adults to wear masks in most cases. The House also approved bills that increase penalties for rioting, trespassing, and causing damage to personal property.“

Meanwhile:

„Over the past few weeks, Republican legislators across the country have quietly introduced a number of proposals to criminalize and discourage protest.“

„The proposals, which strengthen or supplement existing laws addressing the blocking or obstructing of traffic, come in response to a string of high-profile highway closures and other actions led by Black Lives Matter activists and opponents of the Dakota Access Pipeline. Republicans reasonably expect an invigorated protest movement during the Trump years.“

Further still:

„The Indiana state legislature is considering an authoritarian bill that would essentially allow police to kill protesters with zero accountability.“

„Republican senator Jim Tones introduced Senate Bill 285 in January, though it was given its first committee hearing on Wednesday. The bill authorizes city officials to use “any means necessary” to break up a group of 10 or more protesters blocking traffic, “even to the point of costing lives.”“

„For the Left, from the heads of the Democratic Party to the socialist vanguards in waiting, they see autonomous

organizing as a threat to their potential power as it offers an alternative to both electoralism and party building.“

In short, when coupled with laws passed during the Obama and Bush administrations, you have a recipe for a broad crackdown on protest, popular mobilization, and dissent in general that gives sweeping power to the police and the State but moreover protects the government and industry from the threat of disruption, much to the applause of Trump’s far-Right base.



Regardless of if Trump is swept away in a year due to a CIA-backed coup or perhaps one by his own party, it doesn’t matter. The legislation and build up of the security-state apparatus will already be in place, ready to be put to use for decades to come as this civilization continues to break apart due to its own internal contradictions.

Meanwhile, the far-Right which has spent the past 8 years calling for Obama’s blood and for violent revolt against ‘globalism,’ slaughtering people in churches and abortion clinics, carrying out an armed occupation of federal land and attacks on Black Lives Matter protests, couldn’t be happier. Finally an administration that gets things done!

Meanwhile on the Left: progressives, union leaders, Democrats, and socialist cadres wring their hands: the proles are restless.

The Violence of Exception

This system deems some violence as part and parcel to its own maintenance; its own functioning. Other forms of violence, when they come from below; when they threaten the ability of the regime to function: to police, to govern, these forms of violence are always seen as exceptional.

This exception thus requires an exceptional response. It requires the media to explain to the everyday person why this has happened, for if the system didn’t do so, who is to say it wouldn’t happen again? This is already a story we know quite well; it’s the plot to every Hunger Games movie and V for Vendetta, yet we can’t seem to grasp it happening in real life, all around us.

Thus, it is the task of those whose job it is to explain to us how and why things happen, to suddenly paint a picture not of a crowd stopping a fascist event from happening; from stopping a fascist speaker like Milo from attacking their undocumented, trans, women, or non-male friends; but instead to transform those resisting and taking real risks because they need to do so into outside agitators. Into paid police agents. Into people even working in league with the far-Right.

To understand why these lies are popularized, we have to first understand that when it comes to violence, to the powers that be the real question is: who gets it, and who dishes it out? Luckily, recent history has been kind enough to present us with a clear examination of exactly this.

The New Normal

On the evening of January 20th, a Trump and Milo supporter shot and almost killed an anti-fascist protester during a demonstration against Milo in Seattle. Later that night, someone driving a pickup truck was arrested after they shot out windows in downtown Olympia while screaming "Hail Trump." In the weeks that followed, a series of attacks occurred in the US against various Mosques, with assailants breaking windows, setting fires, slashing tires, and even leaving strips of bacon on door handles. Then, on January 29th in Quebec City, a far-Right supporter of Trump and the French National Front open fired inside of a Mosque, killing 6 people and injuring several others. At around the same time, in Yemen a drone strike killed the 8-year daughter of American citizen Anwar al-Awlaki, who was killed in a drone strike ordered by the Obama administration along with his son and many others in 2010. In all of these events, the media by and large pays little mind.

And why should the media report on it? This uptick in violence, either coming from and sanctioned by the State, or from white nationalists and fascists is nothing new. In regards to the far-Right, it has been building in the United States in reaction to the Black Lives Matter movement for several years and went into high gear with the electoral victory of Trump in early November. For the media, such violence is hardly newsworthy simply because it happens all the time. This violence, it is not exceptional.

This, is the new normal.

Trump himself refused to even mention the growth of far-Right violence once he entered office, while those on the Right went on to invent new fears such as the "Bowling Green Massacre," to justify the State's massive Muslim ban. As the Muslim Times wrote:

„Trump, while reportedly offering condolences to Trudeau [for the Quebec City massacre], didn't respond by publicly warning about the threat of white supremacists plotting violence against Muslims or other people of color. But on Friday morning when a machete-wielding man in Paris allegedly attacked soldiers while yelling "Allahu Akbar,"

Trump immediately took to Twitter to bring attention to "radical Islamic terrorism.""

All of this is counterpoised to the reaction to anti-Trump actions as well as the riots that broke out in the bay area on February 1st against Milo. For the established political order, these event were exceptional. Why?

These events were exceptional simply because they saw not only the Trump regime as the enemy but moreover the entire political system, along with the auxiliary far-Right forces which seek to uphold and strengthen the sovereignty of the State. But overall, because these actions were disruptive and not symbolic; that they sought to shut down, not enter into a dialog. This is why they were singled out as a key threat to the entire system, and thus targeted for demonization.

Moreover: they were actually effective; they shut Milo down. What could they shut down next, the State worries? The entire government perhaps?

The State can allow a passive protest; what it cannot let pass is large masses of people refusing to allow the machinery of the State to function. It cannot allow people physically shutting things down and rioting; refusing police orders and taking over space. It cannot allow people stopping the flow of capital, energy, and commodities.

For this, it must make an exception.

In order to ensure that people don't do this, it has a variety of tricks up its sleeve, which includes criminal charges, a militarized police force, and the threat of extra-legal far-Right violence. But it also seeks to demonize the most combative elements that make up resistance struggles. It seeks to paint them as outside agitators and instigators of random acts of violence or even in league with some foreign or outside body; not emanating from a community of support that social struggles are always borne from. If the State can successfully do this: demonize the combative agents within social movements that are willing to physically fight, then a key victory has been won by the regime.

Thus, the message becomes clear: spray paint a swastika on someone's house, beat up an immigrant, be an elected Republican official and openly call for another "Kent State" to put the youth in their place, shoot an anti-fascist at a Milo event, chant "Trump" as coded racial slur at your school, vandalize or kill people at a Mosque, and the State could give a fuck. Why should it? Such violence always stabilizes a regime because it reinforces the very same hierarchies it seeks to uphold and defend.

However, if you shut down an airport against the State's executive orders, a pipeline it is trying to ram through your land, shut down a fascist rally by an editor of the website your chief advisor used to run, well, we've got a problem. That's the exception.

Not all violence is equal. There is the violence that is permitted. This is the violence that comes from above, that arrives in police bullets and drone strikes. There is the violence that is encouraged, that comes from below and is aimed at those even more below it; and it seeks to strengthen those above.

Then, there is the violence that is exceptional. This is the violence that comes from below and aimed at those above.

This is the violence that can never be permitted.

Militant Reformism

But if all of this is true, then why do resistance movements cling to old strategies that don't work? Are our only options really just voting, building a third party, building a 'workers party,' or marching around in circles?

For the last 8 years, resistance movements have by and large rejected electoral politics, become more hostile to non-profit and political party leadership, top-down authoritarian organizing structures, as well as a strict commitment to non-violence. From the student occupation movement to Occupy, to the explosion of black insurgency that we saw from Ferguson, to Oakland, to Baltimore, the #NoDAPL fight in North Dakota that spread to Texas and Florida and beyond, the #PrisonStrike that broke out inside prisons across the US, and the growing anti-fascist struggle which led to massive clashes with the far-Right. The mass struggles of today are marked by their horizontal and autonomous nature, their desire to create new worlds, as well as to destroy and obliterate colonial and gendered hierarchies in their wake.

The Trump era for many on the Left represents a possible turning point from this. Finally, both progressives and the socialist Left are in a position to make a comeback and potentially cash in on whatever Bernie bucks still linger in wider society. Meanwhile, the Democratic Party is losing its shit experiencing their former base undergo an extreme radicalization. How could they not, as a majority of voters who supported both Bernie and Hillary are now seeing the DNC becoming a rubber stamp for the Trump regime and a force for its normalization.

But while unions attempt to play nice with Trump and Democrats wring their hands about how to get people to vote for them again, the other segments of the Left see much more golden opportunities. However, the visions that are being articulated by many within the Left, even the anti-capitalist Left, generally are simply the same strategies that we've heard time and time again, but this time tailored to a present reality under Trump.

Meet the new protest march, same as the old protest march.

The Progressive Reaction

For progressives, best articulated in the Green Party, their strategy remains the same as what was attempted

during the 2016 election: to build a third party that can run in local and national elections. But with the push to defeat Trump going to be even greater in 2020, there will most likely be even less of an impetus to build something like the Green Party, and even still, the Green Party got less than 1% of the vote in 2016 at a time when many thought that it was 'safer' than ever to vote for a third option.

In the end, it didn't fucking matter. The DNC crushed Sanders, the electoral college did what it was designed to do, and nothing was done about millions of voters of color who were kicked off the rolls by the Republican CrossCheck program. You want a third party? Great. You just have to figure out how you're going to move forward in this democracy.

If we ever had the mass upsurge needed to put a third party into place, let alone protect it from attacks by the ruling elite that would shut it down, we wouldn't even need to bother with parties to begin with.

The Socialist Bloc

For the socialist Left, their position is much the same as the progressive Left, however instead of a 'progressive party,' they instead call for the creation of a strictly anti-capitalist and 'working-class party.'

This strategy can best be articulated by those within groups like Socialist Alternative, a growing reformist-socialist group that includes Kshama Sawant, an elected city council person in Seattle. This position isn't anything new and it's the same thing these groups have been saying forever. Build. The. Party. Vote. For. Me. Hang. In. We'll. Get. There.

Many of these groups are hoping to engage the many young people that were excited about Bernie and instead funnel them into their various organizations, as well as tap into the potential pool of recruits that have been activated by the Trump election and provide them with a strictly political solution.

For these groups, everything that they do revolves around building their group, and their party. For them, revolution starts and stops with their shit. Without it they say, nothing can get done.

Perhaps that's why, they spend most of their time telling other people what to do.

Et tu, Comrade?

Lastly, there is the Marxist-Leninist Left which includes groups like the Revolutionary Communist Party (RCP) and their latest front group, Refuse Fascism. Again, by and large these groups have the same strategy that they always did. While socialists focus more on building local cadres, attempting to participate in elections, and in general being to the left of progressives, groups like the RCP instead focus more on protests and demonstrations,

trying to become a vanguard in the streets and funneling people into their organizations that way.

While this at times makes for more agreeable people to bump into during a rowdy demonstration, in reality they simply are seeking to take the experience of social struggle and turn it into a vehicle for political capital. Thus, while progressives and socialists want to turn anger into votes, the Marxist-Leninist Left simply wants to skip the voting part. To turn anger into a new government.

To pick apart why the ideas of progressivism, social democracy, socialism, and Marxist-Leninism in all its varieties are a dead end for the working-class and the planet would require a whole other essay. But our task here today is simply to analyze the hour of the day and begin to think about what is needed in the current period, but moreover, why all of these strategies, which by and large don't much vary, are bankrupt.

All You Liberals Bound to Lose

The problem with all of these strategies is that they are not working, they haven't worked, and moreover these strategies lead to the creation of social movements and ultimately a world – that is equally alienating and authoritarian as this one.

But also, what all of these strategies miss is quite clear and plain: this is simply not what people are doing.

People in the tens of thousands are blocking freeways, ports, and airports, not forming third parties. People are forming communes en masse to block pipelines and are creating new worlds in the process across the US, not waiting for Leninist or socialist cadres to do it for them. People are fighting for their neighborhoods in riots against the police, not hoping that someone elected to the city council will somehow make things better for them. But beyond the big upheavals, uprisings, occupations, riots, and more; people are organizing on a real grass-roots level, and not to form some distant 'revolutionary government.'



People are forming self-defense organizations and teaching each other how to heal wounds, how to fight, and how to respond to things happening in their communities. Neighbors are getting organized in city wide assemblies,

workers are pooling resources to take care of each other and carrying out job actions, people are coming together to take over land and create housing, and much more.

While the Left in theory supports all of this, it still by and large declares that where these struggles fall short of is that they lack representation in the field of established politics, or in the creation of a 'genuine' cadre leadership that can create a new 'revolutionary' State.

Most people want nothing to do with this.

However, with the threat of Trump, much of the Left wants to use people's genuine fear of the regime to regain much of the base that it has lost over the last several decades. In the face of autonomous politics and horizontal organizing, they would put in place bureaucracy and top down leadership.

If we truly want to take on Trump and the systems of domination that created him, we owe it to ourselves to leave these failed strategies behind in the dustbin of history, and continue with an autonomous and anti-capitalist form of politics.

Disrupt

We must disrupt the ability of the regime to govern.

This means taking what has happened with the airport #MuslimBanProtests and applying its logic to all aspects of resistance. How can we apply this logic to support those that the State might attempt to deport en masse? To those the State might attempt to repress. To programs that the State might shut down. To pipeline and resource extraction projects that it is attempting to push through. To everything.

But this also means we have to get organized. We need ways to bring people into our movements. We need spaces where people can come together and discuss and plan. We need materials to read, think about, and learn from. We need both small affinity groups that can carry out basic actions, as well as larger forms such as mass assemblies for the coordination of bigger ones. We need people proficient in a wide variety of skills to offer themselves to the resistance: from childcare to legal services, from web design to community organizing, from online security techniques to self defense, we need it all.

We must also realize that overall what is needed is not just the proliferation of struggles, but the connecting, networking, and generalizing of them.

Defend

In order to survive under the Trump regime, we are going to have to learn how to defend ourselves from a variety of threats.

We must defend ourselves from attacks by the mainstream press. We must defend against denunciations by the socialist Left. We must defend against the Alt-Right

attempting to doxx us. We must defend ourselves against reactionaries attempting to physically kill and harm us. We must defend ourselves from the State attempting to slap us with horrific charges, grand jury summons, and worse.

This means not only getting fit and learning to defend ourselves, but also learning counter-surveillance techniques, installing the right software, and learning how to move as a group at demonstrations.

But overall, we must build capacity in our communities to engage in self-defense in order to prevent violence before it breaks out. This means stopping the far-Right from attacking people and those that are most vulnerable. It means developing rapid response networks to potential attacks and threats from the police and the State. It means developing our means of communication on a wide scale, so we have the tools that are needed to protect against a wide variety of assaults, on multiple levels.

We must prepare a defense that responds to the threats we and others face, at all costs.

Rebuild

Our epoch demands of us not just a different way of living; there is nowhere to run and escape what is unfolding. We cannot simply resign ourselves to riot occasionally at large demonstrations in the hopes that this in itself with somehow make a new society or get rid of the old one.

Our task before us is to combine living and fighting. We must find new ways of living that allow us to fight. That grows our power while becoming powerful and in turn, fights for something that is ours: neighborhoods, territories, affinities, bioregions, relationships, and physical forms of life.

This means making no go areas for fascists. It means developing alternative means of dealing with problems where we live other than calling the police. It means creating alternative infrastructure to the existing ones. It means organizing everything from childcare to food on our own terms that benefits ourselves; taking ourselves

outside of the apparatuses that exist and producing our own networks and means of existence.

In Conclusion

Trump is a laughing stock.

Even the mainstream mocks him and laughs at the naked orange emperor who wears no clothes. But not let us forget that this disdain is not because many within the existing institutions wish to see the established order done away with. Far from it, they simply see Trump as an extremely unstable manager who threatens the fragile social peace. But Trump is also useful. As this civilization breaks apart, he can be used as the whipping boy of the ruling class while ushering in a new period of resource extraction and repression.



Keep in mind that many of the people who will become the most vocal in their condemnation of Trump will also be the strongest critics of anarchists and those who seek to build up a movement against the world that gave birth to him. We have to be prepared for this.

The Left will always attempt to sell us out in exchange for a seat of power. Never forget that.

Let's keep this in mind as we continue to organize, push forward, protect each other, and build our movement.

By itsgoingdown

What Counts as Violence? : Why the Right Can Shoot Us Now

A long-time anti-fascist was shot Friday night during a protest of alt-right racist and troll Milo Yiannopoulos, in the middle of a crowded square. The shooter, who later turned himself in, claiming self-defense, was released by UW police early Saturday morning. Somehow, this is barely newsworthy. Meanwhile, local news outlets condemn the violent protesters for throwing "potentially lethal" balloons filled with paint. This is our new reality.

It is somehow unremarkable and understandable for a protester to be shot, while it is beyond the pale for anyone to block the entrance to a fascist rally.

This should be extremely concerning to all people of good conscience.

Let us imagine, for a moment, that the tables had been turned: imagine that a Milo supporter had been shot, in

self-defense or otherwise. The alt-right and the mainstream media would be in an uproar. The anti-fascist would still be in custody, charged with murder. Why do we know this? Because anti-fascists and anarchists are regularly assaulted by the police and held under outrageous bail conditions. Hundreds who protested the inauguration in Washington, DC, were in jail for over twenty-four hours before getting bailed out; some now face up to ten years imprisonment on felony riot charges. Women and trans-women are regularly incarcerated for self-defense against abusive men. People of color are regularly held for weeks on end, without bail, for skipping bus fares and other minor offenses. But somehow, a man who shot into a crowd, on a campus that bans firearms, is deemed responsible and safe enough to release without charges or bail. When we are arrested, our names and faces are advertised in the media, along with denigrating comments and descriptions. We are all aware of this double standard; one only has to look at the difference between the hands-off response to the armed militia occupation of the Malheur National Wildlife Refuge, and the violent attacks on water protectors at Standing Rock in North Dakota.

This is not to complain, or to ask the police for protection. We are not calling for prosecution; the courts will never serve us, and the police will never protect us. They only protect the wealthy, the privileged, and their own ranks. It is common practice for police to protect neo-Nazi rallies; and yet, when the fascists pull guns or knives on us, as in the UW shooting, as in Minneapolis, as in Sacramento, they rarely face serious consequences. We cannot rely on the police, and we do not care to. They are a violent and racist force, descended from slave patrols and anti-union thugs. Their job is to enforce white supremacy, the property of the wealthy, and the patriarchal order of society. We do not want their help. We are not surprised, because the police have always worked with the fascists, in every country where fascism has taken hold.

More alarming than the behavior of the police is the degree to which right-wing gun violence has become normalized and acceptable.

Conservatives cry self-defense and gun rights, while the media accepts their narrative, seeking instead to criminalize victims like Trayvon Martin. Liberals decry gun culture, but have also become accustomed to it; it is no longer surprising, it becomes part of the background of normal life. Meanwhile, popular narratives cast anti-fascist actions and protests as exceptional, extreme, and violent. This is part of an ongoing culture war over language and truth; the extreme right seeks to cloak their violent, racist rhetoric in pleas for free speech, while refusing to take responsibility for the violence that follows.

We saw this with Trump's support for attacking protesters during his campaign, and we see it now. Every time a right-wing attack goes under-reported and unpunished, it grants legitimacy to right-wing violence and encourages others to do the same. The spike in hate crimes following Trump's election demonstrates this clearly. As racist, misogynist, and transphobic violence becomes mainstream, it spreads and gains legitimacy. This is how fascism works; this is how it spreads. In 1932, five Nazi stormtroopers beat a young communist to death in front of his mother; Hitler applauded their actions, and subsequently released them after taking power. Their "national passion" excused their crimes.

This cannot be the new normal. We cannot cede ground on this front, or on any other front. Media organizations that refuse to call Trump on his lies, that present Milo's supporters as scared victims, or that give voice to Milo's absurd statement after the shooting that "if we stop, we let the protesters win," are complicit in granting legitimacy to fascist political violence.

This country is barreling down the tracks towards a very dark, very violent future. Protests and rallies are important, but self-congratulatory photos and safety pins are not enough to stem the tide. Those of us who recall the anti-war protests in 2003, then the largest global protests in recorded history, should remember that our numbers were not enough.

We must make our struggles more real than symbolic, to stop the fascists from organizing and to ensure everyone hears, over and over, that this is not normal, and this is not okay.

We live in exceptional times; we must ensure these exceptions do not become normalized. But of course, simply turning the train and returning to the pre-Trump "normal" is not enough. This country has always been racist; it is founded on genocide, slavery, and colonialism. Our task, as Walter Benjamin described it during another period of anti-fascist struggle, is to create a real state of emergency, to throw all of our assumed truths and behaviors into question. If we do, "our position in the struggle against Fascism will thereby improve." To do so, to truly combat fascism requires real anti-fascist struggle, and requires supporting those who are wounded on the front lines.

America was never great; let's make America not exist again, and replace it instead with a human community that is truly free—free of white supremacy, free of capitalist exploitation, and free of patriarchal violence.

By CrimethInc. Ex-Workers Collective

In die Offensive gehen - Vom Protest zum Widerstand

Es ist an der Zeit Strategien zu entwickeln. Ist es realistischer zu versuchen den Bann gegen Muslime umzuschmeißen, den Weiterbau der Grenzmauer zu stoppen, unseren Freunden und Lieben zu helfen ICE-Kontrollfahndungen zu entkommen, den DAPL und Keystone XL zu stoppen, unser Trinkwasser zu schützen, die Klimaerwärmung zu entschleunigen, den Finanzsektor zu zähmen, die Polizei daran zu hindern Leute umzubringen und Zugang zu Abtreibung zu verteidigen – oder - die Regierung als solche zu stürzen? Sollen wir tausende Verteidigungskämpfe anzetteln, oder eine einzige Offensive durchführen?

In weniger als vier Wochen hat die Trump Regierung erreicht, was amerikanische Radikale nicht in den letzten 250 Jahren geschafft haben: sie hat die Mehrheit der Amerikaner davon überzeugt, dass die Regierung eine öffentliche Bedrohung darstellt. Trump und seine Kumpel haben sich mit schwarzen Leuten, Latinos und Latinas, den Ureinwohnern Amerikas, Muslimen, Immigranten, Feministinnen, Umweltschützern, Radikalen, Progressiven, Liberalen und einer Reihe staatlicher, föderaler und kommunaler Mitarbeiter angelegt – kurz gesagt, mit der Mehrheit der Bevölkerung. Um das Ganze abzurunden scheinen sie einen großen Terrorakt in den Staaten provozieren zu wollen, in der Hoffnung ihr zweifelhaftes Mandat zu stützen. Höchstwahrscheinlich habe ich etwas vergessen. Es war ein ereignisreicher Monat.

Darüberhinaus hat die Regierung die CIA, die NSA und die mexikanische und chinesische Regierung vor den Kopf gestoßen; sich mit Russland in einem Ausmaß gemein gemacht, das nationale Sicherheitskandale heraufbeschworen hat; und die gesamte globale Post-Kalte-Kriegs-Ordnung gefährdet. Auf Seiten der Medien hat sie fantastische Geschichten aus der Luft gegriffen und willkürlich einen Kleinkrieg mit CNN vom Zaun gebrochen.

Als Folge sind die Ziele der amerikanischen unternehmerischen, politischen, industriellen, finanziellen, medialen, militärischen und geheimdienstlichen Eliten unvereinbar und einander zuiefst entfremdet. Einige Fraktionen setzen darauf, dass Neofaschismus das Versprechen der Zukunft darstellt und gut für die Wirtschaft sein wird. Andere Fraktionen würden lieber wieder wie gewohnt weitermachen. In Anbetracht der Ereignisse der letzten 25 Tage, scheint es denkbar, dass die Regierung ihre Zuständigkeit überschreiten wird und im Laufe der nächsten vier Jahre, wenn nicht früher, eine konstitutionelle Krise heraufbeschwören wird. Falls sich eine solche Krise der Legitimation abzeichnen sollte, ist es wahrscheinlich, dass die genannten Fraktionen der herrschenden Klasse einen Wandel des Regimes einer Diktatur vorziehen würden.

Ich hasse es, auf Game of Thrones Analogien zurückgreifen zu müssen, aber Donald Trump und Steve Bannon befehlen sich jeweils wie Cersei Lannister und Maester Qyburn: sie spielen nicht nur mit dem Feuer, ohne die

Drachen, die am Horizont ihre Runden drehen, zu bemerken, sondern halten sich auch noch für superschlau.

Wenn das wirklich dem entspricht, was die Regierung will, dann soll sie doch. Weiße Konservative und eine kleine Anzahl internet-affiner reaktionärer Aktivisten gegen Farbige, weiße Liberale, einem reifen Kader Radikaler und Progressiver und die große tausendjährige Mehrheit? Lass uns das tun. Sie mögen mehr Gewehre haben, aber wir sind in der Überzahl. Das Home-Team schlägt zuletzt.

Trump und Bannon hatten ein paar Wochen Zeit Leute rumzuschubsen. Dadurch haben sie sich in die Ecke manövriert und das halbe Land verprellt. Jetzt ist es an der Zeit zu tun, was unsere Großväter uns gelehrt haben und diesen Tyrannen ins Gesicht zu schlagen. Hier einige Vorschläge wie das gehen könnte und was dann als nächstes kommt. Protest wird nichts ändern, Widerstand schon.

Protest ist so was von 2003, Leute. Widerstand ist das neue schwarz. Es ist ja schön und gut, wenn sich Tausende, ja Millionen Leute auf der Straße versammeln. Dennoch wird das nichts in sich und durch sich bewirken, wie viele von uns in bitterer Erinnerung haben, als sich die Irak Invasion vor vierzehn Jahren abzuzeichnen begann. Andererseits können Versammlungen an bestimmten Orten zu gewissen Zeiten, wo unsere Gegenwart eine Schockwirkung auf wesentliche tägliche Infrastrukturen hätte, eine ganze Menge bewirken. So mögen denn einige von uns in Zusammenhang mit den Besetzungen von Flughäfen vor zwei Wochen diesbezüglich in süßen Erinnerungen schwelgen. Das ist der Unterschied zwischen symbolischem Protest und direkter Aktion, was Anarchisten seit den letzten 150 Jahren wiederholt betont haben. Weniger Protest, mehr Aktion, bitteschön.

Jetzt mal im Ernst, es hat keinen Zweck Fürsprache bei dieser Regierung einzulegen oder unseren oppositionellen Standpunkt bei der Politik einzureichen. Es könnte ihnen kaum gleichgültiger sein, was wir denken. Wir müssen es ihnen unmöglich machen zu regieren. Wir können das schaffen. Zu diesem Zeitpunkt mag es ausreichend sein einfach Ziele aufzudiktieren, um sie zu blockieren, Aufrufe über Twitter zu verschicken, abzuwarten wieviele Leute auftauchen, um dann damit zu arbeiten. Ich denke, dass die Flughafenaktionen die richtige Stoßrichtung haben. Wir müssen das Modell lediglich auf Teile der Regierung selbst anwenden. In die Offensive gehen.

Sie sagen immer, dass (ein guter) Angriff die beste Verteidigung ist und genauso hat es sich auch für die Patrioten des Super Bowl ausgewirkt. Die Trump Regierung versucht uns gleichzeitig in tausend verschiedenen Richtungen zu versprengen. Das ist eine Falle. Sie hoffen uns daran hindern zu können, Kapital daraus zu schlagen, dass ihre Regierung aus dem Takt mit den Werten und

Wünschen der meisten Amerikaner gekommen ist und ihre Legitimation in den Augen von Millionen fragwürdig ist.

Es stimmt, dass viele von uns sich auf solidarische Arbeit, gegenseitige Hilfe und Selbstverteidigung konzentrieren müssen. Daran geht kein Weg vorbei. Dennoch ist es angesichts der äußerst feindseligen Regierung an der Zeit uns zu fragen, ob es realistischer ist gleichzeitig zu versuchen den Bann gegen Muslime umzuschmeißen, den Weiterbau von Grenzmauern zu stoppen, unseren Freunden und Lieben zu helfen ICE-Kontrollfahndungen zu entkommen, den DAPL und Keystone SL zu stoppen, unser Trinkwasser zu schützen, die Klimaerwärmung zu entschleunigen, den Finanzsektor zu zähmen und die Polizei daran zu hindern Leute umzubringen und Zugang zu Abtreibung zu verteidigen oder die Regierung als solche zu stürzen?



Es mag sich herausstellen, dass der einzige Weg zu verhindern, dass sich alles drastisch verschlechtert, derjenige ist, voll auf Revolution zu setzen. Die Macht der Millionen anzupapfen.

Große Teile der Gesellschaft sind wütend und haben Angst, sind voll frischer Ideen und Energien, offen für radikale Perspektiven, wachsam, gut informiert, rackern sich ab um zu überleben und sind bereit zu kämpfen. Ich habe etwas Vergleichbares noch nie zuvor in meinem Leben gesehen.

Ob Widerstand gegen das Trump Regime erfolgreich ist oder scheitert, wird davon abhängen, inwieweit es uns gelingt einander zu finden und das meiste aus unseren unterschiedlichen Stärken zu machen. Wir brauchen eine riesige Masse an Leuten, die teilnimmt, wenn wir uns durchsetzen wollen. Kein Superteam spezialisierter Aktivisten kann das allein bewerkstelligen. Kein Politiker oder Richter wird die Dinge wieder ins Lot bringen. Niemand außer uns selbst kann uns retten. Das sollte aber mehr als genug sein.

Drei mögliche Szenarien

Einmal angenommen, dass sich eine Legitimationskrise für Trump abzeichne: Was wären denkbare Szenarien und wie sollten wir uns vorbereiten? Lasst uns ein wenig in die Zukunft blicken, wo sich die Dinge in der letzten Zeit ohnehin so überstürzt haben.

Am wahrscheinlichsten ist immernoch die Möglichkeit, in der der Staat im Staat (vertreten durch im CIA verwurzelte Elemente, Neokonservative bei den Republikanern etc.) es schaffen Trump zurückzuhalten, ihm erlauben die

gewöhnlichen rassistischen Aspekte seines Programms durchzuführen, aber verhindern, dass er den Bogen überspannt, wenn es um Wirtschaftsprotektionismus, wilde Außenpolitik und Kollusionen mit Russland geht. Repressionen werden mit eskalierenden sozialen Spannungen Schritt halten, während die gesetzestreue Linke im Austausch für eine neue Chance auf Regierungsmacht den Ausverkauf von Protestbewegungen betreibt. In diesem Szenario verlieren wir, Steve Bannon und die weißen Nationalisten verlieren und der Staat im Staat gewinnt, indem er den Kapitalismus für weitere vier Jahre oder länger stabilisiert.

Diese Verluste wären jedoch temporär – nichtsdestotrotz würden sich für die Dauer einer solchen Regierungsperiode Anarchisten mit weißen Nationalisten einen Wettkampf liefern, um die Gunst zunehmend desillusionierter Fraktionen der Linken und der Rechten zu gewinnen. In einem solchen Szenario sollte es möglich sein der arbeitenden weißen Schicht gegenüber zu argumentieren, dass sie einmal mehr von Bankern reingelegt wurden, indem sie dazu gebracht wurden, Trump den Rücken zu stärken.

Es ist weniger wahrscheinlich, aber doch möglich, dass Trump in eine echte Legitimationskrise gerät. In diesem Fall würden sich Protestbewegungen bis zum Siedepunkt erheben, so dass der Staat im Staat gezwungen wäre zwischen der Präsidentschaft von Donald Trump oder der Stabilität des Staates selbst zu entscheiden. Sollte der Staat im Staat einschreiten, um Trump verdeckt oder offen abzusetzen, könnte echter sozialer Wandel auf den Tisch kommen – jedoch nur, wenn der Schwung, der die Ereignisse beflügelt von unten kommt, jenseits der Kontrolle jedweder Parteien, die einen Anteil an der Staatsmacht haben. In diesem Szenario verlieren Steve Bannon und die weißen Nationalisten – wenigstens vorübergehend – und wir hätten den Rest mit dem Staat im Staat auszufechten.

Dieses Szenario beinhaltet gewaltige Risiken. Erinnert Euch, das ist im Grunde das, was in Ägypten 2003 passiert ist, als das ägyptische Militär Morsi seines Amtes enthob und al-Sisi als Mann fürs Grobe einsetzte, wodurch der sog. Arabische Frühling effektiv beendet wurde und der Totalitarismus im Mittleren Osten wieder stabilisiert wurde. Wenn wir uns auf die Instrumente der Regierung verlassen, um sich der Situation anzunehmen, werden sie tun, was sie tun müssen, um radikale Aktivität an den Rand zu drängen oder zu unterdrücken. Die Leute werden für eine weitere Generation oder länger wieder auf den Staat schauen, der ihre Probleme lösen soll. Wenn wir andererseits unter den Bedingungen des Aufruhrs in den offenen Kampf gegen den Staat im Staat schreiten, sollten wir einen riesigen Anteil der Bevölkerung hinter uns wissen, und wir sollten es in jedem Fall so anstellen, dass wir den weißen Nationalisten keinen Raum lassen in Widerstandsbewegungen Fuß zu fassen, während wir damit beschäftigt sind uns den Repressionen zu entziehen.

Am Ende wäre es möglich, dass zwar eine Legitimierungskrise stattfindet, aus der Trump dann aber hoch kommt und dazu nutzt, sich der Opposition zu entledigen und Protestbewegungen auszuradieren. In diesem Fall gewinnen Steve Bannon und die weißen Nationalisten während alle anderen verlieren. Dies scheint das am wenigsten wahrscheinliche Szenario zu sein – andererseits waren die meisten von uns über den Wahlsieg Trumps ebenfalls überrascht. In diesem Szenario wird es Steve Bannon und seinesgleichen gelingen Anarchisten als Werkzeuge des Staat im Staats darzustellen während sie uns gleichzeitig mit Repressionen zum Schweigen bringen.

In Anbetracht dieser Möglichkeiten wird einiges klar. Es ist wesentlich uns auf eine Weise zu organisieren, die uns von den Agenten des Staates unterscheidet und keinen Raum für den Staat lässt Legitimation zurückzugewinnen: Antifaschismus muss gleichbedeutend sein mit Opposition gegenüber dem Staat, wenn wir vermeiden wollen

Trump zu Fall zu bringen, nur um einem vergleichbar autoritärem Regime den Weg zu ebnen. Je schneller die Krise kommt, um so besser, noch bevor Trump, der Staat im Staat, und die demokratische Opposition eine Chance haben, sich aufzurichten; gleichzeitig haben wir eine Menge Arbeit vor uns, um unsere Vorschläge der allgemeinen Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Schließlich muss, falls es zu einem Wechsel des Regimes kommt, der Schwung dazu von der Straße kommen, nicht aus dem Inneren der Machtzentren. Wie immer bekommen wir aus der Revolution nur das heraus, was wir in sie hineinstecken, nicht mehr und nicht weniger.

In jedem Fall zeichnet sich unser Auftrag klar ab und der Einsatz ist ein doppelter oder keiner. Wir sehen uns an der Front.

CrimethInc.

Videoüberwachung in Washington D.C. war Trojaner-infiziert

Ransomware legte wenige Tage vor den Feierlichkeiten zu Trumps Amtsübernahme die Videoüberwachung in Washington D.C. teilweise lahm.

Die Videoüberwachung von öffentlichen Plätzen in Washington D.C. war wenige Tage vor der Inauguration von Donald Trump massiv gefährdet. Das berichtet die Zeitung Washington Post. 70 Prozent der Festplattenspeicher seien von Ransomware infiziert gewesen und hätten zeitweise nicht funktioniert.

Am 12. Januar – also acht Tage vor den Feierlichkeiten – habe die Polizei bemerkt, dass vier Kamera-Stationen nicht mehr aufzeichnen. Die hinzugezogenen Techniker fanden demnach auf den Festplatten zwei Arten von

Ransomware und untersuchten daraufhin alle Rekorder in der Stadt. Das Ergebnis: 123 von 187 Speichersystemen seien infiziert gewesen.

Die Polizei betonte, dass man kein Lösegeld bezahlt, sondern die Systeme binnen 48 Stunden gesäubert und neu eingerichtet habe. Die Kameras seien nicht angezapft worden. Eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit habe nicht entstanden. Die Frage, wen man bezüglich der Infektion in Verdacht habe, wollte die Polizei laut Washington Post nicht beantworten

heise.de

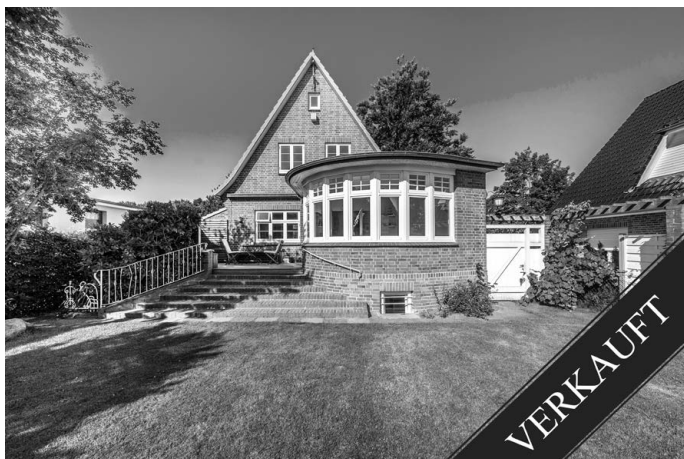
Überwachungsfirma Cellebrite gehackt

Nach *Gamma Group* und *Hacking Team* ist mit *Cellebrite* eine weitere Größe der Überwachungsindustrie selbst Opfer einer Hackerattacke geworden. Die israelische Firma Cellebrite ist auf die Extraktion von Mobilgerätedaten spezialisiert und bietet die eigenen Dienstleistungen Strafverfolgungsbehörden weltweit an. Cellebrite vertreibt unter anderem das Werkzeug "Universal Forensics Extraction Device" (UFED), das etwa auch das Bundeskriminalamt einsetzt.

Getroffen hat es nun auch das israelische Unternehmen Cellebrite, das sich vor allem mit Software für das Auslesen von Daten auf Smartphones einen Namen gemacht und zur Überwachungsindustrie gezählt wird: Das US-Magazin *Motherboard* hat insgesamt 900 Gigabyte an Daten erhalten, die aus einem Netzwerk der Firma stammen.

Dem Bericht zufolge umfasst das Paket Kundeninformationen einschließlich Logins und Passcodes, Datenbanken sowie eine Menge technischer Informationen zu Produkten von Cellebrite. Motherboard-Mitarbeiter haben laut eigenem Bekunden vorsichtig ausprobiert, ob die Angaben echt sind. Dabei fanden sie heraus, dass sich übermittelte E-Mail-Adressen nicht erneut verwenden ließen, um sich auf dem Kundenportal *my.cellebrite* anzumelden. Dies lasse darauf schließen, dass sie tatsächlich schon verwendet würden.

Cellebrite ist am bekanntesten für das Werkzeug „Universal Forensics Extraction Device“ (UFED), mit dem sich hierzulande etwa das Bundeskriminalamt (BKA) und Ermittler des Zolls Zugang zu Smartphones verschaffen. Die Firma bewirbt das einem USB-Stick ähnliche Produkt als „Komplettlösung zur logischen und physikalischen Extraktion von vorhandenen, verschlüsselten und ge-



löschten Handydaten“. Laut Motherboard belegen die abgeflossenen Daten, dass die Israelis ferner mit autoritären Staaten wie Russland, den Vereinigten Arabischen Emiraten (VAE) oder der Türkei kooperiert haben.

Das Unternehmen hat mittlerweile eingeräumt, dass sich Unbekannte „unautorisierten Zugang zu einem externen

Webserver“ verschafft hätten. Darauf habe sich unter anderem ein älteres Backup von my.cellebrite befunden. Über dieses Portal würden die Lizenzen der Endkunden gemanagt. Man habe aber inzwischen auf ein neues System umgestellt, um die Nutzerkonten zu verwalten. Derzeit sei bekannt, dass sich unter den verloren gegangenen Daten etwa Kontaktinformationen von Nutzern sowie verschlüsselte („hashed“) Passwörter befänden.

Zuvor hatten etwa auch der Hersteller des Finfisher-Trojans Gamma sowie die italienische Überwachungsfirma Hacking Team bereits mit Daten-Hacks zu kämpfen.

Unbekannte haben weitere Daten veröffentlicht, die angeblich aus dem Fundus der Überwachungsfirma Cellebrite stammen: Der neue Datensatz umfasse verschiedene Software-Werkzeuge der Firma, die für den Zugriff auf gesperrte Smartphones gedacht sind, darunter ältere iPhones und Android- sowie BlackBerry-Geräte, wie das US-Magazin Motherboard berichtet.

Software-Hersteller PSI AG **mit Hämmern und Farbe angegriffen**

Berlin 27.1.17

Dokumentation:

Wir haben gestern Nacht den Eingangsbereich des Software-Herstellers PSI AG mit Hämmern und Farbe einem Facelifting unterzogen, in großen Lettern den Schriftzug „BL(A)CKOUT“ hinterlassen und gut zwanzig Scheiben eingehauen.

PSI entwickelt Software für Energieversorger, Industrieunternehmen sowie Infrastrukturbetreiber und pflegt ein Firmengeflecht mit namhaften Partnern aus der Rüstungsindustrie wie SAP und ThyssenKrupp, welche wegen ihren Geschäften mit Polizei und Militär schon vermehrt zum Ziel von antimilitaristischen Angriffen wurden. Auf dem jährlich stattfindenden europäischen Polizeikongress beteiligte sich PSI bereits 2009 als Aussteller.

Mit knapp 18 Prozent ist der Energiekonzern RWE einer der bedeutendsten Aktionäre von PSI und gleichzeitig treuer Kunde. RWE ist unter anderem Betreiber der Braunkohlegruben im Hambacher Forst, wo sich seit Jahren Widerstand gegen den Konzern und seine zerstörerischen Machenschaften richtet, und nach wie vor Teile des Geländes besetzt sind.

Mit dieser Tat wollen wir unsere Verbundenheit mit den RebellInnen der ZAD's (Zone À Défendre) und allen anderen die sich gegen die Fremdbestimmung und den Angriff der Technologie auf unser Leben zur Wehr setzen, zum Ausdruck bringen. Wir folgen damit den Aufrufen gegen das Gipfeltreffen der G20, Firmen, Institutionen und Infrastruktur anzugreifen, die zur Perfektionierung

der Sicherheitsarchitektur und dem Erhalt der sozialen Ordnung beitragen.

Das Unternehmen PSI ist eine treibende Kraft in der Entwicklung und Forschung der von der Bundesregierung und Lobbyisten angestrebten „Industrie 4.0“, welche den vermehrten Einsatz von Robotern in der industriellen Produktion und die Verzahnung der Informations- und Kommunikationstechnik durch smarte und digitale Systeme zum Ziel hat. Es ist eine „Revolution“ von oben, von der sich, mit Hilfe künstlicher Intelligenz, dem „Internet der Dinge“ und der Digitalisierung und Vernetzung von Maschinen, eine Optimierung und Effizienz in der Produktion erhofft wird, die große Gewinne verspricht.

Der Mensch wird darin immer mehr zum Problem und Faktor der durch seine Bedürfnisse, Fehler und Unvollkommenheit der Profitmaximierung im Wege steht. Deshalb sollen nun zunehmend automatisierte Roboter an seine Stelle treten. Dies wird zur Folge haben das Millionen ArbeiterInnen von den Fabriken ausgespuckt und zu Überflüssigen erklärt werden. Nicht das das Verschwinden der entfremdeten Arbeit am Fließband auch nur eine Träne wert wäre, aber sicher ist, dass diese Entwicklungen vor allem im Interesse des Kapitals sind; in keiner Weise sind sie Wohltaten der Industrie-Bosse um die Menschheit vom Moloch der Fabrik zu befreien. Das Schicksal und Wohlergehen derjenigen, die von der Lohnarbeit abhängig sind, spielt dabei keine Rolle.

Die Robotisierung wird aber nicht an den Fabrikmauern halt machen, sondern sich über alle Bereiche des Lebens ausdehnen. Das „Internet der Dinge“ transformiert unser Verhältnis zur Technik und verschafft den Dingen durch

die Vernetzung mit Hilfe von Chips, Tags und Sensoren einen neuen Ort in der Welt. Diese Entwicklungen haben an vielen Punkten bereits Einzug in unseren Alltag gefunden und es entsteht eine Abhängigkeit, welche auf eine vollständige Beherrschung der Technologie über unser Leben zu steuert. Smartphones sind schon jetzt für viele Menschen nicht mehr aus ihrem Leben wegzudenken. Ständig vernetzt und der zwanghaften Selbstoptimierung unterworfen um in der digitalen Welt existieren und mit den Maschinen konkurrieren zu können.

Genauso ist auch unsere Umgebung davon betroffen: Unter dem Begriff der Smart Citys werden Entwicklungskonzepte entworfen, die darauf abzielen, Metropolen effizienter und technologisch fortschrittlicher zu machen. Vor allem aber schaffen sie eine Infrastruktur welche mit dem Sammeln von Daten durch Verkehrstelematik, Videosystemen, IP-Kameras, Gesichtserkennung und intelli-

genten Algorithmen den Orwellschen Überwachungsstaat noch um weiten übertreffen.

All dies wird uns im Namen des Fortschritts als Lösung der globalen Probleme verkauft. Unter dem Deckmantel der Ökologie fühlen sich die Profiteure dieser Entwicklungen auf der richtigen Seite. Schauen wir jedoch genauer hin, können wir sehr leicht erkennen, dass diese Probleme unweigerlich mit dem Kapitalismus und der daraus resultierenden Logik des ständigen Wachstums verknüpft sind. Wer sich dieser Realität verweigert und an der Zerstörung des Planeten und seiner Lebewesen bereichert, macht sich als Feind der Freiheit und des selbstbestimmten Lebens zur Zielscheibe unserer Wut.

*Gegen die Herrschaft der Technologie
G20 sabotieren - Kapitalismus angreifen*

Autonome Gruppe AG BL(A)CKOUT

Make Amazon pay!



Wir sind keine Maschinen !

*Wir haben einen praktischen Vorschlag zur Unterstützung der streikenden Amazon-Belegschaft gegen die algorithmische Fremdbestimmung ihrer Arbeit. Längst geht es den kämpfenden Mitarbeiter*innen nicht mehr allein um die Durchsetzung eines Einzelhandelstarifs, statt der Anlehnung der Bezahlung an niedrigere Logistik-Löhne. Längst stehen bei dem seit nunmehr vier Jahren andauernden Arbeitskampf die Arbeitsbedingungen selbst im Fokus der Auseinandersetzung: Amazons lernende Lagersoftware schreibt Tempo und Ablauf aller Arbeitsschritte bis ins kleinste Detail vor – sogar in der Verwaltung.*

Bei Amazon ist die vollständige Enteignung des Arbeitsprozesses unter Einsatz modernster Technologie Programm. Sie gibt einen Vorgeschmack auf maschinell optimierte menschliche Arbeit in der anstehenden „vierten industriellen Revolution“ die weit mehr umfasst als die sogenannte Industrie 4.0. Doch dazu später mehr ...

Unser Aktionsvorschlag: offen-offensiv

Zeitgleich zum Streik rund um den vorweihnachtlichen Black-Friday am 24. November 2017, Amazons zentralem Schnäppchen-Tag, blockieren wir einen Amazon-Standort. Hier bietet sich z.B. das Innenstadt-Verteilzentrum im Berliner Kudamm-Karree an. Amazon garantiert Berliner*innen eine Zustellung der dort lagernden Produkte innerhalb von zwei Stunden (für Prime-Kunden sogar innerhalb einer Stunde). Eine in den engen Seitenstraßen angreifbare Garantie! Begleitet von weiteren analogen und digitalen Widerständen lässt sich vielleicht die fortwährende Ignoranz von Amazon Chef Jeff Bezos gegenüber seinen Mitarbeiter*innen und anderen Kritiker*innen aufbrechen. In der gesamten Woche vom 20. bis 26. November rund um den Black Friday gibt es immer wieder „Schnäppchen Deals“ und damit täglich ein spürbar erhöhtes Aufkommen an Bestellungen und Auslieferungen - das sollte unsere Aktionswoche sein! Und so könnte sie aussehen:

Europaweit finden Streiks in mehreren großen Distributionszentren von Amazon statt. Auf zahlreichen Bannern steht: „Wir sind keine Maschinen!“ Die Zufahrtswege des Innenstadtversandlagers Berlin Kudamm-Karree sind blockiert. Weder können LKW Waren anliefern, noch können die Amazon-Lastenfahräder und Auslieferungsfahrzeuge das Gelände verlassen. Auf einer Kundgebung vor der Unternehmenszentrale von Amazon Deutschland in München wird der Deutschland-Chef Ralf Kleber getortet. Die Homepage von Amazon ist nicht erreichbar. Solidarische Amazon-Kund*innen schicken in dieser Woche vermehrt (versandkostenfreie) Bestellungen ab und wieder zurück und legen den Retouren solidarische Botschaften an die Belegschaft bei. Die wahrnehmbar schlechte Publicity und eine ernsthafte Störung der Zustellung, die so sehr auf Reibungslosigkeit „auf den letzten Metern“ setzt, treffen das Unternehmen sensibel.

Wir haben ausreichend Zeit, den Vorschlag zu diskutieren und Amazon einen wirklich schwarzen Freitag zu bescheren.



Effizienz-Dressur des Menschen zur Maschine

Amazon-Mitarbeiter*innen arbeiten unter enormem Stress. Entgegen ihrer Arbeitsverträge leisten die meisten viele Überstunden und Samstagsarbeit. Streng hierarchisch geben sogenannte Leader den Arbeitsdruck über Fehlerpunkte an die Picker und Packer ihres Teams weiter. Picker „picken“ die bestellte Ware aus den Regalen und legen dabei täglich bis zu 20km zurück – der Tracker misst die Laufleistung über das sekundengenaue Protokoll des Aufenthaltsortes, der Handscanner erfasst alle Arbeitsschritte und gibt den nächsten vor. Kommt ein Picker in Verzug, löst das System Alarm aus: sein Leader erhält automatisch eine Nachricht auf seinen Bildschirm. Dann kommt es zum sogenannten Feedback-Gespräch. Alles selbstverständlich „ausschließlich zur Prozessoptimierung“. Auch Packer haben eine klare Mindest-Quote: Jede Stunde 200 Einzelpäckchen bzw 100 Multi-Pakete packen. Doch die permanente Bewertung der Mitarbeiter*innen ist alles andere als konsequenzlos: eine grüne Karte heißt Lob, eine gelbe Karte kommt einer Abmahnung gleich. Bei drei gelben Karten droht die Entlassung. Die Vorgabe:

Jeder soll über dem Leistungsdurchschnitt liegen. Was mathematisch unmöglich ist, stellt das dynamische Prinzip kontinuierlicher Arbeitsverdichtung in Konkurrenz innerhalb der Belegschaft dar. Die Folge: ein allgegenwärtiger Zwang zur Selbstoptimierung.

Selbst wenn Mitarbeiter*innen Arbeitsaufträge sinnvoll zusammenfassen, um sich unnötige Wege zu ersparen, hagelt es Strafpunkte. Jede Abweichung von der algorithmischen Vorgabe wird sanktioniert – zum Zweck der Standardisierung. Jegliche Individualität bedeutet den Verlust von Austauschbarkeit. Bei Amazon soll jede Mitarbeiter*in jederzeit durch eine Kolleg*in ersetzbar sein – ohne Effizienzeinbußen bei der Übergabe. Eine Informantin aus der Verwaltung berichtet uns: „Meine Arbeitsanweisungen schreiben mir die exakte Position von Tastatur und Maus auf meinem Schreibtisch vor. Und wo mein Papierkorb unter dem Schreibtisch zu stehen hat, das ist absurd und beklemmend“.

Dequalifizierung durch digitale Fließbänder

Was das Fließband nur rudimentär geschafft hat, macht Amazons Algorithmisierung bis zur Perfektion: die vollständige Quantifizierung, Standardisierung und damit Enteignung und Entwertung von Arbeit – früher nur in der Produktion, jetzt auch in Verwaltung und Entwicklung. Die „Smartifizierung“ aller Arbeitsabläufe also die digitale Vernetzung sämtlicher Arbeitseinheiten ist dabei der Kern der sogenannten Industrie 4.0. Ähnlich wie bei der algorithmisch optimierten Zuordnung von Nutzer und Anbieter von Dienstleistungen in der ultra-kapitalistischen Share-Economy oder besser On-Demand-Ökonomie à la Uber und Airbnb. Als nicht unwesentliche Randnotiz sei angemerkt, dass sich darüber nicht nur der Produktions- bzw. Dienstleistungsprozess sondern auch das Produkt bzw. die Dienstleistung selbst drastisch verändert. Nicht selten werden in dieser vernetzten Vollautomatisierung Vorgänge auf die Konsument*in abgewälzt - z.B. bei Buchungen oder beim Banking.

In mehr und mehr Bürojobs wird nun ebenfalls der individuelle Arbeitsdruck über Ticket-Systeme mess- und steuerbar gemacht. Was mit exakt definierten Leistungsvorgaben im Service-Bereich und bei typischen Call-Center-Jobs längst üblich ist, wird nun auf scheinbar „kreative“ und freier selbst-organisierbare Bürotätigkeiten ausgedehnt. Der Büromensch arbeitet künftig wie am Fließband. Firmen versuchen das nötige Kreative auf wenige gut bezahlte Mitarbeiter*innen zu verdichten.

Das Ergebnis: Einige wenige Jobs in den Entwicklungsabteilungen, bei denen der Mensch dem Computer sagt, was er tun soll. Und immer mehr herabgestufte Jobs, bei denen der Computer dem Menschen sagt was er tun soll.

Die Abtrennung der auch auf lange Sicht weiterhin den Menschen vorbehaltenen kreativen Jobanteile ist eine notwendige Vorbedingung für eine (zukünftige) Robotisierung der so entwerteten anderen Aufgaben. Amazons Picker z.B. wird es am modernsten Standort im niedersächsischen Winsen bei Hamburg nicht mehr geben. Hier werden ab Ende 2017 Roboter die benötigten Regal-Segmente zum Packer fahren, der das benötigte Produkt entnimmt und verpackt.

Digitale Arbeitsnomaden – Crowdfunding

Niedrigstlöhner*innen aber auch Fachkräfte im Bereich digitale Dienstleistungen können sich auf Amazons Plattform Mechanical Turk verdingen. Hierbei gibt es keine Branchen-Grenzen. Unternehmer*innen können sich die billigsten und talentiertesten „Crowdworker“ aussuchen.

Den Startschuss zur Nutzung des Schwarms von „Clickworkern“ und digitalen Freelancern gab Amazon im Jahr 2006, als das Unternehmen mit dem Vertrieb von CDs begann. Hunderttausende von CD-Covern mussten auf sexuelle Inhalte überprüft werden, bevor sie in die

digitale Verkaufsplattform eingestellt werden konnten. Eine Arbeit, die aufgrund uneindeutig zu formulierender Kriterien wenig geeignet war, von einem Computer gelöst zu werden. Amazon erfand daraufhin in Anlehnung an dezentral verteilte Rechner in der Cloud die sogenannte Crowd – eine Art „massiv parallelen“, menschlichen Rechner. In Umkehrung der traditionellen Mensch-Maschine-Relation fordert der Computer den Menschen auf, ihn bei der Arbeit zu unterstützen. Auf einer digitalen Plattform konnte sich jeder anmelden, um für ein paar Dollar die Stunde CD-Cover durchzusehen. Über diese konkrete Aufgabe hinaus hat Amazon diese Job-Plattform ausgebaut. Amazon stellt nun auf mechanical turk beliebigen „Arbeitgeber*innen“ für die Vermittlung ihrer Tätigkeit 10% des Betrags in Rechnung, der für Erledigung des Mikro-Jobs bezahlt wird. Was gezahlt wird, bleibt der Arbeitgeber*in selbst überlassen.

Der Status der Mikroarbeiter*in, die einen solchen Job über Amazon vermittelt annimmt, entspricht dem moderner Tagelöhner*innen: Arbeit gibt es nur, wenn welche eingestellt wird. Die Frage nach Arbeitsvertrag und sozialer Absicherung erübrigt sich. Hier regiert die einseitig abänderbare AGB der Vermittlungsplattform und die Willkür des Arbeitgebers. Isabella Mader brachte die Praxis des systematischen Lohnbetrugs auf den Punkt: „Lohndiebstahl ist ein Merkmal, kein Fehler“. Gezahlt wird oft mit erheblicher Verzögerung – manchmal aber auch gar nicht. Wie die Kräfteverhältnisse aussehen, verdeutlicht Amazon auf seiner Webseite: „Falls die Arbeitsleistung nicht Ihren Standards entspricht, lehnen Sie die Arbeit einfach ab und bezahlen den Arbeiter nicht.“



Amazon-go – voll „smartifizierter“ Lebensmittelmarkt als Wegbereiter

Einen Vorgeschmack auf Amazons Zukunftsvision einer vermeintlich „smarten“ Abwicklung unserer Alltagsabläufe gibt sein jüngst gestartetes Geschäftsfeld. Anfang 2017 eröffnet Amazon in Seattle seinen ersten Supermarkt, der jegliche Kasse überflüssig macht – auf eine neuartige Weise. Amazon nennt es „just walk out technology“:

Die Kund*in registriert sich per Smartphone samt Amazon-App beim Betreten des Supermarkts. Die Regale registrieren über Druck- und Infrarot-Sensoren, welches

Produkt entnommen oder auch wieder zurückgestellt wird. Die Zuordnung, welche Kund*in das Produkt entnommen hat, übernimmt ein selbstlernender Algorithmus, gespeist über eine große Anzahl automatischer Tracking-Kameras inklusive Gesichtserkennung sowie über eine „Vorlieben“-Berechnung, die auf die individuelle Historie aller jemals zuvor bei Amazon gekauften Produkte einer jeden Kund*in zurückgreift. Beim Verlassen des Ladens bucht die Amazon-App, ohne jede Kasse, die auf dem Smartphone aufaddierte Summe vom Konto ab.

Amazon will in den USA 2000 dieser Supermärkte eröffnen. Betreibt Amazon einen derart großen technischen und finanziellen Aufwand für Produkt- und Kund*innen-Ortung innerhalb des Supermarkts „nur“ um den Job der Kassierer*in überflüssig zu machen? Nein. Das ist zwar ein nicht zu unterschätzender „Effekt“, denn immerhin ist dies die zweitgrößte Jobbranche in den USA. Doch Amazon erweitert mit diesem Hightech-Supermarkt in erster Linie den Wirkungsbereich der personalisierten Daten-Analyse seiner Online-Verkaufsplattform auf die (bisherige) „Offline“-Einkaufswelt. Dies ist neben gezielter Werbung und Aufbereitung der Daten für (Kranken-)Versicherungen und andere zahlende Interessenten eine wesentliche Voraussetzung für die Einführung individueller Preise. Der Einzelhandel hat bereits angekündigt, dass mittelfristig beispielsweise das Bier nicht nur abends teurer als tagsüber sein soll, sondern jede*r seinen individuellen Preis zahlen wird. Es geht also darum herauszufinden, wann wer bereit ist, wie viel für ein bestimmtes Produkt zu zahlen.

Amazon schafft hierfür nur besonders konsequent die technischen Voraussetzungen. Auch der deutsche Einzelhandel hat bereits „individuelle Preise“ in Aussicht gestellt und will deshalb mittelfristig das störende, anonyme Bargeld loswerden.

Amazon überlegt, den frühzeitig patentierten, selbstlernenden Hightech-Supermarkt ähnlich wie seine am stärksten wachsende Branche, die Webservices an andere Branchenteilnehmer samt Datenmanagement zu „vermieten“. Nachdem Amazon die Welt der Online-Verkaufsplattformen und damit auch den Buchhandel, das Verlagswesen und viele andere Branchen komplett aufmischt und unter seiner zerstörerischen Dominanz neu ordnet, avanciert der Konzern jetzt auch zum radikalen Vordenker und Trendsetter in der klassischen Einzelhandelsbranche.

Amazons Algorithmisierung von mehr und mehr Lebensbereichen – auch jenseits der unmittelbaren Arbeitsbedingungen – vermittelt eine eher trübe Aussicht auf die Zukunft so genannter „smarter Städte“, in denen soziale Teilhabe an die Fähigkeit und Bereitschaft geknüpft wird, sich mit hinreichend überzeugenden Timeline-Daten auszuweisen. Wer von nicht nachvollziehbaren Scoring-Algorithmen für „nicht kreditwürdig“ erklärt wird, bleibt außen vor. Ausgegrenzt vom Einkaufszentrum, vom Wohnungsmarkt in Innenstadtlagen, von attraktiven Jobs,

von weiterführender Bildungs- und Gesundheitsversorgung, ...

Fortgeschrittene Entmündigung durch Sprachassistenten

Amazons technokratisches Machtbestreben drückt sich in vielen seiner Innovationen aus. Amazons digitale Assistentin Alexa wird hierzulande seit Winter 2016 in einem Gerät „Echo“ angeboten, das über Lautsprecher, hoch-sensitive Mikrofone, Prozessor und W-Lan verfügt. Die Anwender*in hat das Gerät irgendwo in der Wohnung stehen und kann fortan via Alexa mit dem Internet reden. Neben der befremdlichen Tatsache, dass Amazons künstliche neuronale Netze der Spracherkennung ab nun permanent zuhören („zur Optimierung des selbstlernenden Systems“) und auf Zuruf reagieren, gibt es einen simplen aber entscheidenden Unterschied zur bisherigen Interaktion mit dem Internet:

Wer in Suchmaschinen recherchiert, erhält eine Trefferliste und kann eine Auswahl treffen. Der Algorithmus der Suchmaschine bestimmt die Reihenfolge der Suchergebnisse und ermöglicht damit bereits eine weitgehende Lenkung der Nutzer*in. Wer Alexa nach demselben Begriff fragt, der hört nur eine Antwort. Vielleicht stammt sie aus der Suchmaschine Bing, vielleicht von Wikipedia, vielleicht vom meist bietenden, in jedem Fall wird man Alexas Worte für bare Münze nehmen – ohne jede Auswahlmöglichkeit.

Sprachsteuerung ermöglicht eine neue, direktere Beziehung vom Mensch zur Maschine und sie wird Machtverhältnisse verändern. Wenn Sprechen das Interface für den Alltag wird, dann sind die kommunizierenden Computer-Assistenten so etwas wie das universelle Betriebssystem. Die Schnittstelle der smart durchkapitalisierten Zukunft ist das offene Ohr. Wer sie besetzt, dem öffnet sich nicht nur ein Weltmarkt, sondern eine enorme Lenkungsmöglichkeit. Amazon prescht vor und bietet seine Spracherkennung als „Gratisdienst“ in der cloud anderen

Software-Entwickler*innen an, um schnell zum Standard zu avancieren. Sein größter Konkurrent versucht mit seinem zuhörenden Assistenten Google Home ebenfalls Marktanteile zu gewinnen.

Die Zukunftsvision Amazon zerstören!

Wir sollten den Übergang von der Orwell'schen Kontrollmoderne hin zur subtiler lenkenden Postmoderne begreifen und angreifen. Deren verführerische Macht ist weniger sichtbar, verteilt auf mehrere privatwirtschaftliche Akteure und durchdringt uns tiefer als die verordnende Macht klassischer, staatlicher Überwachung. Wir sehen uns mit einem massiven technologischen Angriff auf unser Leben konfrontiert. Dieser versucht uns zu „smarter“ eingewobenen Mitbürger*innen und Mitarbeiter*innen 4.0 zu transformieren. Die Bedingungen dieser Vernetzung bestimmen Menschenfeinde und Technokraten wie Amazon-Chef Jeff Bezos.



- gegen eine Algorithmisierung von Arbeit und Leben
- gegen den Zwang zur „smarten“ Selbstvergesellschaftung aus Angst abgehängt zu werden
- Autonomie statt übergreifende Fremdbestimmung in vermeintlicher Selbstverwirklichung

*Freund*innen der Selbstbestimmung*

Störung bei Amazons Web-Service behindert viele Websites

1.3.17. „Erhöhte Fehlerraten“ bei AWS beziehungsweise Amazon S3 führten dazu, dass auch zahlreiche prominente Webdienste Schwierigkeiten hatten. Auch Amazons Alexa war betroffen.

Eine Störung in einem regionalen Rechenzentrum für den Web-Service von Amazon hat in der Nacht zum Mittwoch stundenlang diverse Websites und Online-Dienste lahmgelegt. Kurz vor Mitternacht teilte der Online-Händler dann mit, die Systeme liefen wieder normal.

Einen Grund für die Störung gab Amazon bislang nicht bekannt; auch auf der Status-Seite zu AWS ist lediglich von „erhöhten Fehlerraten bei Anforderungen an das

API-Gateway“ für Amazon S3 die Rede, was aber behoben worden sei.

Probleme hatten unter anderem die Foto-App Snapchat, die Reise-Website Expedia, Medien-Websites wie BuzzFeed oder Medium. Nutzer berichteten auch, dass Amazons sprechende Assistenz-Software Alexa in Mitleidenschaft gezogen worden sei. Auch die Amazon-Seite, auf der Störungen angezeigt werden, fiel aus.

Viele Start-ups, aber auch etablierte Unternehmen holen sich Rechenleistung bei Amazons Cloud-Sparte AWS. Deswegen sind Ausfälle oft breit spürbar.

heise.de

Verkehrsüberwachung auf Bundesstraßen

Sie sehen aus wie Blitzer, sind sie aber nicht. Seit wenigen Monaten finden sich die ersten Maut-Kontrollsäulen an einigen Bundesstraßen. Sie sind blau und tragen einen hellgrünen Streifen. Sie haben drei-vier Kameras nach vorne und jeweils eine zur Seite und nach hinten und dienen derzeit der Erfassung und Überprüfung von LKW auf mautpflichtigen Bundesstraßen. Sie sind die moderne und leichter zu wartende Variante der auf Autobahnen bekannten Mautbrücken.



Ab Juli 2018 wird die Maut auf allen Bundesstraßen erhoben. Bis dahin soll der Rüstungs- und Technologiekonzern *Jenoptik* 600 dieser HighTech-Kamerasäulen an das Toll Collect Konsortium liefern. Wir wissen nicht, ob bis dahin auch die PKW-Maut eingeführt sein wird. Wir wissen aber, dass diese Überwachungskameras (identisch mit der Funktionsweise der Autobahn-Mautbrücken) alle Fahrzeuge inklusive Kennzeichenscan aufnehmen und in der Regel die Aufnahmen aller nicht mautpflichtigen Fahrzeuge und Fahrerportraits wieder löschen sollen. Die gesetzlich vorgeschriebene Löschung ist aber nur eine Software-Einstellung. Die elektronischen Aufnahmen liegen dem System auch jetzt schon von *allen* Fahrzeugen

vor. Und auch der Abgleich der automatisch erfassten Kennzeichen z.B. mit der Datei der zur Fahndung ausgeschrieben Fahrzeuge oder zur Aufklärung anderer Straftaten ist jederzeit möglich.

Am 10.3.2017 hat der Bundestag diesbezüglich den Weg frei gemacht für mehr Videoüberwachung. Im Gesetzespaket enthalten ist auch die Berechtigung der Bundespolizei, künftig automatische Lesesysteme für Autokennzeichen einzusetzen, um die Fahndung nach Fahrzeugen zu erleichtern.

Der Jenoptik-Konzern hat dazu im Januar 2017 die britische Firma *Essa Technology* übernommen, die auf Software zur Kennzeichenerfassung spezialisiert ist. Die Software der Firma lasse es unter anderem zu, in Echtzeit Warnungen zu Fahrzeugen mit bestimmten Kennzeichen von einem zentralen Server an Polizeifahrzeuge zu melden. Jenoptik liefert weltweit Technik zur Tempo- und Rotlichtüberwachung von Straßen sowie Autobahnen und bietet auch Serviceleistungen bei der Verarbeitung der Messdaten an.

Die Entscheidung ob und wenn ja, wann die PKW-Maut umgesetzt wird, stellt daher keinen qualitativen Unterschied für die permanente Erfassung der Kennzeichen *aller* Fahrzeuge dar. Sie entscheidet lediglich darüber, ob die vollständige Verkehrsüberwachung legal oder illegal durchgeführt wird. Dass diese Grenze lediglich über die gerichtliche Verwertbarkeit der Aufnahmen entscheidet und in Zeiten innenpolitischer Aufrüstung zunehmend verschwimmt gibt einen Grund mehr, dieser Totalerfassung unserer Mobilität nicht tatenlos zuzusehen. Die etwa 3,5 Meter hohen Kamerasäulen sind nicht nur günstiger in der Installation, sondern auch für Sabotagezwecke leichter zugänglich.

anonym

feurige sabotage an mautbrücke auf a261 nahe hamburg

Hamburg, 3.3.2017

Dokumentation:

wer auf autobahnen unterwegs ist, dem sind sie vielleicht schon aufgefallen: mautbrücken - in wachsender anzahl. doch was machen sie? was ist ihre funktion? ausgestattet mit automatischen infrarotgesteuerten digitalkameras, ausgerichtet auf alle fahrspuren, erfassen sie das kennzeichen eines jeden fahrzeugs, welches unter einer der rund 300 mautbrücken durchfährt. Es findet eine automatische vermessung der fahrzeuge statt, die pkws werden aussortiert und nur die mautpflichtigen lkws gespeichert, um mit einer datenbank abgeglichen zu werden. so zu mindest die offiziellen verlautbarungen...

toll collect ist für den ausbau dieser technik in deutschland verantwortlich. dahinter verbergen sich konzerne wie siemens, daimler und vinchi - bekannte player im bereich der rüstung und dem ausbau diverser herrschaftsinfrastruktur, vom atomkraftwerk bis zum flughafen.

„firmen und institutionen, die sich an der entwicklung und perfektionierung dieser technologien beteiligen, sind ein entscheidender faktor zum erhalt der sozialen ordnung und eine säule der sicherheitsarchitektur um bestehende machverhältnisse aufrecht zu erhalten. es gibt tausende profiteure, die sich durch die stetige weiterentwicklung und technologischen fortschritt als feinde der freiheit offenbaren. sie sind angreifbar.“ (aus dem schreiben einer gruppe, die 2016 einen funkmast der bullen in berlin sabotiert hat)

die mautbrücken dienen der automatisierten massenhaften kennzeichenerfassung.

ganz neu ist das nicht, denn die bullen können dies bereits an einigen orten durchführen. in acht bundesländern (baden-württemberg, bayern, brandenburg, bremen, hamburg, hessen, mecklenburg-vorpommern, niedersachsen und rheinland-pfalz) gibt es die technik und die passenden gesetzte. hierbei handelt es sich sowohl um mobile als auch stationäre einrichtungen.

bisher darf keine dauerhafte speicherung aller erfassten kennzeichen stattfinden, sondern „nur“ von straffäter*innen/verdächtigen. in bayern beispielsweise werden an 12 festen standorten und drei mobilen anlagen monatlich 8 millionen kennzeichen erfasst, um sie mit den fahndungslisten abzugleichen.

wir denken, es ist lediglich eine frage der zeit, bis die forderung - beispielsweise des bkas - erfüllt werden und die durch mautbrücken erhobenen daten dazu genutzt werden ständig alles zu erfassen und zu speichern. die pkw-maut, die fahndung nach kriminellen oder terrorist*innen, ... das potential dieser technik will verwirklicht werden. die träume der vordenker*innen der sicherheitsarchitektur: eine totale erfassung sämtlicher bewegungen, jetzt auch auf der autobahn.

in anbetracht weiter zu erwartender gesellschaftlicher entwicklungen - stichwort rechtsruck - und einer zuspitzung hiesiger verhältnisse, eine unangenehme vorstellung. die bewegungsfreiheit – also des unüberwachten bewegens in selbst gewählte richtungen - wird auf einem weiteren terrain eingeschränkt und damit die kontrolle der gesellschaft voran getrieben.

errschaft lässt sich nicht allein in den palästen finden. sie ist vielschichtig und begegnet uns überall, wo sich menschen bewegen. die moderne gesellschaft ist geprägt von unzähligen, teils verinnerlichten, (selbst)überwachungs- und kontrollmechanismen, die herrschaft stabilisieren.

das funktionieren des vorherrschenden kapitalistischen systems hängt daran, sowie an per computer getakteten abläufen, an der ständigen digitalen vernetztheit, an der just-in-time produktion und warenverschiffung. überwachungstechnik, wie die der mautbrücken, erkennen wir als teil der infrastruktur, die dem möglichst störungsfreien ablauf dieses systems dient.

mehrere „vulkan“-gruppen haben in den letzten jahren an verschiedenen orten punkte der infrastruktur sabotiert. in ihren communiqués sprechen sie von der netzwerkstruktur der herrschaft – und von der angreifbarkeit eben dieser. wir schließen uns dieser analyse an und leisten unseren beitrag an einem weiteren punkt im kampf für eine herrschaftsfreie gesellschaft.

dazu haben wir einen kabelkasten einer mautbrücke an der autobahn a261 aufgebrochen und darin feuer gelegt.

in unserem fall waren die kästen mit zwei dicken vorhängeschlössern pro tür verriegelt. sie befinden sich in der regel am fahrbahnrand neben der mautbrücke. an anderen orten befinden sich an ihrer stelle kleine metall-häuschen mit massiver stahltür. die kästen waren vollgestopft mit verkabelter technik auf die kästen ist eine kamera samt infrarotscheinwerfer gerichtet, welche sich am oberen ende des am rechten fahrbahnrand stehenden pfeilers der mautbrücke befinden. es ist möglich hochzuklettern, um sie funktionsuntüchtig zu machen, um dann mit der „arbeit“ zu beginnen.

beim feuerlegen haben wir darauf geachtet, keine stichflammen zu erzeugen, damit sich vorbeifahrende auf der autobahn nicht erschrecken. dies bezüglich haben wir uns auch für eine mautbrücke entschieden, die nicht hinter einer kurve liegt und somit ein feuer neben der autobahn beim darauf zu fahren früh zu erkennen ist.

diesen sommer soll in hamburg der g20-gipfel stattfinden. dieses event der führenden industrienationen repräsentiert die welt der ausbeutung, des kolonialismus, der überwachung und kontrolle und kann einen kristallisationspunkt für unseren widerstand bieten. wir begrüßen die bisherige vielfalt der angriffe in diesem zusammenhang und freuen uns über so zahlreiche militante attacken, die bereits stattfanden, und in denen menschen ihre unversöhnlichkeit mit der herrschaft in ihren taten ausdrückten.

die laufende militante debatte im vorfeld des gipfels verfolgen wir mit großem interesse. den wunsch nach gegenseitiger bezugahme und verknüpfung der lokalen kämpfe – gerade auch international - teilen wir.

der g20-gipfel mitten in hamburg kann als provokation, als angriff gesehen werden. Wir werden uns allerdings nicht der frontalen „schlacht“ stellen, die uns die gegenseite aufdrückt. diese können wir nicht gewinnen. die herrschaft, die sich in der infrastruktur materialisiert, ist in metropolen wie dieser an vielen orten zu finden und sie können sie nicht an allen orten beschützen. stürzen wir hamburg ins chaos!

lasst uns nach diesem event daran anknüpfen und die bezugnahme in aktionen und analysen durch's jahr weiterführen. lasst uns uns verabreden, gemeinsam reisen und „orte aufsuchen wo wir uns begegnen, in austausch treten und unsere verwandten erfahrungen vervielfachen.“ (autonome gruppe zum brandanschlag auf telekom-fuhrpark, berlin 6.11.2016)

*was ist ist, was nicht ist, ist möglich!
in hamburg sagt man tschüss!*

autonome gruppe carpe noctem

Riseup wechselt zu verschlüsselten E-Mails

als Antwort auf juristische Anordnung

16.2.2017 Nach Ausschöpfung aller rechtlichen Optionen hat Riseup vor kurzem entschieden, zwei verdeckten (Durchsuchungs)Befehlen ("warrant") des FBI nachzukommen, anstatt Widerstand gegen die Vollstreckung zu leisten (was zur Inhaftierung von Riseup Birds und/oder Auflösung der Organisation Riseup geführt hätte). Der erste Befehl betraf die öffentliche Adresse eines internationalen DDoS-Erpresserrings. Der zweite richtete sich gegen ein Account, das Ransomware nutzte, um Geld zu erpressen.

Erpressung ist eindeutig ein Verstoß sowohl gegen den Wortlaut als auch den Sinn des sozialen Vertrags (<https://riseup.net/tos>), den wir mit unseren Nutzer_innen schließen: Wir halten euch den Rücken frei, solange ihr nicht ausbeuterische, frauenfeindliche, rassistische oder hetzerische Ziele verfolgt.

Es gab eine „gag order“ („Maulkorb-Anordnung“), die es uns bis jetzt verboten hat, auch nur die Existenz der Befehle offenzulegen. Dies ist auch der Grund, weshalb wir unseren „Canary“ (<https://riseup.net/canary>) nicht aktualisieren konnten.

Wir haben Maßnahmen ergriffen, um sicherzustellen, dass Riseup nie wieder Zugang zum Klartext von Emails hat, die ein_e Nutzer_in gespeichert hat. Von heute an werden alle neuen Riseup-Email-Accounts mit einem persönlich verschlüsselten Speicher auf unserem Server ausgestattet, der nur für euch zugänglich ist. In der nahen Zukunft werden wir damit beginnen, alle bestehenden Accounts in dieses neue System zu überführen (für technische Details siehe <https://Oxacab.org/riseuplabs/trees>).

Um es absolut deutlich zu machen: diese Art der Verschlüsselung ist keine „Ende-zu-Ende“-Verschlüsselung eurer Nachrichten. Mit dem neuen System von Riseup werdet ihr auch weiterhin dem Server vertrauen müssen, wenn ihr eingeloggt seid. Für eine volle „Ende-zu-Ende“-Verschlüsselung müsst ihr, wie zuvor, ein Mailclient nutzen der OpenPGP unterstützt (und nicht webbasiert ist).

Wir arbeiten daran, im kommenden Jahr ein verständlicheres „Ende-zu-Ende“-Verschlüsselungssystem einzuführen, aber bis das fertig ist, setzen wir persönlich verschlüsselten Speicherplatz ein.

Solidarische Grüße,
Die Riseup Birds

Fragen:

F: Seid ihr von Strafverfolgungsbehörden kompromittiert?

A: Nein. Wir haben niemals die Installation von Hardware- oder Software-Überwachungssystemen in einem



der von uns kontrollierten System gestattet; die Strafverfolgungsbehörden haben unsere Server nicht mitgenommen; und hatten niemals Zugriff auf diese. Wir würden eher aufhören Riseup zu sein, bevor wir das zuließen.

F: Könnte die Regierung euch nicht zwingen, das zu sagen?

A: Erzwungene Aussagen sind im US-Rechssystem sehr selten. Üblicherweise finden sie nur im Bereich des Verbraucherschutz statt, wo die Regierung erfolgreich Aussagen erzwungen hat (z.B. verpflichtende Warnungen vor Zigaretten). Wie dem auch sei, nein, sie zwingen uns nicht, irgendetwas zu sagen.

F: Warum habt ihr euren „Canary“ nicht aktualisiert?

A: Im Winter 2016 wurde der „Canary“ nicht rechtzeitig aktualisiert. Der „Canary“ war so breit angelegt, dass jeder Versuch, einen neuen herauszugeben, ein Verstoß gegen die „Gag-Order“ bzgl. der Ermittlung gegen ein DDoS-Erpresserring und eine Ransomware-Operation gewesen wäre. Dies ist nicht wünschenswert, weil es, wenn eine Reihe von kleineren Dingen passiert, dazu führt, dass die Nutzer_innen annehmen müssen, etwas großes sei passiert.

F: Warum erwähnt der neue „Canary“ nicht „Gag Order“, FISA-Gerichtsanordnungen, National Security Letters usw.?

A: Unsere ursprüngliche „Canary“-Strategie hat unseren Nutzer_innen geschadet, indem es sie unnötig in Aufruhr versetzt hat, als kleinere Dinge passiert sind. Ein „Canary“ soll den Nutzer_innen ernsthafte Bedrohungen signalisieren, doch es besteht die Gefahr, dass den Nutzer_innen falsche Dinge vermittelt werden oder ohne guten Grund allgemeine Furcht und Verwirrung gestiftet wird. Der aktuelle „Canary“ ist auf bedeutende Ereignisse beschränkt, die die Sicherheit der Nutzer_innen von Riseup gefährden könnten.

(<https://riseup.net/de/about-us/press/canary-statement>)

Captain Future

No fake anymore – die wahrheitsliebende Timeline

Vorbei scheint die Zeit der alternativen Fakten von sich selbst überhöhenden Egozentrikern. Mit dem Abdanken von Trump aufgrund seines gescheiterten Dekrets vom **Frühjahr 2019** sprechen einige Fortschrittsgläubige gar von einer neuen „Ära der Faktizität“.

Die meisten haben die populistischen Auswüchse des Post-Faktischen satt und setzen ihre Hoffnungen zur Bewältigung der erneuten Krise auf eine „neue Glaubwürdigkeit“. Die Zuwendung zu „persönlicher Integrität“ wird von den derzeitigen Modebegriffen *truth* und *credibility* wiedergegeben. Das neue Motto lautet „echt sein“ - „*stay real!*“.

Nach Jahren der Flut von Fakes und manipulativen Informations-Einschlüssen gehe es nun um Nachvollziehbarkeit. Nur eine überprüfbare Wahrhaftigkeit und stabile Vorhersagbarkeit könne jetzt neues Vertrauen in die rampolierte politische Klasse schaffen.

Den Alphas Männern aus dem Silicon Valley gelingt es erstmalig, den rückwärts gewandten Privatheits-Fetischisten ihre moralisch überlegene Position streitig zu machen. Denn in diesen Zeiten des Misstrauens lassen sich Tools zum Faktencheck und zur Kommunikationskorrektur durchsetzen. Die Bereitschaft sich umfänglicher Kontrolle zu unterwerfen, um soziale Glaubwürdigkeit zu erlangen, ist enorm gestiegen. Was vor Jahren noch über den verstetigten Anti-Terror-Diskurs zwangsweise hergestellt werden musste, ist nun zum Zeitgeist geworden.

Jugendliche halten die beschönigenden Lügennarrative ihrer Elterngeneration für fake-verdächtig, sofern sich im Netz keine überprüfbaren Hinweise finden lassen. Alles soll sich im Zweifel einem klärenden *timeline-check* unterziehen. Dieser Faktencheck ist das ultimative Mittel im sozialen Umgang geworden. Im automatisierten Scan wird das gesamte Web auf vermeintliche Authentizität untersucht. Angeblich wahrheitswidrige Inhalte werden als solche markiert. Viele setzen ihr persönliches Umfeld permanent der „Korrektur“ durch Datenbankabgleich und maschinelles Lernen aus. Vorlaute „Besserwisser-Apps“ für die Sprachassistenten von Amazon und Google melden, wenn im Raum gesprochenes im Widerspruch zu vermeintlichen Fakten aus dem Netz steht. Von Kritikern als Klugscheißer-App verschrien, entwickelt sie sich dennoch zum Standard-Werkzeug einer zutiefst verunsicherten Gesellschaft. Glaubwürdigkeit, Transparenz, Überprüfbarkeit werden als neue Grundsteine sozialer Währung aufgewertet.

Geflüchtete mussten ja schon 2017 auf Aufforderung ihr Handy auslesen lassen, um ihre sozialen Kontakte, Aufenthaltsorte und Aktivitäten offenzulegen. 2020 soll das nun zum Standard für die Gesamtbevölkerung in Deutschland eingeführt werden. Einfach um zu verifizieren, mit wem wir es wirklich zu tun haben. Bei der Überprüfung der Personalien spielt der Personalausweis kaum noch eine Rolle. Die smarte Gesichtserkennung ist mittlerweile zuverlässig, die voice-recorder erkennen unser Stimmprofile einwandfrei.

Mittlerweile nutzen 2,8 Mrd Menschen Facebooks wahrheitsliebende Timeline „the truth“. Sie wird nicht mehr allein von der jeweiligen Person selbst mit Inhalt befüllt. Im automatisierten *truth-check* werden vom System erkannte Falschdarstellungen markiert und Ausgelassenes sichtbar eingefügt. Niemand muss „the truth“ aktivieren, aber ohne diesen Quasi-Standard ist es schwer geworden, eine Wohnung, einen Job oder eine Kreditkarte zu bekommen. Damit brauchst du „the truth“, um ein Auto oder

eine Ferienwohnung zu mieten. In die USA kommst du schon lange nicht mehr ohne. Die neue Timeline mausert sich zum erweiterten Standard für Verlässlichkeit. Die alten Ausweispapiere sagten ja nicht wirklich was über die Person aus – was sie macht, mit wem sie Kontakt hat, wo sie in letzter Zeit war.

Unsere Timeline wird gespeist mit sämtlichen Interaktionen unseres Alltagslebens. Sie bekommt automatisch einen Verbindungsknoten

zur Timeline einer anderen, sobald wir sozial interagieren – egal ob ein reales Treffen, per Chat, Messenger oder ganz altmodisch per Mail. Gemeinsame Erlebnisse produzieren gemeinsame Timeline-Stränge. Ein nachträgliches Verändern oder Löschen bedarf zwar nicht der Zustimmung derer, mit denen ich ein Erlebnis teile, aber der Eingriff in die Timeline wird ersichtlich. Ein Löschen wird also erkennbar mitgeloggt und angezeigt. Zu viele nachträgliche Eingriffe in meine Timeline verringern – für alle sichtbar – meine Glaubwürdigkeit.

Das ganze politische Ausmaß der Fake-Hysterie bleibt vielen jedoch verborgen: Facebook etabliert in Kooperation mit der Bundesregierung auf der Basis des vereinbarten Fake-Filters eine sehr effiziente Zensurmethode. Politisch unerwünschte Netzinhalte werden nicht selten als Fake gebrandmarkt, um dann mit dem Mainstream-Seigen entfernt zu werden. Anonym veröffentlichte Links werden unmittelbar entfernt. Sie stehen in Konflikt mit den „Glaubwürdigkeitsrichtlinien“ des Konzerns.

Was Wahrheit ist und was nicht definiert nun „the truth“.



Wie der «Gefährder» sich ins Recht schleicht

Rechtlich gesehen, kümmerte sich die Polizei traditionell um zwei Gruppen von Personen: Die einen waren Verdächtige oder gar Beschuldigte einer Straftat. Die Ermittlungsbefugnisse, die den Strafverfolgungsbehörden und damit auch der Polizei dabei zur Verfügung stehen, fanden und finden sich in der Strafprozessordnung. Die andere Gruppe waren die Störer, die man heute meist etwas weniger martialisch als Verantwortliche einer Gefahr für die öffentliche Sicherheit (und Ordnung) bezeichnet, wobei es sich in aller Regel um eine «konkrete Gefahr» handeln musste, also um «eine Sachlage, die bei ungehindertem Ablauf des objektiv zu erwartenden Geschehens im Einzelfall in absehbarer Zeit mit hinreichender Wahrscheinlichkeit zu einer Verletzung eines polizeilichen Schutzguts führt.» Was die Polizei gegen Störer unternehmen konnte, stand in den Polizeigesetzen. Die Bindung polizeilichen Handelns an den (konkreten) Verdacht und die konkrete Gefahr sollte verhindern, dass die Polizei x-beliebige Personen ins Visier nehmen könnte.

Seit einigen Jahrzehnten hat sich jedoch eine neue Gruppe von polizeilichen Adressaten herangeschlichen: die «Gefährder». Notorisch wurden sie zunächst da, wo die Polizei gegen Fußballfans vorging. Fans, von denen die Polizei annahm, dass sie Ärger machen könnten, erhielten vor bedeutenden Fußballspielen Besuch. Polizeibeamt*innen tauchten zu Hause oder an der Arbeitsstelle auf und teilten den Betroffenen mit, dass sie sich das Spiel doch besser am Fernsehen und nicht im Stadion anschauen sollten. Diese Art unerwünschter Besuche nannte sich «Gefährderansprache» und um in ihren Genuss zu kommen, reichten häufig die «Erkenntnisse» szenekundiger Beamter.

Dass die «Gefährder» auch im Staatsschutzbereich auftauchen würden, war nur eine Frage der Zeit. 2004 beschloss die AG Kripo, also die Leiter des Bundeskriminalamts und der Landeskriminalämter, eine Definition: «Ein Gefährder ist eine Person, bei der bestimmte Tatsachen die Annahme rechtfertigen, dass sie politisch motivierte Straftaten von erheblicher Bedeutung, insbesondere solche im Sinne des § 100a der Strafprozessordnung (StPO), begehen wird.» Mit dem Verweis auf den § 100a StPO (Telekommunikationsüberwachung) war der ganze Rattenschwanz des politischen Strafrechts erfasst. Wichtiger noch war jedoch, dass es sich um bloß mögliche Straftaten handelte, von denen die Polizei aufgrund ihrer Prognose annimmt, dass die «Gefährder» sie begehen könnten. Als der Abgeordnete Wolfgang Neskovic 2006 nach der Rechtsgrundlage dieser Definition fragte, teilte man ihm mit, dass es die nicht brauche.

2010 nahm der Journalist Kai Biermann den «Gefährder» in sein Lexikon des «Neusprechs» auf. Ein «Gefährder» sei «(im staatlichen Sinne jemand, von dem eine Gefahr ausgeht, vor allem eine terroristische. Klingt bedrohlich. Tatsächlich aber ist jemand gemeint, gegen den es keine gerichtsfesten Beweise gibt, den man daher nicht anklagen und nicht verurteilen kann und der nach bishe-

rigem Rechtsverständnis unschuldig ist. Was G. eigentlich sind, sagt niemand. Möglicherweise Fast-Verdächtige. Zumindest aber Menschen, die es zu beobachten und zu überwachen gilt.»

Biermanns Kommentar erschien, bevor «Dschihadisten» aus Europa in den syrischen Bürgerkrieg zogen, um den «Islamischen Staat» zu unterstützen und bevor Europas Sicherheitspolitiker*innen und Staatsschützer*innen die «ausländischen terroristischen Kämpfer» zum Thema machten. Und lange bevor der als «Gefährder» eingestufte Anis Amri mit einem LKW in die Menschenmenge auf einem Berliner Weihnachtsmarkt fuhr.



Bild: Fußfessel für Gefährder (Titanic)

Das Wort «Gefährder» geht Journalist*innen und Politiker*innen mittlerweile problemlos über die Lippen. Und wenn es um die politischen Folgerungen aus dem Attentat geht, stellt sich offenbar nicht mehr die Frage, ob es denn richtig sei, Überwachungs- und Zwangsmaßnahmen gegen eine Person zu ergreifen, gegen die nur eine polizeiliche Prognose, aber eben kein konkreter Verdacht vorliegt, gegen die es – um Kai Biermann zu wiederholen – «keine gerichtsfesten Beweise gibt, die man daher nicht anklagen und nicht verurteilen kann» – und das obwohl das Anti-Terror-Strafrecht weit im Vorfeld von konkreten strafbaren Handlungen ansetzt.

Die Regierungsparteien haben sich schnell geeinigt, dass das Repertoire an Maßnahmen gegen «Gefährder» zu erweitern sei. Dabei ist dieses Repertoire schon heute sehr groß. Und zwar nicht nur im Polizeirecht, sondern auch im Ausländerrecht: Bei einem Ausländer, der «die freiheitliche demokratische Grundordnung oder die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland gefährdet», wiegt das «Ausweisungsinteresse» besonders schwer. Von einer solchen Gefährdung «ist auszugehen, wenn Tatsachen die Schlussfolgerung rechtfertigen, dass er einer Vereinigung angehört oder angehört hat, die den Terrorismus unterstützt oder er eine derartige Vereini-

gung unterstützt oder unterstützt hat oder er eine in § 89a Absatz 1 des Strafgesetzbuchs bezeichnete schwere staatsgefährdende Gewalttat nach § 89a Absatz 2 des Strafgesetzbuchs vorbereitet oder vorbereitet hat ...» (§ 54 Abs. 1 Nr. 2 Aufenthaltsgesetz). Aufgrund einer solchen «Schlussfolgerung» können Überwachungsmaßnahmen verhängt werden: regelmäßige Meldepflichten, Kontaktverbote, Einschränkungen der Bewegungsfreiheit (§ 56 AufenthG). Eine Abschiebeanordnung kann erlassen werden (Art. 58a AufenthG). Und schließlich sind auch Ausreisegewahrsam und Abschiebehaft – bis zu 18 Monaten – möglich (§ 62 Abs. 3 Nr. 1a AufenthG).

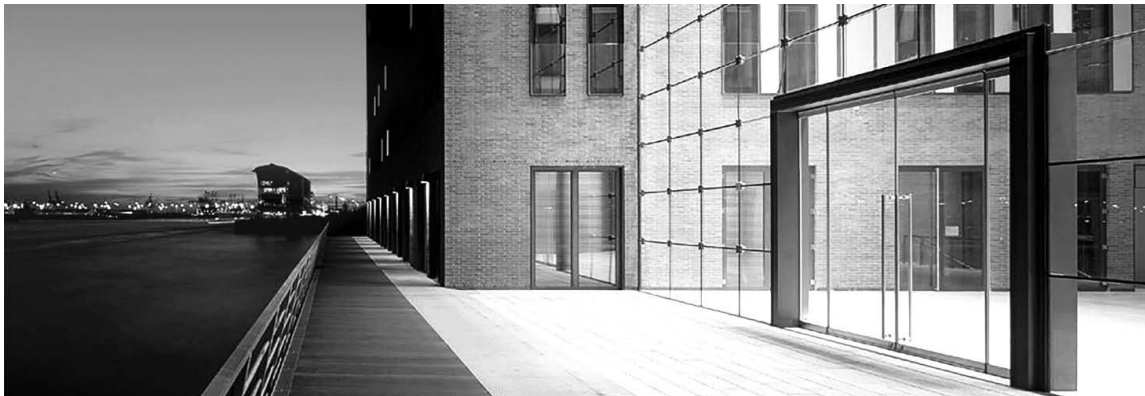
Noch im April letzten Jahres hatte das Bundesverfassungsgericht festgestellt, dass große Teile der Befugnisse des BKA bei der «Abwehr von Gefahren des internationalen Terrorismus» zu weit gehen, weil sie eben nicht nur Abwehr von konkreten Gefahren im klassischen Sinne sind, sondern eine kaum begrenzte «Verhütung» von Straftaten erlauben. Das Gericht war dabei recht gnädig: Es schloss Überwachungsmaßnahmen im Vorfeld konkreter Gefahren nicht vollkommen aus, es müssten aber «bestimmte Tatsachen festgestellt sein, die im Einzelfall die Prognose eines Geschehens, das zu einer zurechenbaren Verletzung der hier relevanten Schutzgüter führt, tragen.» Allgemeine Erfahrungssätze reichten nicht.

Per Copy & Paste hat das Bundesinnenministerium nun die Formulierungen des Gerichts in seinen Neuentwurf des

BKA-Gesetzes übertragen. Und so dürfte demnächst auch eine «Gefährder»-Definition ins Polizeirecht Einzug halten. Der «Gefährder» ist demnach eine Person, bei der «bestimmte Tatsachen die Annahme rechtfertigen» oder «deren individuelles Verhalten die konkrete Wahrscheinlichkeit begründet, dass sie innerhalb eines übersehbaren Zeitraums auf eine zumindest ihrer Art nach konkretisierte Weise» eine terroristische Straftat begehen wird. Gegen solche Leute sollen dann nicht nur Überwachungsmaßnahmen erlaubt sein – vom Einsatz von V-Leuten und Verdeckten Ermittlern über die längerfristige Observation und die Telekommunikationsüberwachung bis hin zum Großen Lauschangriff und zur Online-Durchsuchung. Möglich sein sollen auch Aufenthalts- und Kontaktverbote sowie deren Durchsetzung per «elektronische Aufenthaltsüberwachung» vulgo «elektronische Fußfessel» (§ 55 und 56 des Entwurfs)

Noch einmal: Freiheitsbeschränkende Maßnahmen, das Verbot «den Wohn- oder Aufenthaltsort» zu verlassen, sollen an eine polizeiliche Prognose geknüpft werden, die dann der Ermittlungsrichter am Amtsgericht Wiesbaden zu genehmigen hat. Das BKA hat übrigens vorgesorgt, dass damit die richtigen getroffen werden. Mit einer Software namens Radar-iTE kann in Zukunft bestimmt werden, wer «Gefährder» ist und wer nicht. Dann ist doch alles in Ordnung.

Grundrechte-Komitee



Einige Gedanken zu Deals und offensiven Strategien gegen Repression

Am 8. November ist Aaron an seinem ersten und letzten Prozesstag aus der Untersuchungshaft freigekommen. Nach viermonatiger Untersuchungshaft in der JVA Moabit wurde er u.a. für den Vorwurf eines Steinwurfes am 9.7. zu 20 Monaten Knast, ausgesetzt auf eine dreijährige Bewährungsstrafe, sowie 1000€ an die Justizkasse verurteilt. Ein Deal mit der Staatsanwältin Sadri-Herzog hat die Freilassung möglich gemacht. Über seine Anwält*innen hat sich Aaron zu der Tat bekannt. Dabei hat er sich weder entschuldigt, noch andere belastet. Sadri-Herzog hatte noch bis zum letzten Moment auf eine Distanzierung gedrängt.

Darauf folgend entstanden Diskussionen über U-Haft als Instrument einer politischen Justiz, das Eingehen von Deals, deren Symbolhaftigkeit und die Auswirkungen von gezielter Repression, dem Mittel U-Haft und hoher Strafandrohungen auf eine gesamte Bewegung / Szene. Der folgende Text ist aus der Auseinandersetzung innerhalb der Soligruppe entstanden. Wir haben keine abgeschlossene und einheitliche Position und verstehen diesen Text als Debattenbeitrag und -anregung. Bei der hoffentlich entstehenden Diskussion wünschen wir uns, dass sich von der individuellen Ebene, wie der von Aaron, weg bewegt wird.

Im Umgang mit Repression müssen wir uns immer neu mit unseren eigenen Überzeugungen, mit den Konsequenzen unseres Handelns, mit der Gefahr weggesperrt zu werden, mit Angst und Ohnmacht auseinandersetzen. Die klirrenden Scheiben, die Feuer der Nächte und die unzähligen Menschen, die am 9.7. auf die Straße gegangen sind und gekämpft haben, all dies können die Herrschenden nicht unbeantwortet lassen. Über mehrere Wochen konnten die Bullen der Öffentlichkeit keine Ermittlungserfolge präsentieren. Es war also nur eine Frage der Zeit, bis die aggressive Kampagne des Rachefeldzugs einsetzt. Die Festnahmen im Rahmen der Demo werden jetzt dazu benutzt, um mit voller Härte und politischer Motivation gegen den Widerstand der letzten Monate vorzugehen. Die Staatsanwältin Janine Sadri-Herzog treibt den Rachefeldzug mit aller Kraft an. Wie trotzen wir den Repressionsschlägen? Indem wir sie gemeinsam beantworten und den Kampf gegen die unterdrückenden Strukturen und Institutionen umso entschlossener fortführen.

U-Haft als Instrument

Untersuchungshaft wird dafür benutzt, individuellen Widerstand zu brechen und ein einschüchterndes Klima zu erzeugen. U-Haft soll isolieren, wodurch es möglich werden kann, Verhaftete in eine scheinbar ausweglose Situation zu bringen. Es soll keine andere Möglichkeit mehr gesehen werden, als auf „Angebote“ der Justiz einzugehen: man soll eine Tat eingestehen, sich entschuldigen, distanzieren oder Gefährt*innen belasten. Andauernde Haft, Isolation, Ungewissheit, eine vermeintlich erdrückende Beweislage, Erpressung seitens der Staatsanwaltschaft, viele Gründe können eine*n dazu bewegen, Kompromisse einzugehen. U-Haft an sich erzeugt Druck auf die angeklagte Person. Die Beweisführung muss dann nicht so genau sein, die Anklage kann hoch angesetzt sein. Denn Angeklagte sind unter der Last der U-Haft vielleicht schneller bereit „nachzugeben“ und scheuen einen langen Prozess. Die hohe Strafe, die zum Beispiel gegen Aaron verhängt wurde, setzt nun eine hohe Messlatte an.

Deals und Offensive Strategien

Wenn wir über offensive Strategien im Umgang mit der Justiz reden, sollten wir nicht vergessen, dass wir in unserem alltäglichen Leben ständig Deals mit dem System eingehen. Warum werden Bußgelder bezahlt? Klar ist, umso weniger Kompromisse gemacht werden, desto höher ist die Gefahr von Bullen, Fahrscheinkontrollleur*innen oder Securities bedroht zu werden. Das letzte Zwangsmittel staatlicher Gefügigmachung ist dann der Knast. Wir regen dazu an, sich neben der Frage nach dem Umgang mit der Justiz auch die Frage des Alltäglichen zu stellen.

Anti-Repressionsarbeit bedeutet solidarisches Verhalten und Widerstand gegen staatliche Repression zu stärken. Repression trifft einzelne, die als Exempel für eine

Kampfansage gegen widerständige Strukturen verhaftet, vors Gericht gezerrt und eingesperrt werden. Wird ihnen dadurch auf perfide Art und Weise eine Verantwortung gegenüber den Strukturen aufgebürdet, die sie nie freiwillig auf sich genommen hätten?

Im Gegensatz zur juristischen Verteidigung geht Anti-Repressionsarbeit auch weg von der individuellen Ebene. Was bedeutet dies für die Soligruppe? Sollte sie zum Beispiel „mit offenen Karten“ spielen und Inhaftierten sagen, dass sie will, dass diese ohne Geständnis daraus kommen?

Eine offensive Strategie gegen Repression zu wählen, darf nicht bedeuten, von außen Inhaftierte moralisch unter Druck zu setzen, in dem wir ihnen sagen, dass ein bestimmtes Verhalten „unpolitisch“ wäre – so lange sie sich nicht distanzieren oder andere Personen belasten. Wir wollen nicht, dass der Eindruck entsteht, dass durch das Eingehen eines Deals die solidarische Unterstützung ausbleiben könnte. Wir fordern kein heldenhaftes Verhalten. Es ist legitim, sich für einen Deal zu entscheiden. Wichtig ist es jedoch, diesen juristisch und politisch abzuwägen.

Was können die Folgen individueller Deals sein? Wir sollten Strategien im Umgang mit Repression ständig zur Diskussion stellen. Wir haben es mit einer Qualität von Repression zu tun, bei der schon ein Zucken während einer Festnahme eine Anzeige wegen Widerstand zur Folge haben kann und so die Anzahl der Leute, denen Strafbefehle zugeschickt und Verhandlungstermine gesetzt werden, stetig wächst. In Strafverfahren ohne Knast als Druckmittel werden oft Deals eingegangen, zum Beispiel wenn der Strafbefehl akzeptiert und das Geld eingezahlt wird. Auch hier müssen wir uns die grundsätzliche Frage stellen, wie weit wir uns auf unsere Feindbilder Justiz und Staatsanwaltschaft einlassen. Werden, wie am 9.7., massenhaft Leute festgenommen ist es wichtig kollektive Handlungsstrategien zu entwickeln. So kann die systematische Individualisierung überwunden und eine gemeinsame Stärke erreicht werden, die als Druckmittel dienen kann.



Klar sollte sein, dass Deals nie etwas Erstrebenswertes sein können. Denn ein Deal bedeutet auch, sich auf die Justiz einzulassen, was immer eine Gratwanderung ist, vor allem wenn der Prozess eine politische Dimension besitzt. Die Akte kann geschlossen und eine hohe Strafe verhängt werden, ohne dass die Verteidigung diese erneut anfechten wird. Der staatliche Verfolgungswahn wird dadurch legitimiert, jeder Deal kann die Justiz dazu einladen, zukünftig schneller Haft- oder Strafbefehle zu erlassen. Ökonomisch ist es ein Gewinn für die Justiz, da eine lange Beweisaufnahme und mehrere Prozesstage erspart bleiben. Auf der ökonomischen Basis ist es also auch möglich, Druck zu erzeugen und die kapitalistischen

Zwänge anzugreifen. Die Taktik einen Prozess mit vielen Beweisanträgen in die Länge zu ziehen, ist ein Beispiel dafür, bedeutet aber gleichzeitig für eine Person im Knast, länger sitzen zu müssen.

Allein machen sie dich ein

Macht euch vorher Gedanken, wie ihr im Fall von gezielter Repression gegen euch damit umgehen wollt. Auf Demos sind Bezugsgruppen und eine gemeinsame An- und Abreise mit vertrauten Menschen unverzichtbar. So bekommt man mit, wenn jemand festgenommen wird und weiß dann, was zu tun ist. Am besten wurden vorher schonmal solche Situationen in der Gruppe besprochen. Geht jemand in einer chaotischen Situation verloren und taucht auch Stunden danach / am nächsten Tag nicht wieder auf, dann ruft den EA an, nimmt Kontakt mit der

Lasst uns zusammenkommen

Nutzen wir die aktuelle Repression dafür, zusammenzukommen anstatt auseinanderzubrechen. Die staatliche Reaktion auf Proteste gegen Gentrifizierung und Polizeistaat ist vorhersehbar. Es ist eine Reaktion darauf, dass Nachbar*innen zu hunderten gegen Zwangsräumungen zusammenkommen und diese verhindern, Hausgemeinschaften sich gegen Mieterhöhungen wehren und nachts die Profiteure des Ausverkaufs der Stadt angegriffen werden. Je erfolgreicher wir dabei werden, Widerstand entschlossen auf allen Ebenen zu führen, desto härter werden die Herrschenden agieren und repressive Schläge sind Teil einer staatlich aggressiven Kampagne gegen uns. Dieses Jahr sind die verschiedenen stadtpolitischen Kämpfe näher zusammengedrückt, haben sich aufeinander



Roten Hilfe auf, fährt ins Krankenhaus oder zur Bullenwache. Haltet eure Wohnungen sauber, vermeidet Spekulationen und offene Gespräche in Kneipen etc, passt auf euch und andere auf!

bezogen und miteinander gekämpft. Begreifen wir die Kontinuität des Widerstandes und lassen wir uns nicht einschüchtern. Kämpfen wir weiter für die Freiheit!

Soligruppe Aaron & Balu

U-haft, Deals und Soligruppen: Vorbereitung ist mehr als Handschuhe und ein Tuch ...

Für alles gibt es eine Lösung, JVA Weiterstadt 1993

Dieser Text ist als Antwort auf einen Beitrag der Soligruppe Aaron & Balu mit dem Titel „Einige Gedanken zu Deals und offensiven Strategien gegen Repression“ zu verstehen. Die dort vorgestellten Analysen sind absolut richtig, im Alltagsbetrieb einer linksradikalen Szene jedoch nicht gegenwärtig. Das könnte an ihrem geringen Organisationsgrad liegen, der u.a. auch auf die kurze Verweildauer im Widerstandsmilieu zurückzuführen ist. Wäre es anders, wüssten mehr Menschen das ein Deal, neben einer etwas schnelleren Haftverschonung, in der jüngeren Vergangenheit kaum eine geringere Strafe eingebracht hat.

Die letzten Jahrzehnte haben das im Bereich des Vorwurfs „Schwerer Landfriedensbruch“ bewiesen. Der

Strafrahmen vor dem Gericht in Moabit orientiert sich an der politischen Konjunktur der um ihre Kompetenz bezüglich innerer Sicherheit besorgten Landesregierung. Knallt es oft und heftig auf den Straßen, steigen die Strafen an, Haftbefehle werden schneller ausgestellt. Im Zusammenhang mit dem 1. Mai war das gut zu beobachten. Und es hat auch gewirkt, gemessen an der Anzahl immer noch aktiver ehemaliger Gefangener aus den Hunderten 1. Mai Prozessen.

Genau so verhält es sich mit den Autobrandstiftungen, die zu einer Belastung des Senats wurden. Hier ein kurzer Rückblick auf Deals, die bestimmt nicht mehr vielen Leuten heute bekannt sind.

Im Prozess gegen Det gegen Tobias und auch gegen Thomas wurden Strafen verhängt, die trotz eines Deals

ziemlich hoch waren. In allen Fällen wären die Urteile ohne Geständnis kaum härter gewesen. Wenigstens von der Soligruppe für Thomas ist eine Auswertung erhalten geblieben, die das Problem sehr differenziert betrachtet.

Eine These dazu könnte sein, dass sich Leute nicht über den Grad der Konfrontation mit dem Feind bewusst sind oder dass sie vereinzelt sind. Oder beides, was für die Szene symptomatisch ist.



Die AnwältInnen sollten es besser wissen, aber auch das ist kein Geheimnis, einige kämpfen während andere eher den Kompromiss suchen. Demnach wäre eine Wissensvermittlung in der risikobereiten Szene notwendig, die ein realistisches Verhältnis zum Knast ermöglicht und auch AnwältInnen meidet, die konfliktscheue Prozessstrategien prinzipiell bevorzugen. Nicht auf einen Deal ging in der heißen Phase der Autobrände Alex ein, die ebenfalls fünf Monate in Untersuchungshaft saß. Sie wurde freigesprochen nach mehreren hart geführten Prozessen, obwohl es anfangs nicht gut für sie aussah, hatten doch Bullen behauptet sie auf frischer Tat beobachtet zu haben.

Um auf einige Fragen im o.g. Text einzugehen wie, „Wird ihnen dadurch auf perfide Art und Weise eine Verantwortung gegenüber den Strukturen aufgebürdet, die sie nie freiwillig auf sich genommen hätten?“ - Nein, egal ob du ein Auto anzündest, auf Demos Steine wirfst oder dich vielleicht nur in der entsprechenden Situation oder Szene bewegst, du musst für alles die Verantwortung (er)tragen können. Wenn du an kollektive Lösungen glaubst. Glaubst du an individuelle Lösungen und hast kein Vertrauen in dein Umfeld, dann stehst du eben wirklich alleine da. Auch der Prozess um die Breite Straße in Hamburg hat genau diese Defizite aufgezeigt. Die dort erfolgten Einlassungen (Zur Einlassung eines Beschuldigten im Breite Straßen Verfahren) werden sicher die Justiz in ihrer Strategie der Angstverbreitung und Zermürbung bestätigt haben.

Die Vorbereitung von unfriedlichen Demonstrationen oder anderen militanten Projekten sollte deshalb einher gehen mit der Schaffung eines Bewusstseins für Repression und der Kollektivierung von Problemen und deren Lösung. Das Zusammengehörigkeitsgefühl in einer Kleingruppe

kann stärker sein als die Verlockung auf einen Deal vor Gericht einzugehen. Dann stellt sich auch nicht die Frage ob „die Soligruppe zum Beispiel „mit offenen Karten“ spielen und Inhaftierten sagen soll, dass sie will, dass diese ohne Geständnis daraus kommen?“, denn diese Entscheidungen würden dann gemeinsam getroffen, was ja im zu Grunde liegenden Fall von Aaron offenbar nicht so war. Natürlich gibt es Situationen, in denen ein Deal, der niemanden belastet und ohne Distanzierung läuft, juristisch gerechtfertigt ist und der politische Schaden, der ihm immanent ist in Kauf zu nehmen ist.

Untersuchungshaft als Druckmittel in politischen Prozessen ist nicht neu, Gruppen die organisatorisch und theoretisch viel weiter entwickelt waren als die heutigen Autonomen, mussten sich damit auseinandersetzen – zum Beispiel im RZ-Prozess. Auch in diesem Verfahren gab es Deals und Einlassungen, von dem damaligen Soli-Büro bekannt gemacht (Die Stille nach dem Deal) und von Klaus Viehmann nicht ohne Sarkasmus kommentiert (Kritische Anmerkungen zu den Einlassungen im Berliner RZ-Prozess).

Beide Texte gehen den gleichen Fragen nach, vor denen wir heute stehen, sind aber mit großer Wahrscheinlichkeit für Angeklagte und Soligruppen der letzten Jahre keine Entscheidungshilfe gewesen. Kollektive Handlungsstrategien zu entwickeln, wie es die Soligruppe Aaron & Balu vorschlägt, setzt das Wissen über vergangene militante Initiativen und deren staatliche Verfolgung sowie der juristischen und politischen Anti-Repressionsarbeit voraus. Nur das Vermitteln der eigenen Geschichte auch in diesem Bereich kann uns davon freisprechen, mit Mobilisierungen unvorbereitete Menschen zu verheizen und nur der ständige Diskurs über den Umgang mit Repression würde uns legitimieren, zum Beispiel dem EA nahe zu legen, nicht mehr mit konfliktscheuen AnwältInnen zusammenzuarbeiten.



Jetzt, im Vorfeld des G20 Treffens in Hamburg, wird wieder die Werbetrommel gerührt für radikale Wider-

standsformen. Verlaufen diese Mobilisierungen erfolgreich und sollte es ordentlich knallen im Juli, werden mit Sicherheit Menschen der Justiz in die Hände fallen. Darum müssen wir dafür sorgen, dass nicht Leute unvorbereitet diesen Aufrufen folgen, so wie ein gewisser Fede aus Mailand im März 2015 nach Frankfurt gefahren ist, um sich später vor Gericht nicht nur auf einen Deal einzulassen sondern auch von allem zu distanzieren (Heiligt der Zweck die Mittel? Fede nach 11 Wochen U-Haft frei).

Gleichzeitig mit der Entwicklung von Militanz sollten Antirepressions-Gruppen das Wissen über unsere Gegner verbreiten und den Diskurs über den Umgang mit Repression in ständigem Fluss halten, damit nicht bei Verhaftungen alles wieder von vorne anfängt.

aus dem Umfeld der Tag X Mobilisierungen

Call for Solidarity [AC]



*solidarity
with the
anarchists
charged with
bank robbery
in Aachen*

Was ist passiert? Unsere Geschichte fängt mit einer warmen Sommernacht an der bulgarisch-griechischen Grenze an. Eine Genossin aus Amsterdam wurde dort auf Grund eines internationalen Haftbefehls festgenommen. Die Staatsanwaltschaft Aachen wirft ihr vor, an einem Banküberfall 2013 in Aachen beteiligt gewesen zu sein. Nach etlichen Monaten in U-Haft, fing im November 2016 vor dem Landgericht Aachen der Prozess gegen die Anarchistin an, welcher im Dezember mit einem Freispruch endete. Das Urteil wird aktuell vom Bundesgerichtshof überprüft.

2016 kam es in Barcelona zu zwei weiteren Festnahmen, ebenfalls durch die Staatsanwaltschaft Aachen veranlasst. Den beiden Anarchist_innen wird vorgeworfen an einen Banküberfall 2014 auf eine Filiale der Pax-Bank beteiligt gewesen zu sein. Der Prozess begann am 23. Januar und wird voraussichtlich bis Ende Mai dauern, solange sitzen unsere Freunde in Untersuchungshaft.

In Aachen fanden zwischen 2012 und Ende 2014 drei Banküberfälle in der Innenstadt statt. Das LKA NRW übernahm die Ermittlungen. Es wurde nach der ersten Festnahme ersichtlich, dass die Ermittlungsbehörden die Taten zu einem kollektiven Schlag gegen widerständige und anarchistische Strukturen nutzen. Dazu wird auf allen Ebenen der nationalen und europäischen Polizeibehörden zusammengearbeitet und ermittelt.

Call for Solidarity

Unsere Solidarität mit den Angeklagten ist unabhängig davon, ob sie an den Banküberfällen beteiligt waren oder nicht. Solidarität ist für uns ein wichtiger Teil des alltäglichen Kampfes für ein besseres Leben in Freiheit und Selbstbestimmung.

Mit diesem Text möchten wir jedoch ganz konkret zu Folgendem aufrufen:

- Verbreitet diesen und andere Texte, sorgt für Öffentlichkeit, teilt den Solidaritätsblog. Zu wenig Menschen haben von den Prozessen mitbekommen.
- Kommt zu den Prozessen. Die Termine sind 09., 13., 20., 23., 27., 28. & 31. **März**; 03., 07., 24., 25. & 28. **April**; 05., 12., 18. & 22. **Mai**.

Die Prozesse fangen immer um 9:00 Uhr an und finden im großen Saal A 0.020 des Landgerichts Aachen statt. Es gibt verschärfte Einlasskontrollen an denen Handys und Taschen abgegeben werden müssen. Außerdem werden die Personalien durch Kopien von Ausweisdokumenten registriert, welche aber (angeblich) nach jedem Verhandlungstag vom Richter zerstört werden. Wir raten euch eine halbe Stunde früher zum Gericht zu kommen. Die Prozesstage dauern ca. 4/5h, ihr könnt aber den Saal verlassen und betreten wie ihr möchtet.

- Schickt Briefe für die Gefangenen an den Infoladen Aachen, es wird dann dafür gesorgt, dass sie übergeben werden. Bedenkt, dass alle Briefe vom LKA geöffnet und gelesen werden.

Hinweise

Bitte verbreitet nicht die Namen der Inhaftierten, auch wenn diese schon veröffentlicht wurden. Bitte bedenkt, dass es sich um Aktionen handelt, welche von der Justiz mit besonderem Nachdruck verfolgt werden. Aktuell stehen noch Ermittlungen an, welche vom LKA NRW, Staatsschutzabteilung des BKA und der Bundesanwaltschaft geführt werden. Durch Engagieren in diesen Fällen, kann es sein, dass Ermittlungsbehörden auf euch Aufmerksam werden, die mehr Befugnisse und andere Möglichkeiten haben, als ein Streifencop. Überlegt mit wem ihr wann und wie darüber kommuniziert! Falls ihr nach Aachen kommen wollt, Kontakte, Pennplätze etc. braucht, könnt ihr an antirep_ac@riseup.net schreiben. PGP-Key gibt es auf Anfrage, kommuniziert wird ausschließlich verschlüsselt.

Spendet an die Rote Hilfe Dresden für die Genoss*innen:

Kennwort: Aachen2
Rote Hilfe Dresden
Postbank
IBAN: DE72 3601 00430609760434
BIC PBNKDEFF

Adressen:

- Landgericht Aachen, Adalbersteinweg 92, 52070, Aachen
- Infoladen Aachen, Bismarckstraße 37, Briefe bitte mit

dem Wort *solidarity* kennzeichnen
- Autonomes Zentrum Aachen, Hackländerstraße 5

- antirepac.noblogs.org
- antirep_ac@riseup.net

weitere Informationen:

- solidariteit.noblogs.org
- abc-wien.net

Antirepressionsgruppe Aachen



Feuer für Sodexo und Vodafone

Dokumentation:

Brandanschläge auf Sodexo und Vodafone in Berlin. Für Solidarität mit Gefangenen und eine herrschaftsfreie Welt.

Unterschiedliche Gründe haben uns dazu bewegt, dass wir uns wieder mal äußern, auch wenn die eingesetzten Ressourcen, hinsichtlich Materialaufwand und „Man“power sehr gering waren. Einer dieser Gründe ist die „Nachrichtensperre“ die teilweise über militante Aktionen verhängt wurde. Dies stellten schon anonyme Gefährt_innen der „Autonomen Gruppen“ im Rahmen ihres Angriffs auf das Ordnungsamt am 25.12.16 heraus.

Mittlerweile sollte bei den Behörden klar sein, dass die beiden angezündeten Transporter auf „einem Firmengelände“ in der Sewanstraße nicht, wie anfangs vielleicht vermutet, einem technischen Defekt zum Opfer fielen, sondern mit Grillanzündern in Beuteln angebrannt wurden. Einer auf den rechten Vorderreifen, einer auf den rechten Hinterreifen. Sie gehören zur Firma Sodexo über deren Aktivität im Knastgeschäft schon öfters berichtet wurde, weshalb sie auch schon wiederholt militanten Aktionen ausgesetzt war.

Wir hoffen das Schaden an der Gebäudestruktur entstanden ist und möchten betonen, dass uns nicht daran

gelegen ist, die Arbeiter_innen zu erschrecken. Als Charaktermasken der kapitalistischen Gesellschaftsformation tragen sie zwar zum Fortbestand desselben bei, jedoch in nur geringem Umfang.

Dieser Angriff soll als kleines Flämmchen der Solidarität mit den verschiedensten von Repression betroffenen Menschen verstanden Wissen. Exemplarisch zu nennen wären die revoltierenden/streikenden Gefangenen in den USA. Ebenfalls im Ausnahmezustand, aufgrund von Riots der Insassen, befinden sich einige Gefängnisse im UK.

Solidarität geht auch raus an Tunfisch und Balu die wegen ihrer Aktivitäten im Zusammenhang mit einer entschlossenen Demo festgehalten werden. Hier zeigt sich beispielhaft das sich Repressionslinien kontinuierlich fortsetzen, ganz unabhängig von der Parteilandschaft.

Gleiches gilt auch für Griechenland, wo vor kurzem, zu unserem Bedauern, einige Menschen aus dem „Revolutionären Kampf“ festgenommen wurden. Zu nennen hier Pola Roupa und Konstantina Athanasopoulou.

Unser Angriff gilt für all jene die sich der bestehenden Gesellschaftsordnung, mit ihren Ideologien der Ungleichwertigkeit und ihrem Verwertungszwang in allen Bereichen, nicht anpassen wollen oder können und deshalb in die digitalen Raster und analogen Gitter der Repres-

sionsbehörden und der Knastindustrie gezwängt wurden. Für sie ist dieses Feuerchen vielleicht ein kleines, nachträgliches, Feuerwerk.

Das Spannungsfeld, welches aufgemacht wird, wenn man sich mit all jenen solidarisiert die in Knästen sind, ist uns wohl bewusst. Gleichsam sind wir nicht die kleine Splittergruppe die dieses Feld diskursiv auflösen kann und will. Es ist dies ein gesellschaftlicher Prozess, den es, wie in allen anderen Bereichen, dahingehend zu beschreiten gilt, dass der Mensch dem anderem kein Unmensch mehr ist. In diesem Zusammenhang steht es wohl außer Frage, dass der derzeitige Prozess der digitalen Vollerfassung und Überwachung sowie der Ausbau der Knastindustrie und die steigende Law and Order Mentalität der öffentlichen Gesellschaft/Behörden, ein Weg ist der uns eher abbringt vom oben gesteckten Ziel.

Ein jeder Schlag gegen die Sicherheitsarchitektur sollte also von jedem freiheitsliebenden Menschen begrüßt werden, während gleichzeitig eine Debatte befeuert werden muss wie sie oben erwähnt wurde.

Wie man bei dem Angriff auf Sodexo noch plausibel rätseln konnte und später keine Aussage mehr dazu treffen mochte das es sich um einen Anschlag handelte, so kann die Nichtmeldung eines Brandanschlags auf einen Funkmast eindeutig als Nachrichtensperre gewertet werden.

In der Nacht von Samstag auf Sonntag um ca. 1:50 wurde an 2 dicht nebeneinander liegenden Stellen an einem Funkmast (Oranienburger Straße) der Firma Kabel Deutschland (inzwischen Vodafone) Feuer gelegt. Leider war es nicht vergönnt sich an dem Feuerchen zu wärmen

aber wir denken, dass die Kabel schon nicht umsonst da waren und mit einem (vorübergehenden) Ausfall der Anlage zu rechnen ist.

Mit dem Angriff wollten wir eine kleine „Überwachungs-pause“ erzeugen, wie es schon eine Vulkangruppe (Katla) vor hatte, als sie dem Funkturm in der Nähe des S-Bahnhofs Adlershof angegriffen hat. Auch wenn der Angriff nur in einem mittelbaren Zusammenhang steht, wollen wir doch auch auf den Vorschlag einer Hamburger Gruppe eingehen, den G20 Gipfel zu Stören indem die Infrastruktur angegriffen wird. Störungen der Kommunikation könnten den revoltierenden im Juli in Hamburg helfen, da sie durch die Überwachung ohnehin nur sehr eingeschränkt nutzbar ist, während die Zusammenrottungen der Uniformierten den digitalen Zufluss benötigen um effizient agieren zu können.

1 ½ Jahre nach unserem letzten Angriff (Brandanschlag auf deutsche Bahn), äußern wir uns wieder um Präsenz zu zeigen. Nichts ist gescheitert, zu vielem hätte man sich bereits längst aktiv einbringen sollen, allerdings halten wir es mit unserer Stille philosophisch „eine Welle zieht sich nur zurück um erneut zuzuschlagen.“

Auch in Zukunft werden wir dasjenige Zerstören und Markieren, was im Weg zu einer libertären Gesellschaft steht bzw. reaktionäre Regime rechter oder islamistischer Natur bevorzugt.

Gruppo Informale





SOLLTE
HÄTTE
KÖNNTE
WÜRDTE